Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 335/336 30. Mai 1980 3,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 C

ACHTUNG ACHTUNG DIESER ID IST EINE DOPPELNUMMER MIT 48 SEITEN UND KOSTET DREIMARKFÜNFZIG

1931: Willy Ackermann und sein Mitstreiter beim Druck der Flugschrift „Menschen auf der Landstraße"

1980: Theatergruppe auf dem besetzten Platz bei Gorleben (Freie Republik Wendland)

Dorf „1004"/Wendland, den 21.5.80

Wie mittlerweile bekannt ist, ist die geplante Tiefbohrstelle „1004" zwischen Gorleben und Trebel besetzt.

Inzwischen hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die die Bodennutzungsrechte für die geplante Tiefbohrung besitzt, eine vorläufige Gebietszuweisung bekommen.

Das bedeutet, daß der Gemeinde Trebel, die gegen die geplante Tiefbohrung ist, die Wege zum Platz „enteignet" werden.

Das Ende der Einspruchsfrist war der 28. Mai. Die Platzbesetzer hatten deshalb alle Anti-AKW-Gruppen aufgerufen, besonders in der Woche vor Pfingsten den besetz ten Platz zu besuchen.

Zwischenzeitlich sind die Bohrergebnisse von den anderen Tiefbohrungen in die Öffentlichkeit durchgesickert. Danach sind die Bodenverhältnisse nicht für ein atomares Zwischen- und Endlager geeignet.

Eine Baumschule aus dem Bremer Raum hat sich bereit erklärt, 5000 Jungbäume für die Wiederaufforstung zu spenden.

Die Platzbesetzer haben eine Wandzeitung zusammengestellt, die bei Oktoberdruck in Berlin bestellt werden kann. Tel.: 030/ 61 23 256.

Kontakte und Unterstützungsmöglichkeiten: Geldspenden: Volksbank Wendland, Kto. Nr.: 7035, BLZ: 250 69489
Postadresse: Freie Republik Wendland, 3131 Trebel.

Videobänder mit Wochenschauzusammenfassungen bestellen bei: Wendländische Filmkooperative, 3131 Marleben.
Verschiedene Postkarten sind zu bestellen bei: BI-Lüchow-Dannenberg, 313 Lüchow, Tel.: 05841/ 2386.

kurze

BUNDESWEITE ARBEITSTAGUNG ALTERNATIVE BUNDESBAHN DES BBU

Unzählige Streckenstillegungen sind das beschämende Ergebnis einer falschen Prioritätensetzung. Der Trend der Bahn, langfristig nur noch den kostendeckenden Nahverkehr zu betreiben und den Bezirks- und Nahverkehr aufzugeben, ist ökologisch und politisch verhängnisvoll.
Auch beim Programm der Bundesbahn, ihr Netz durch den Bau notwendiger neuer Strecken zu verbessern und insbesondere im Güterverkehr die Kapazitäten zu erhöhen, werden in zu geringem Maß ökologische Gesichtspunkte frühzeitig genug in die Planung miteinbezogen.
Auf der Arbeitstagung sollen Grundlagen für eine Auseinandersetzung in einem speziellen Bereich der Verkehrspolitik erarbeitet werden. Besondere Schwerpunkte liegen in der Abstimmung von Aktionen, die es jeder Gruppe an jedem Ort ermöglichen, zu diesem Problembereich aktiv zu werden.

Ort: Bildungs- und Freizeithaus Quelle in Bielefeld-Quelle (Bahnstation)
Anmeldungen bis 20.6. BBU-Geschäftsstelle, Helberger Str. 6 7500 Karlsruhe 21
Tagungsbeitrag: DM 10,–, Unterkunft und Verpflegung frei

AUTOFREI – SPASS DABEI

Zu einem autofreien freiwilligen Sonntag rufen Umwelt- und Naturschutzverbände auf. Dieser freiwillige autofreie Sonntag, der 8. Juni, soll auch dazu dienen, möglichst vielen zu zeigen, welche immensen Nachteile der gewaltige Individualverkehr mit dem PKW bringt und die Abkehr vom Auto kein Rückschritt, sondern ein Schritt in eine lebenswertere Gesellschaft ist.
Überall werden Aktionen für eine umweltfreundlichere Verkehrspolitik stattfinden. Laßt eurer Fantasie freien Lauf und macht alle mit – nicht nur an diesem autofreien Tag.

Kontakt: BBU Helbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel.: 0721/ 574248

"Jugend gegen Kriegsdienst"

Ein Kongreß-Festival zum Thema "Jugend gegen Kriegsdienst" veranstaltet die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG–VK) am 13. – 15. Juni in Hamm/Westfalen. Neben Diskussionen zu jugend- und militärpolitischen Fragen laufen eine ganze Menge heiße Rock-, Lieder- und Theaterveranstaltungen ab. Alle Leute, die daran interessiert sind, wenden sich am besten an die **DFG-VK in der Hochstraße 56, Telefon 29 44 88.**

Dort gibts das umfängliche Programm, Karten zu DM 5,- und Mitfahrgelegenheiten. Für die Übernachtung ist gesorgt.

An der niederländischen Grenze, knapp zwanzig Kilometer von Mönchengladbach weg in der Pampa, liegt Wegberg-Dalheim-Rödgen. Und von da eben her kam offenbar der Vorschlag, den Führerschein billig ohne Fahrschule zu machen – ein Vorschlag, der im ID 333 zu einer heftigen Kritik am Mönchengladbacher Alternativblatt „Lott john" geführt hatte. "Lott john" hatte den Vorschlag veröffentlicht, ohne die geringsten Bedenken gegen das mörderische Fortbewegungsmittel Auto zu äußern. „Auf dem Land hat das Auto noch mal 'ne ganz andere Bedeutung, und das müssen wir berücksichtigen", schreibt ein Westberliner ID-Leser. Im übrigen stimmt er in die Autokritik ein und fährt täglich eine halbe Stunde mit dem Rad zur Arbeit, unter den heutigen Verhältnissen ein Bravo wert.

Was denken andere über das Auto auf dem Land? Schreibt an den ID und Peter Hein, Dessauer Str. 32, 1000 Berlin 61.

Einen Strobo-Prozeß – genau gesagt: Prozeß der Esslinger Neckarwerke gegen einen Stromzahlungsteilboykotteur – gibt es am 19. Juni, 11.15 Uhr vor dem Stuttgarter Landgericht. Alfred Gorzellik aus Esslingen, der Beklagte, hat 54 Mark ans Treuhandkonto statt an die Neckarwerke überwiesen – als Streitwert will das Werk elftausend Mark festgesetzt sehen! Die Bürgerinitiative „Stromteilzahlungsboykott Mittlerer Neckar" wünscht, daß jede Menge Strobos und ihre Freunde zum Prozeß kommen. Schon jetzt weisen sie darauf hin, daß im Juli die Studentin Gisela Hammerl ihren Boykott-Prozeß, ebenfalls gegen die Neckarwerke, haben wird. (Zur Streitwertfestsetzung: ihr erinnert euch bestimmt an das Stuttgarter Urteil, das wegen der Atomgefahren den Boykott wohlwollend beurteilt hatte; damals war der Streitwert niedrig festgesetzt und deshalb gab's zum Ärger der Stadtwerke keine zweite Instanz! Ob die Neckarwerke ähnliches Ungemach erwarten? – ID).

Kontaktadressen: Michael Metzger, Gerstenweg 14, 7300 Esslingen, Tel.: 0711/ 35 77 73; Jochen Stang, Salierstr. 2, 7012 Fellbach-Schmieden, Tel.: 0711/ 51 43 05; Werner Schoner, Solitudestr. 7, 7140 Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 26 112.

Schluß mit der ambulanten Geburt in der Arztpraxis, wo Mutter und Kind anschließend nach Hause kommen, ist jetzt nach Freiburg (s. ID 330) auch in Frankfurt (s. ID 304). Der einzige in der Stadt praktizierende Arzt, der ambulante Entbindungen anbot, dessen Vorstellungen von der Rolle des Arztes bei der Geburt allerdings von manchen Vätern und Müttern heftig kritisiert worden waren, wird keine ambulante Geburt mehr anbieten. Warum? Er fand keine Ärzte, die mitmachten und die harte, unregelmäßige Arbeit mit ihm teilen mochten; außerdem war finanziell wenig drin.

Nachzulesen in Ute B. Fröhlichs Bericht „Nach der Geburt geht's gleich nach Hause", Frankfurter Rundschau vom 17. Mai 1980. Kontakt: Ute B. Fröhlich, über Frankfurter Rundschau, Postfach 3685, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 21 991.

AUFRUF GEGEN DIE ATOMKRAFTKAMPAGNE DER INDUSTRIE

Seit Anfang Dezember 1979 erscheinen in fast allen hessischen Tageszeitungen Anzeigen der Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie. Eine einzige solche Anzeige kostet in der Frankfurter Rundschau beispielsweise ca. DM 8.000,–. Erschienen sind bis zum 1.4.1980 etwa 45 Stück. Das macht hessenweit bisher Werbungskosten von mindestens 2,5 Millionen (!!!) DM.

Wir planen im Zusammenhang mit diesen Anzeigen Plakatwände in Frankfurt zu mieten. Diese kosten DM 11,3o pro Tag. Wer uns bei dieser Aktion unterstützten möchte, kann dies durch eine Spende tun.
Konto: Jutta Gelbrich, Nr. 321-098 311, Stadtsparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02), Stichwort: Plakatwand.

BI gegen Atomanlagen Frankfurt, Stadtteilgruppe Rödelheim/ Bockenheim, c/o Dieter Kaufmann, Falkstraße 112, 6 Frankfurt.

Der „schreibende Häftling" Klaus D. Mahn soll im Gefängnis vonRemscheid-Lüttringhausen „psychisch wie physisch vernichtet" werden: So schreibt Mahn, der 1970 vor Eifersucht ausgeflippt ist, die Geliebte und ihren Mann erschossen hat und seitdem für Lebenszeit im Knast sitzt, in seiner Hungerstreikerklärung vom 13. Mai. Höhepunkt der Repressalien gegen ihn: sieben Tage totale Isolationshaft im Februar wegen eines Koteletts, das bei ihm entdeckt und von der Knastleitung für unstatthaft befunden worden war. Mahn kämpft seit einigen Jahren um die Fortführung seiner Tätigkeit als Schriftsteller im Knast, um den Knastsport, die (abgeschaffte) Gefangenenmitverantwortung und eine Ausführung zu seiner Familie ohne Bewacher. — Der Hungerstreik soll am 24. Mai beginnen, wenn Mahns Forderungen nicht erfüllt werden.

Kontaktadresse: Klaus D. Mahn, Masurenstr. 28, 5630 Remscheid. Seine Erzählungen ,,Kraftprobe" (48 Seiten, acht Mark) sind erhältlich vom Sassafras-Verlag, Klaus Ulrich Düsselberg, 4150 Krefeld, Bismarckplatz 43, Tel.: 02151/ 77 72 21.

kurze

Wackernagel/Schneider — Doku

Zum Prozeß Wackernagel/Schneider gibt es eine Dokumentation, herausgegeben von Prozeßbesuchern aus Holland (nicht von der Knastgruppe Bochum, wie im letzten ID stand). Preis 1,-- DM. Zu bestellen bei Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum.

Franz Josef Strauß — der starke Mann oder Unermüdlich für die Freiheit heißt ein 70-Minuten-Film vom Zebra-Filmteam Braunschweig, der mit Dokumentar- und Spielszenen versucht, Zustände und Entwicklungen um die Strauß-Kandidatur deutlich zu machen. Er ist im Super 8-Format gedreht und gedacht „für die zahlreichen demokratischen Organisationen, Initiativen und Vereine" (hoffentlich nicht für ein neues Einheitsgebäude, der demokratische ID-Redakteur).

Weitere Informationen über Zebra, G. Borrmann, Humboldtstr. 21, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/ 33 75 04 oder 76 941. Verleih ab Juni von GEMI, Postfach 24 06, 3300 Braunschweig, Telefonnummern wie oben und außerdem 0531/ 71 228.

Unter dem Motto „Jazz, Songs, Ausstellung, Diskussionen" veranstaltet die Initiative ‚Freiheit statt Strauß' am 11.6.1980 ab 19. Uhr ein Fest im Frankfurter Volksbildungsheim.

Albert Mangelsdorff, das Emil-Mangelsdorff-Quartett, Heinz Sauer und weitere bekannte Jazzmusiker haben ihre Teilnahme zugesagt, sowie die Liedermacher Manuel Campos (Portugal) und Lerryn. Für Diskussionsstoff sorgen Jakob Moneta, Thomas Haendl, der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche, Pfarrer Kurt Oeser und Klaus Staeck, der Gründer der veranstaltenden Initiative ‚Freiheit Statt Strauß'. Durch das umfangreiche Programm führt der Rundfunkmoderator Pit Klein.

kurze

Projekt Votum

Votum — das Magazin für Kunst und Kultur — hat seine Arbeit eingestellt. Wie so oft ging ihnen die Kohle aus.

Es wurde jetzt das Projekt Votum gegründet, das folgende Ziele hat:

1. Verkauf von Grafiken unbekannter Künstler zu Preisen zwischen 3,10 DM und 11,00 DM. Mit diesem Erlös wird der Aufbau einer neuen Kunst- und Kulturzeitung — von allen für alle — finanziert.
2. Vertrieb des Buches „Staatsbürgerkunde forte" — rezeptpflichtig. Ein nützlicher Ratgeber im Umgang mit Behörden und Institutionen. Der Erlös dient ebenfalls dem Aufbau der neuen Zeitung.

Wir waren leider gezwungen, diesen Weg des „Kommerzes" zu wählen, da wir ohne Geld nichts mehr machen konnten. Ich hoffe, daß Interesse besteht und möglichst viele weitere Infos bei mir anfordern werden. Info-Schriften sind bereits an viele Statt-Zeitungen und Buchläden gegangen. Fragt dort nach.

Ich hoffe, daß Beiträge zu den Themenkreisen Kunst — Kultur bei mir eintrudeln, die dann (sobald die Kohle da ist) veröffentlicht werden. Alte VOTUM AUSGABEN gibts gegen 4,- DM (I + II) auch noch.

Kontakt: Immo Becker, Hufnerstr. 92, 2 Hamburg 60, Projekt VOTUM.

Rhein-Main-Zeitungstreffen

Hanau, 21.5.80

Die Hanauer Stadtzeitung Fluchblatt" hat eine Einladung zum Zeitungstreffen an mehr als 10 Stadtzeitungen im Umkreis verschickt. Die Reaktion war bisher mehr als mäßig.

Nur drei Zeitungen haben sich gemeldet. Trotzdem wollen die Hanauer das Zeitungstreffen durchführen und hoffen, daß sich auf diesen Aufruf noch einige Zeitungen melden.

Themenschwerpunkte sollen sein:
— die Strafverfolgung von Gegenöffentlichkeit (§§ 90a, 129 a) und Konsequenzen daraus;
— verstärkte Zusammenarbeit von Zeitungen, gerade im Hinblick auf bundesweite Kampagnen (Militarismus, Nato, Häuserkampf, etc.);
— Probleme der Zusammenarbeit mit BI's, Initiativen, Lesern.

Der Treff soll am 20./21. Juni in Hanau in den Räumen der „Spielstubb" stattfinden.

Kontakt: Tel.: 06181/ 73 220.

Hausmitteilung

Wie vielleicht manchem unverbesserlichen ID-Leser/in aufgefallen ist, war in der letzten Woche der ID nicht, wie gewöhnlich, im Briefkasten. Der Grund war folgender: durch einen Maschinenschaden bei unserer Hausdruckerei (Druckladen) konnte der ID nicht rechtzeitig gedruckt werden. Andere, nicht-alternative Druckereien.. haben sich konsequent geweigert, unser Blättchen zu drucken. Natürlich aus Zeitmangel.

Trotzalledem liegt nun wie gewohnt der ID auf dem Tisch. Wir verstehen diesen 48-seitigen ID als Doppelnummer und berechnen dafür 3,50 Mark.

Durch den Ausfall haben wir noch mehr Schulden. Und da wir gerade beim Geld sind: es wäre natürlich toll, wenn wir noch einige Abonnenten bekommen würden. Sprich doch mal deinen Mit/bürger/genossen/bruder/schwester darauf an ? Einige hundert Knast-Abonnements warten noch auf "Paten".

Des weiteren werden wir zum 13. Juni einen ID mit dem Schwerpunkt "Militarismus" herausbringen. Wer also Materialien zu diesem Thema hat, lasse uns dies schnell wissen.

„Es ist höchste Zeit zurückzuschlagen“

O-TON FJS:

. . . Ich halte etwas von deutscher Literatur — nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart. Allerdings halte ich mehr von denen, die die Tradition des großen Geistes und seiner Leistungen bei uns fortsetzen, statt eine Kultur der Fäkaliensprache, eine Kultur der Pornographie, eine Kultur der Zerstörung aller Werte und eine Kultur der Verhunzung unserer Sprache vertreten. Und am allerwenigsten lassen wir uns von einem sogenannten Schriftsteller (Bernt Engelmann)* Lehren erteilen, der vom rechten Scheckbetrüger zum linken Sittenverderber geworden ist.

Dazu gehört auch die Hetze eines Filmregisseurs (Volker Schlöndorff)*, der einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen — lange Zeit von Willy Brandt gedeckt — der Rote Armee Fraktion ist. Es ist derselbe, der zum Beirat des Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten gehört, einer Zeitung, die Sie wahrscheinlich nicht kennen, weil sie aus der Subkultur kommt, einer kommunistischen Hetzpublikation. Dieser Hetzer hat diesen Film „Der Kandidat“ gemacht. Meine Damen und Herren, ist es nicht ein Zeichen mangelnder Aufmerksamkeit auf unserer Seite, daß die Filmbewertungsstelle *der Länder* mit der Zusammensetzung der Kommission es ermöglicht hat, daß dieser Informationsstratege der Rote Armee Fraktion, dieses Beiratsmitglied einer kommunistischen Hetzzeitung, für diesen Film das Prädikat „Wertvoll“ bekommen hat. Das geschah doch nicht deswegen, weil der Film das Prädikat verdient hätte — fragen Sie nur diejenigen, die ihn ohne Scheuklappen gesehen haben —, sondern deswegen, weil wir zu gutmütig, zu arglos, zu harmlos und manchmal auch zu verschlafen sind. Haben wir genug aufgepaßt oder geschlafen? Kommen wir so weiter? Können wir so weiter alles über uns ergehen lassen? Nein, meine Damen und Herren. Dagegen muß auch mit anderen Mitteln als bisher vorgegangen werden . . .

(Spiegel 22/80)

Herr Strauß beklagt sich über die „Primitivität des unhistorischen Weltbildes von Helmut Schmidt" (Spiegel 22/80). Wir wollen Herrn Strauß, der uns sicher jetzt viele Abonnenten durch seine unbezahlte Werbung einbringt, nicht undankbar sein. Nur: „Hetzpublikation" jederzeit, aber „kommunistisch"?

Einige von uns haben nichts dagegen, obwohl dies von anderen bezweifelt wird.

Aber wir lesen gerade zur gleichen Zeit den Beschluß der 20. Strafkammer des Landgerichts I in München, daß einer unserer Abonnenten weiterhin seinen ID im Stadelheimer Gefängnis beziehen muß. Er darf nicht heraus, obwohl man ihm nur zur Last legt, die „Errichtung einer Fernmeldeanlage" versucht zu haben. Das heißt, er versuchte einen Piratensender zu basteln, was effektiv nach dem „Deutschen Fernmeldeanlagengesetz" strafbar sein könnte.

Bei Inbetriebnahme bekommen erwischte ‚Kriminelle' eine Geldstrafe von vielleicht DM 100,-. Jan van de Loo sitzt aber seit März '80. Jedoch wissen die Münchner Richter Dr. Fuchs, Dr. Pliester und (Nichtdoktor) Söllner, daß der ID zu dem „anarchistischen Untergrund gehört", weil aus diesem und der Autonomie Nr. 11 die Bauanleitung stammte, nach der der Beschuldigte arbeitete.

Jetzt müßte Herr Dr. Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß sich doch mit den Richtern des Münchner Landgerichts einigen können. Entweder ist der ID im „anarchistischen Untergrund" zu suchen oder er ist eine „kommunistische Hetzpropaganda."

Eine dritte Möglichkeit: Franz-Josef hat ein noch primitiveres unhistorisches Weltbild als der Kollege Schmidt und kennt kaum den Unterschied zwischen Anarchisten und Kommunisten. Wie wäre es, Herr Strauß, mit anarcho-kommunistisch oder bakuno-marxistisch? Für die Werbung gibt es jedenfalls ein Freiabo. Bitte Adresse zuschicken!

Max Watts/ID

Strauß-Prozeß:

„. . . IST BEKANNT FÜR POINTIERTE FORMULIERUNGEN UND FÜR EINE BISWEILEN POLEMISCHE UND EMOTIONELLE ARGUMENTATION. . ."

Stuttgart, 5.5.80

Folgenden Beschluß der IV. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart vom 5.5.80 (Aktenzeichen: IV Cs 192/80) drucken wir mit leichten Kürzungen ab. Denn wir meinen: angesichts der vielfältigen Anti-Strauß-Aktionen und der Prozeßlawine, die Strauß anzettelt, da er sich beleidigt o.ä. fühlt, kann die Begründung des Gerichts für zukünftige Angeklagte nützlich sein.

Aus den Gründen:

1. Dem Angeschuldigten wird ein Vergehen der Beleidigung zum Nachteil des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Franz Josef Strauß zur Last gelegt. (. . .)

Der Angeschuldigte habe vom 23.8.1979 bis Anfang September 1979 im Schaufenster seiner Buchhandlung ein Flugblatt mit dem Titel „Stoppt Strauß!" ausgehängt, das die Textpassage enthielt:

„Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg."

Dadurch habe er — entsprechend seiner Absicht — den bayerischen Ministerpräsidenten in seiner Ehre verletzt (. . .).

Durch Beschluß vom 27.2.80 hat das Amtsgericht den Erlaß des Strafbefehls analog § 204 StPO abgelehnt mit der Begründung, zwar liege wenigstens in der Anwendung des Begriffs „Faschismus" eine Beleidigung vor, doch habe der Angeschuldigte insoweit in Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB)gehandelt. Hiergegen richtet sich die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft.

Das Rechtsmittel hat keinen Erfolg.

2. Zutreffend haben Staatsanwaltschaft und Amtsgericht das Verhalten des Angeschuldigten nach § 185 und nicht nach § 186 StGB bewertet. Durch das Ausstellen des Flugblattes mit der oben zitierten Textpassage hat der Angeschuldigte keine konkreten Tatsachenbehauptungen aufgestellt, sondern hat ein subjektives (politisches) Werurteil gefällt. Der einem solchen Werturteil letztlich immer zugrundeliegende Tatsachenkern ist in dem Flugblatt nur skizzenhaft angedeutet. Eine Gesamtwürdigung des Inhalts des Flugblatts ergibt, daß es dem Angeschuldigten ersichtlich in erster Linie darauf ankam, die weltanschauliche Grundhaltung des Nebenklägers (Strauß, Anm. d. Red.) und die von diesem vertretene Politik nach seinem politischen Verständnis schlagwortartig zu charakterisieren.

Die Gleichsetzung der Politik, aber auch der Person des Nebenklägers mit "Reaktion, Faschismus und Krieg" erfüllt den Tatbestand einer Beleidigung gem. § 185 StGB. In diesem negativen Werturteil kommt eine Mißachtung der Persönlichkeit des Nebenklägers zum Ausdruck.(...) Die Äußerung ist in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen. Durch das Hinzufügen der Schlagworte "Faschismus" und "Krieg" soll die letzte Konsequenz dieser Politik aufgezeigt werden. Bereits die Kennzeichnung des Nebenklägers als faschistisch zeigt jedoch die Absicht, in in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Sie rückt ihn — insbesondere in Verbindung mit dem Begriff "Reaktion" — in die Nähe des Nationalsozialismus oder stellt ihn ihm gleich (vgl. OLG Karlsruhe, MDR 1978, 421). Dies ist angesichts der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands und des demokratischen Anspruchs dieses Staates diffamierend und ehrverletzend. (...) Insgesamt hat die oben zitierte Formulierung sonach zum Inhalt, der Nebenkläger sei rückschrittlich, fördere ein neues nationsozialistisches, totalitäres Regime und nehme in Durchsetzung seiner politischen Ziele letztlich auch einen neuen Krieg in Kauf. Dies stellt eine Mißachtung der Persönlichkeit des Nebenklägers dar, zumal dieser für das höchste Regierungsamt kandidiert.

3. Das Verhalten des Angeschuldigten ist jedoch — wie das Amtsgericht zutreffend ausführt — unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigt (§ 193 StGB). Dieser Rechtfertigungsgrund ist eine besondere Ausprägung des in Art. 5 GG normierten Grundrechts der freien Meinungsäußerung, das für eine freiheitlich demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend ist, indem es den geistigen Kampf, die freie Auseinandersetzung der Ideen und Interessen gewährleistet, die für das Funktionieren dieser Staatsordnung lebensnotwendig ist (BGH St, 287, 293; BVerfGE 5, 85, 205; 12, 125). Daraus folgt, daß der Angeschuldigte allgemeine Interessen, die nicht nur seine persönlichen Belange, sondern jeden Staatsbürger berührten, wahrnehmen durfte.

Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung findet zwar nach Art. 5 Abs. 2 GG seine Schranken u.a. in den allgemeinen Gesetzen und in dem Recht der persönlichen Ehre. Diese Schranken müssen aber aus der Erkenntnis der wertsetzenden Bedeutung dieses Grundrechts im freiheitlich demokratischen Staat ausgelegt und so in ihrer das Grundrecht einschränkenden Wirkung selbst wieder eingeschränkt werden (BVerfGE 12, 124 f; 7, 198, 207 ff). In Fragen von allgemeiner Bedeutung hat es der von einer abträglichen Wertung Betroffene hinzunehmen, daß das Recht ihm nicht gegenüber jeder unangemessen scharfen Meinungsäußerung Schutz gewährt. Die Grenze zulässiger Meinungsäußerung ist in einer solchen Auseinandersetzung weit zu ziehen (BGH MJW 72, 650 f). (...)Besondere Bedeutung gewinnt dieses Grundrecht auch dann, wenn es um Auseinandersetzungen in politischen Tageskampf, insbesondere um das Austragen von Wahlkämpfen geht, bei denen es darauf ankommt, daß sich die Entscheidungen des Volkes auf Grund eines freien Wettbewerbs von Meinungen und Personen bildet. Dazu gehört notwendig auch die Kritik an der Person des Wahlkandidaten, der es sich gefallen lassen muß, an seinem früheren politischen

Verhalten gemessen zu werden (BGHsT 12, 287, 293 f). Dabei ist jedoch, ihrem Charakter als subjektiver Meinung entsprechend, auch der Grundeinstellung des Kritikers und seinen schutzwürdigen Interessen an der wirksamen Vertretung seines Standpunktes Rechnung zu tragen. Ob dieser haltbar ist oder nicht, ist grundsätzlich ohne Bedeutung. Art 5 Abs. 1 GG schützt auch die "falsche" Meinung; auch für sie gilt, daß zunächst eine Vermutung für die Zulässigkeit der wertenden Kritik spricht (BGH MJW 74, 1762).

Die hiernach vorzunehmende Abwägung ergibt, daß die dem Angeschuldigten zur Last gelegte Formulierung durch § 193 StGB i.V.n. Art. 5 Abs. 1 GG gedeckt ist. Nach Form und Inhalt stellt das ausgehängte Flugblatt ein (noch) adäquates Mittal zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Diskussion und eine (noch) angemessene Reaktion auf einen früheren Vorgang dar.

Gegenstand und Anlaß der Aushängung des Flugblattes war die kurz zuvor erklärte Kanzlerkandidatur des Nebenklägers, die in politischen Kreisen und in den Medien ein lebhaftes Echo auslöste. In Folge dieser Ereignisse konstituierte sich eine "Initiative", die sich — durchaus legitim — zum Ziel gesetzt hat, einen Wahlsieg des Nebenklägers bei der kommenden Bundestagswahl zu verhindern. Diese "Initiative" steht auch hinter dem Flugblatt, welches der Angeschuldigte in erkennbarer Übereinstimmung mit dem Ziel dieser "Initiative" in seinem Schaufenster ausgehängt hat. Anlaß für das Verhalten des Angeschuldigten war also ein die Allgemeinheit interessierender, in der Öffentlichkeit ausgetragener Meinungskampf, nicht jedoch eine persönliche Auseinandersetzung. Der Angeschuldigte verfolgte keine privaten oder eigennützigen Ziele. Die Kritik richtete sich vielmehr gegen die öffentlich dokumentierte politische Einstellung des Nebenklägers. Dessen eigentliche Privatspäre wurde dadurch nicht berührt.

(...) Da es der Sinn jeder zur Meinungsbildung beitragenden öffentlichen Äußerung ist, Aufmerksamkeit zu erregen, sind angesichts der heutigen Reizüberflutung aller Art einprägsame, auch starke Formulierungen hinzunehmen. **Setzen sie den davon Betroffenen in seiner Ehre herab, so sind sie jedenfalls dazu noch rechtmäßig, wenn sie gemessen an den von der Gegenseite erhobenen Ansprüchen oder aufgestellten Behauptungen nicht unverhältnismäßig erscheinen (BVerfG, NJW 69, 228).** Dies gilt jedenfalls, soweit — wie hier — zumindest auch eine inhaltliche Beschränkung der Meinungsfreihiet in Frage steht (vgl. BVerfGE 42, 143, 153).

Das Übermaßverbot ist nicht verletzt. Der Nebenkläger ist bekannt für pointierte Formulierungen und für eine bisweilen polemische und emotionelle Argumentation. Wer aber Kritik dadurch auf sich lenkt, daß er in der Öffentlichkeit zu Grundfragen des Gemeinschaftslebens betont Stellung bezieht, muß unter Umständen eine scharfe, übersteigerte Kritik an seiner Person durch seine Gegner hinnehmen, die sich in ihrer entgegengesetzten Grundeinstellung angegriffen fühlen und seinen Standpunkt als unangemessen oder anstößig empfinden konnte (BGH NJW 74, 1762; vgl. auch BGH NJW 65, 1476). Gehässige und böswillige Schmähkritik sowie persönliche Verunglimpfungen haben jedoch zu unterbleiben. Dafür, daß es dem Angeschuldigten nicht um die Sache, sondern nur um eine vorsätzliche Kränkung des Nebenklägers gegangen wäre, ergeben sich jedoch keine Anhaltspunkte, zumal er als Privatmann mit seiner Aktion keine persönlichen oder eigennützigen Ziele verfolgte, vielmehr lediglich einen Beitrag zum öffentlichen politischen Meinungskampf leisten wollte. (...)

WER SCHÜTZT FRANZ–JOSEF VOR FRANZ–JOSEF ?

oder die nicht zufällige Ähnlichkeit eines Ministerpräsidenten mit einem Schwein

Bisterschied/
Frankfurt im Mai

Bei seinen bekannten Streifzügen durchs Tierreich hat Franz-Josef Strauß einen neuen Treffer gelandet, nicht im Bayrischen Wald bei den Hirschen, nicht im Reich des Geistes bei Ratten und Schmeißfliegen, nein, er traf ein deutsches Hausschwein mit Namen Franz-Josef im Dienste der Kunst, und das mitten in Bayern.

Wie konnte das geschehen?

Die Gruppe Checkpoint Charlie pflegt die überlebensgroße Darstellung eines Schweines aus Pappe mit der Aufschrift „Franz-Josef" als Maskottchen bei ihren Auftritten zu präsentieren. Nun ist das ja nichts Neues. Fußballfreunde werden sich erinnern, daß der 1. FC Köln jahrelang eine lebendige Ziege als Maskottchen zu seinen Heimspielen ins Müngersdorfer Stadion trieb. Hat sich dabei je ein Politiker beleidigt gefühlt? Mitnichten. Das Tier genoß alle Ehrungen der Stadt, als Köln deutscher Meister wurde. Franz-Josef Strauß fühlte sich hingegen beleidigt und erstattete Anzeige gegen Checkpoint Charlie.

Aus der Anklageschrift:

Die 5 Angeklagten sagten, das sei ihr Maskottchen Franz Josef, die Sau. Irgendeine Ähnlichkeit mit einem lebenden Schwein sei rein zufällig. Die Angeschuldigten brachten dann einen Textvortrag, in dessen Refrain es hieß:

> **„Franz Josef die Sau,**
> **Franz Josef die alte Sau,**
> **Franz Josef, das geile Schwein."**

Dies bezog sich, wie für jeden Zuschauer und Zuhörer offenkundig war, auf den bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Strauß.

Was mag Herrn Strauß wohl zu dieser Anzeige bewegt haben? Glaubt er selbst schon, daß er in der Bundestagswahl kein Schwein haben wird, und hat ihn diese Anspielung beleidigt? Oder hält er etwa die „Ähnlichkeit mit einem lebenden Schwein" nicht für rein zufällig? Dann muß er doch ein berechtigtes Interesse nachweisen können. Ist Franz Josef Strauß also Besitzer eines Schweines, dessen bildhafte Darstellung zwar Ähnlichkeiten mit dem lebenden Vorbild aufweist, dieses aber gleichzeitig so entstellt, daß sich sein Besitzer beleidigt fühlt? Wir wissen es nicht.

Es gibt aber noch eine letzte Möglichkeit: Franz Josef Strauß hält sich selbst für ein lebendes Schwein, und es paßt ihm seine Darstellung nicht. Die Erklärung dafür kann man — richtig gelesen — der Anklageschrift entnehmen. Franz Josef Strauß muß wohl die Ähnlichkeit des Checkpoint-Charlie-Schweins mit sich nicht für „rein zufällig" halten. Dann kann ihn wohl nur die Naturtreue der Abbildung beleidigt haben.

All diese Fragen werden wohl nur in dem Prozeß beantwortet werden können, der demnächst in Kempten stattfinden wird. Damit er ein großes Schweinespektakel wird, bittet Checkpoint Charlie um solidarische Unterstützung jeder Art.

Die Anklage hat aber nicht nur diesen schweinischen Inhalt. Den Leuten von Checkpoint Charlie wird auch noch vorgeworfen, eine Bundesfahne verunglimpft zu haben, indem sie darin ein Loch geschnitten hätten, es über den Kopf gezogen hätten und auf diesem Kleidungsstück anschließend herumgetrampelt seien.

ID

Kontakt: Checkpoint Charlie,
Hauptstr. 60
6761 Bisterschied
Tel.: 06364/1294

WIEDERAUFNAHME DES SCHMÜCKER–PROZESSES GEFORDERT

Ein Brief an Bundesinnenminister Baum

Berlin, 21.5.80

Aufgrund zahlreicher Buch- und Presseveröffentlichungen in neuester Zeit sind die Beziehungen des Verfassungsschutzes zum Mordfall Schmücker Gegenstand breitester Erörterungen geworden. In diesem Zusammenhang ist allerdings von den Menschen, die in diesem Zusammenhang angeklagt sind und die sich teilweise seit mehr als 5 1/2 Jahren in Untersuchungshaft befinden, nicht die Rede gewesen. Kein Wort darüber, daß Wolfgang Weßlau, wäre er rechtskräftig verurteilt, gem. § 88 Jugendgerichtsgesetz schon längst zu entlassen gewesen wäre.

Kein Wort über Ilse Schwipper, die aufgrund der kommunikationsfeindlichen Haftbedingungen mittlerweile dermaßen ernsthafte körperliche Befunde entwickelt hat, daß auch die Ärzte der Haftanstalt dringend eine Lockerung der Haftbedingungen befürwortet haben — ohne daß diesen ärztlichen Empfehlungen gefolgt worden wäre.

Mit anliegendem Brief an Herrn Bundesinnenminister Baum versucht die Verteidigung nunmehr zum wiederholten Male eine neues Verfahren auf der Basis einer rechtsstaatlichen Wahrheitsfindung durch das Strafgericht, — ohne zu wissen, ob die Aufdeckung der Wahrheit den Mandanten zum Nachteil oder zum Vorteil gereichen wird. Solange aber die befaßten Behörden schweigen und Aussagenehmigungen zurückhalten, ist der Schluß erlaubt, daß die zurückgehaltenen Erkenntnisse wohl eher dazu geeignet wären, die Angeklagten zu entlasten.

Rechtsanwalt Heinisch

Brief des Verteidigers von Ilse Schwipper an Bundesinnenminister Baum:

Sehr geehrter Herr Bundesminister Baum!

Die Damen und Herren Kollegen Verteidiger, die die im sogenannten Schmücker-Prozeß Angeklagten verteidigen, haben mich als Verteidiger von Frau Ilse Schwipper beauftragt, mit folgendem Anliegen an Sie heranzutreten: Die Verteidigung führt, wie Ihnen bekannt ist, gegenwärtig mehrere Verwaltungsstreitverfahren, um die Wahrheit im Falle des Todes Ulrich Schmücker ans Licht zu bringen. Reihenweise erklärten Verfassungsschutzbehörden im Berliner Prozeß, Aussagenehmigungen nicht erteilen zu können, weil dies das Landes- bzw. Bundeswohl nicht zulasse. Zu der staatspolitischen Grundsatzfrage, inwieweit Exekutivorgane in die Wahrheitsermittlungspflicht der Judikative eingreifen, bzw. diese beeinflussen dürfen, haben Sie selbst im Zusammenhang mit dem Strafprozeß gegen Astrid Proll geäußert: „Nur, wenn dem Gericht alle Beweismittel zugänglich gemacht würden, könnten die Richter Vorwürfe der Anklage auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen, wie es ein rechtsstaatliches Verfahren verlange. Wer als Verfassungsschutzbeamter über ein Verbrechen etwas aussagen könne, müsse vor Gericht, wie jeder andere Bürger auch!" (so Ihre Außerung vor der Humanistischen Union im November 1979).

Diese von Ihnen geäußerte Rechtsauffassung wird von uns vollinhaltlich geteilt. Sie bringt unzweideutig die Priorität des Rechtsstaats vor politischer Opportunität zum Ausdruck, — ein Gedankengang, mit dem die Verteidigung im Schmücker-Prozeß seit 4 Jahren ununterbrochen operiert. Das Bedauerliche ist nur, daß die Aussagenehmigungspraxis der Verfassungsschutzbehörden diametral entgegengesetzt ist. Dies wird deutlich an der erheblichen Zahl von Verwaltungsstreitverfahren, von denen ich an dieser Stelle lediglich die drei wichtigsten herausgreife, um damit an Sie zu appellieren, im Rahmen Ihrer Kompetenz die Anweisungen zu geben, die der Wahrheitsfindung im Strafprozeß förderlich sind. Es handelt sich um folgende Verfahren:

1. Aussagenehmigung Regierungsamtmann Koppermann (BfV) — OVG Münster 1 A 1606/79
   hat Bodeux als „Kontaktmann" des BfV diesem sachdienliche Hinweise zur Aufklärung der Mordsache Wiegand gegeben?
2. Aussagenehmigung Senatsdirektor Natusch LfV Berlin — VG Berlin 5 A 32/80
   Wie lauten die beiden Namen, die Schmücker an seinem Todestage telefonisch dem LfV durchgegeben hat und von denen sich Schmücker nach seinen eigenen Angaben bedroht fühlte. (Bis dato zum Wohle des Landes geheimgehalten!)
3. Aussagenehmigung LfV Beamter Rühl, LfV Berlin IV B 50/79
   Hat der Beamte Rühl Wahrnehmungen am Tatort gemacht und kann er bezeugen, daß der Angeklagte Weßlau nicht der Schütze ist?

Im Verfahren „Koppermann" haben Sie am 6.5.1980, vertreten durch die Kollegen Redecker und Partner, eine Teilaussagenehmigung angekündigt, die jedoch nur in einem sehr unwesentlichen Punkt dem Wahrheitsfindungsanspruch Rechnung trägt. Ich habe dies mit beigefügtem Schriftsatz an das OVG (Oberverwaltungsgericht) Münster deutlich gemacht und darf mich, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die dortigen Ausführungen beziehen.

Rechtlich gänzlich ungeklärt sind nach wie vor die entscheidungserheblichen Verwaltungsstreitverfahren in Sachen „Natusch" und „Rühl". Auch hier stände es der Verfassungsschutzbehörde gut an, wenn sie endlich von ihrem Schweigen abrückte, das in der Öffentlichkeit doch nur die naheliegende Schlußfolgerung hervorrufen kann, der Verfassungsschutz habe in Sachen Schmücker wirklich etwas zu verbergen.

Nur so ist es nach Auffassung der Verteidigung auch zu verstehen, daß es gerade in jüngster Zeit zu zahlreichen Presse- und Buchveröffentlichungen zum Thema „Schmückermord und Verfassungsschutz" gekommen ist.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Information des Journalisten Aust auf gefälschten Dokumenten beruht, so sind die dort wiedergegebenen Inhalte jedenfalls auch aus anderen Indizien verifizierbar und naheliegend.Gerade unter Berücksichtigung Ihrer oben zitierten Äußerung müßten gerade doch Sie ein besonders großes Interesse an der Klärung der Fragen in öffentlicher Strafverhandlung haben, so daß wir auf diesem Wege hoffen, Sie von der Notwendigkeit der Durchsetzung Ihrer richtigen Grundauffassung in die Praxis überzeugt zu haben.

Von Ihnen persönlich wird es abhängen, welchen justiz-politischen Verlauf das Verfahren nehmen wird, ob es die Dimension eines neuen Dreyfuss-Skandals erreichen oder ob rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechend entschieden werden wird. Wir haben nach vierjähriger, schlechter Erfahrung zwar keine Illusionen, aber immer noch Hoffnung.

Kontakt: Rechtsanwalt Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 262 2023/24.

7a - 46 - 80

AMTSGERICHT DORTMUND

BESCHLUSS

Strafsache

g e g e n   Heinz Jürgen   M e y e r
z.Zt. JVA Dortmund

werden die Ausgaben Nr. 330, 331 und 332 des "ID" zur Aushändigung an den Gefangenen nicht genehmigt und verbleiben vorerst bei der Akte, um eine Entscheidung über eine Beschwerde gegen diesen Beschluß zu ermöglichen.

G r ü n d e:
In allen Ausgaben Artikeleben, die - mit teilweise faschistischen Methoden - mehrfach die §§ 185 ff StGB verwirklichen.
Rein colorandi: Widerholt Bezeichnung von Polizeibeamten als "Bullen". Wird hier genauso wenig zugelassen wie Titulation der Artikelchenverfasser-innen als "Ochsen" oder "Kälber".

Dortmund, den 12. Mai 1980
Amtsgericht -Schöffengericht-
Der Vorsitzende
Dr. Hobbeling
Richter am Amtsgericht

VON BULLEN, OCHSEN UND KÄLBERN

Verehrter Herr Vorsitzender Dr. Hobbeling!

Mit Entsetzen haben wir von der Beschlagnahme der ID-Ausgaben 330, 331, 332 Kenntnis genommen. Aber da Sie in Vertretung des Volkes handeln, wird es schon seine Richtigkeit haben. Nur mit den „teilweise faschistischen Methoden" können wir ganz und gar nicht einverstanden sein.

Da Sie als Vertreter des Volkes Ihre Urteile „IM NAMEN DES VOLKES" sprechen, müßten Sie eigentlich wissen, daß der Begriff „Bulle" für bestimmte Polizeibeamte tief im Volksmund verankert ist. Und schließlich verleihen bekannterweise alljährlich sich die Damen und Herren der Exekutive selbst ihren „Bullenorden", ohne daß sie hinterher gegen sich die §§ 185 ff. StGB anwenden.

Etwas anderes ist es doch wohl, wenn Schriftsteller u.a. von einem honorigen Politiker als „Ratten und Schmeißfliegen" bezeichnet werden. Und vielleicht erinnern Sie sich noch an das Zitat von den „Tieren, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist"?

Und dabei kamen uns ernstliche Bedenken: Wenn Polizeibeamte sich selbst als „Bullen" titulieren, indem sie sich einen „Bullenorden" verleihen, und ein möglicher Regierungschef letzteres Zitat aufrechterhält – sind, so fragen wir uns, Polizeibeamte gesetzlos, weil die für „Menschen gemachten Gesetze" für „Tiere" – sprich „Bullen", nicht mehr gelten?

Jedenfalls haben wir beschlossen, uns zukünftig nicht als Kälber und Ochsen zu bezeichnen. Wir lassen uns nur ungern an eine Zeit erinnern, wo man folgendes Lied sang:

„Hinter der Trommel her
Trotten die Kälber
Das Fell für die Trommel
Liefern sie selber.
Der Metzger ruft, die Augen fest geschlossen
Das Kalb marschiert mit ruhig festem Tritt

"... Auch ne 'inoffizielle', spontane Parole kam auf:"

«SOLIDARITÄT MIT DER RAF!»

Am 17.Mai fand in Stuttgart eine Demonstration von etwa 1000 Leuten für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla statt.

Nach vielen Jahren Pause erklärten in diesem Jahr Demonstranten in Lübeck, Berlin, Hamburg und jetzt in Stuttgart ihre Solidarität mit den Gefangenen aus der bewaffneten Linken.

Eine Teilnehmerin aus Frankfurt berichtet:

Anfahrt

An allen Autobahnausfahrten die schon gewohnten Kontrollen, nur höflicher als sonst: rauswinken, Pässe durchtickern, Motorhaube/Kofferraum öffnen, kleine Ermahnung: Stuttgart sei nicht Bremen (ein Blick auf die Landkarte überzeugt). Das wurde allen gesagt, war also wohl als Direktive ausgegeben worden. Weiterfahrt in die Innenstadt: sonniger Samstagvormittag, alles Volk kauft ein, sitzt im Cafe. In der ganzen Innenstadt und am Treffpunkt Karlsplatz ein Riesenaufgebot an Bullen, mit und ohne Gaul, im Kampfanzug mit Helm auf, Gasmaske im adretten Seitentäschchen, Knarre und chemical-mace-Pistole am Gürtel. Vor gefährdeten Objekten, Banken, Justizpalast u.ä. jeweils ne Extrastaffel von aneinandergereihten VW-Bussen mit schwitzenden Grünen drin.

Die Bullen

verhielten sich als einzelne defensiv. Sie hatten die Direktive, gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden und der sind sie gefolgt. Ein Demoteilnehmer, der bei der Schlußkundgebung was auf den Boden gesprüht hatte, wurde gebeten: hören Sie doch bitte auf damit.
Allerdings: Durch das massive Aufgebot (etwa 1000), durch die offen zur Schau getragene Kampfbereitschaft, die Kampfanzüge usw. sollte gezeigt werden, daß sie im gegebenen Fall sofort bereit sind zuzuschlagen. Die ganze Demo wurde von zwei Bussen vorneweg und Kampfbullen zu Fuß eskortiert. Auf beiden Seiten alle zwei Meter ein Bulle, der mitlief. Man konnte also gar nicht ausbüchsen, um was zu sprüben z.B. Ein Stein, in die Hand genommen, wäre im nächsten Augenblick von einem Bullen abgegriffen worden. Das war mein Gefühl bei dieser permanenten Präsenz.

Aber: Transparente, die jahrelang von der Straße geholt worden waren, Parolen, die kriminalisiert und Erklärungen, deren Schreiber sofort verhaftet worden wäre: plötzlich ging's. Sie konnten es sich nicht leisten zu provozieren, einzelne von uns rauszuholen, weil sie wußten, daß das auf massive Gegenwehr gestoßen wäre. Und Putz sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Ausgefertigt

Justizangestellte als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Das Kalb marschiert mit ruhig festen Tritt
Die Kälber deren Blut im Schlachthof schon geflossen
Sie ziehn im Geist in seinen Reihen mit."

Mit freundlichen Grüßen
Das ID-Kälber- und Ochsenkollektiv
i.A. Don Camillo

P.S.: Im übrigen macht es uns gar nichts aus, als Kälber und Ochsen bezeichnet zu werden. Nur Blutwurst mögen wir rein gar nicht.

Die Demo

beginnt um halb zwölf, als alle eingetroffen waren. Ganz vorne zwei Reihen von Angehörigen der politischen Gefangenen, dann viele Freunde und Unterstützer aus verschiedenen Städten, ein Frauenblock, ein Türkenblock, der mitaufgerufen hatte und am Ende der KBW mit seiner Forderung nach Tariflohn für Gefangene. Was mir auffiel: es gab eine Unmenge von Transparenten, für Zusammenlegung, gegen die Trakte, mit Bildern der ermordeten Gefangenen, mit Doppelaxt und Frauenzeichen, gegen Illusionen in Bezug auf die Baum'sche „Liberalisierung", für Solidarität mit den politischen Gefangenen, mit den Befreiungsbewegungen, für einen Widerstand gegen den US-Imperialismus und die BRD-Regierung.
Genau dieser Zusammenhang zwischen der US-Völkermordpolitik, die die BRD als ruhiges Hinterland braucht und dem bewaffneten Widerstand der Guerilla und überhaupt allem antiimperialistischen Widerstand wurde auch mit den Parolen hergestellt, in den Flugblättern und in den Erklärungen, die auf den beiden Kundgebungen verlesen wurden.

Die Demoroute war von den Anmeldern durchgesetzt worden und führte ausschließlich durch die belebte Innenstadt. Die Stuttgarter Bürger hingen in den Fenstern, kamen vor die Geschäfte gelaufen, standen dichtgedrängt am Straßenrand oder auf erhöhten Plätzen. Es ist mir schon klar, daß dieses Interesse nicht unbedingt das war, daß sie jetzt endlich mal die Tatsachen und Zusammenhänge hören wollten, die ihnen durch die Informationssperre in den Medien solange vorenthalten wurde. Fakt ist aber, daß die meisten die Flugblätter nahmen, den Erklärungen bei beiden Kundgebungen zuhörten. An diesem Punkt ist es uns gelungen, eben die Informationssperre zu durchbrechen.

Die Inhalte

der Demo waren auch Angriff genug. Auf der Zwischenkundgebung verlas eine Frau eine Erklärung zum Kampf der Guerilla, der eine Front bildet mit dem antiimperialistischen Widerstand draußen. Als Bremen als ein Beispiel dafür angeführt wurde, erklang rauschender Beifall auf dem ganzen Platz und mehrere Frauen begannen zu dichten: Aus Bremen wird ein Steppenbrand, setzt die NATO in den Sand!

In der Erklärung ging es um die Forderung nach Einhaltung der Zusagen, daß die Totalisolation gegen Günther Sonnenberg aufgehoben wird. Dafür hat er vom 21.4. bis zum 16.5. mit einem Hungerstreik gekämpft. Ebenso, daß die Frauen aus Lübeck mit den anderen 4 Frauen aus der RAF zusammengelegt werden. Auch hier existiert im Fall Irmgard Möller schon eine Zusage, die bisher aber Papier ist.

„Wir fordern, daß die Isolationhaft gegen die Gefangenen aufhört und daß sie in Gruppen zusammengelegt werden, weil wir wollen, daß der Widerstand lebt", so ein zentraler Satz aus der Erklärung.

Wir liefen/rannten weiter. Keine Minute verging, in der wir nicht Parolen riefen: Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla SOFORT! – Was früher die Gestapo war, das ist heut das BKA! – US-Imperialismus, das ist Terrorismus! – Yankees raus, Schmidt gleich mit! – Ob im Iran oder in der Türkei, bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei! – Frauen im Widerstand gegen den Staat zerschlagen den HERRschaftsapparat! (Da guckten ein paar männliche Demonstranten ganz doof und intonierten prompt: Männer im Widerstand..., auch recht). Auch ne „inoffizielle", spontane Parole kam auf: Solidarität mit der RAF! Was man sonst höchstens hinter vorgehaltener Hand gesteht, hier schallte es laut durch die Straßen!

Auf der Schlußkundgebung, die um 14 Uhr begann, wurde folgende Erklärung verlesen:

Es kann keine Versöhnung geben mit diesem Staat, sondern nur den gemeinsamen Kampf gegen organisierte Unmenschlichkeit und Vernichtung!

Wir machen heute diese Demonstration, um Druck zu schaffen, dafür, daß die Gefangenen aus der RAF und der Bewegung 2. Juni, die bis auf zwei Kleingruppen in Berlin und Lübeck in Einzel- oder Zweierisolation auf die gesamte BRD verteilt sind, sofort zusammengelegt werden.

Mit unseren Transparenten und Parolen richten wir uns gegen die organisierte Unmenschlichkeit und Vernichtung.
Richten wir uns gegen das Modell Deutschland als direkten Beteiligten an der US-Politik,
richten wir uns gegen den US-Imperialismus,
richten wir uns gegen die Vernichtung derer, die am konsequentesten gegen den US-Imperialismus kämpfen.

Maihofer sagte mal:
,,Die Stadtguerilla sei das einzige Problem, daß dieser Staat nicht im Griff habe."
Es liegt an uns dafür zu sorgen, daß sie nicht mehr sagen können, sie hätten uns im Griff.
Um Widerstand zu entwickeln und voranzutreiben, müssen wir den Feind konkret benennen.
Immer mehr Länder haben begriffen, daß der US-Imperialismus der Hauptfeind der Menschheit ist.
So in Mittelamerika, wo nach dem Sieg über die von den USA befehligte Somoza-Diktatur in Nicaragua der Widerstand in den benachbarten Ländern erstarkt ist.

Von amerikanischen Soldaten haben wir erfahren, daß die 7. US-Armee in Westdeutschland schon 4 Tage vor dem Überfall in höchstem Alarmzustand (red alert) war.
Die Herkules Transportmaschinen für den Einsatz sind von Ramstein/Pfalz aus gestartet. Die Verletzten des US-Terroristen-Kommandos wurden auch wieder in diesem Rückzugsterrain Ramstein versorgt.
Und es ist die SPD-Regierung, die die NATO-Hilfsaktion für die faschistische Türkei organisiert. Sie beliefert das Regime mit Waffen und Geld zur Ausrottung des immer stärkeren türkischen Widerstands.
Er kämpft dagegen, daß die Türkei die Rolle übernimmt, die der Iran bis zur Revolution innehatte — nämlich Aggressionskeil und Ausgangsbasis der Nato für den Krieg gegen die arabischen Völker zu sein.
Die GSG 9 bildet in der BRD und in der Türkei Militär, Bullen und die faschistische Konterguerilla für die Massaker gegen das Volk aus.

Da trifft sich Innenminister Baum mit seinem türkischen Kollegen, um über die Bekämpfung des ,,Terrorismus" zu konferieren.
Sie meinen damit nicht sich selbst, sondern gemeint sind die, die hier wie dort am entschlossensten Widerstand leisten.

Um diesen Krieg als Normalzustand zu behaupten, werden wir tagtäglich mit ihrer Kriegspropaganda konfrontiert.
Jeder bekommt sie hier mit:
Die öffentliche Rekrutenverteidigung in Fußballstadien als Versuch einer faschistischen Massenmobilisierung.

Jetzt, wo das Ziel des Imperialismus — der offene Krieg um seine Vorherrschaft, immer klarer wird, wird auch klar, was das Ziel unseres Widerstands sein muß.

der Kampf geht weiter

eine Front mit der Guerilla!

So im nahen Osten, wo es den US-Imperialisten und ihren Marionetten Begin und Sadat nicht gelungen ist, den palästinensischen Widerstand mit Autonomie-Statut und Camp David Abkommen zu entwaffnen.
So im Iran, wo der von den USA an die Macht geputschte Schah verjagt wurde, wodurch der US-Imperialismus einen der wichtigsten Stützpunkte zur Kontrolle des ganzen nahen und mittleren Ostens verloren hat.
Diese Länder sind Beispiel für eine weltweite Entwicklung, in der der US-Imperialismus bekämpft und so in die Defensive gedrängt wird. Diese Niederlagen, das, was Schmidt die 'Krise der 80-iger Jahre' nennt, machen den US-Imperialismus nicht weniger gefährlich, sondern aggressiver.
An dieser Kriegspolitik müssen sich die Verbündeten jetzt offen beteiligen, weil die USA allein nicht mehr in der Lage sind, den weltweiten Widerstand niederzuschlagen.

Haig: ,,Die BRD darf nicht länger am Spielrand stehen."

So ist die BRD die treibende Kraft, die hier in Westeuropa die US-Interessen durchzusetzen hat.

— Indem sie z.B. die amerikanischen Nato-Aufrüstungsbeschlüsse zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in West-Europa gegen den Widerstand von Ländern wie Holland und Belgien erzwungen hat.
— Indem sie die innenpolitische Gleichschaltung der westeuropäischen Länder zur Bekämpfung von innerstaatlichem Widerstand durchgesetzt hat.
— Indem sie durchsetzt, daß sich die westeuropäischen Länder als ein Block direkt an dem imperialistischen Krieg beteiligen.

Es ist das Territorium der BRD, daß wie z.B. während dem Krieg in Vietnam als Ausgangspunkt und Rückzugsbasis für die US-Militärs benutzt wird, wie jetzt wieder bei dem Überfall auf den Iran.
Der Überfall, bei dem es nicht um die Befreiung der Geiseln ging, ist Teil eines Planes, einen konterrevolutionären Prozeß im Iran in Gang zu setzen, mit dem sich die Yankees wieder an die Macht putschen wollen.
So sagte Carter schon im Januar:
,,In dem außergewöhnlichen Fall, daß alle Geiseln befreit werden, wird unsere Aktion gegen das Khomeiny-Regime ander Formen annehmen. Aber es ist entscheidend, daß dieses Regime nicht länger als noch sechs Monate hält."

Gegen den imperialistischen Krieg zu sein, kann nicht Pazifismus bedeuten, sondern Partei zu ergreifen, solidarisch und praktisch zu handeln, zusammen mit den Völkern und Bewegungen, die der Ausbeutung und Vernichtung den Krieg erklärt haben.
Solidarisch und praktisch zu handeln mit der Metropolenguerilla, die seit 10 Jahren in der Metropole den gleichen Unterdrücker bewaffnet angreift, der in der 3. Welt und hier Krieg führt.

Solidarisch und praktisch zu handeln mit den Gefangenen aus der Guerilla im Kampf gegen die Vernichtungshaft für ihre Zusammenlegung.

Praktisch und solidarisch zu handeln in diesem Zusammenhang heißt für uns:
Das Projekt der Widerstandbekämpfung der Nato nach innen anzugreifen,

— die Zusammenlegung der politischen Gefangenen erkämpfen
— den Fahndungsapparat des BKA zu stören
— Prozesse gegen Gefangene aus der Guerilla wieder öffentlich zu machen, d.h. hinzugehen, die Inhalte zu verbreiten

Konkret jetzt — am Dienstag, den 20.5. fängt der Prozeß gegen Knut Folkerts, Gefangener aus der RAF an, bei dem es um die Rolle der Bundesanwaltschaft bei der Ermordung von Holger Meins, Ulrike Meinhof und Siegfried Hausner geht.

Das Projekt der psychologischen, materiellen und politischen Kriegsvorbereitungen der Nato anzugreifen, wie:
— die Rekrutenvereidigung wie in Bremen, Emden
— die Nato-Herbstmanöver
— die Stationierung der atomaren Vernichtungswaffen, die Mittelstreckenraketen.

Die Bullen hatten sich während der Verlesung im Kreis um uns herum formiert und die Gasmasken ausgepackt. Sie erwarteten wohl irgendwas Gewalttätiges . Stattdessen stiegen am Schluß der Rede Luftballons in den Himmel, an denen ein großes Transparent befestigt war: Gegen Carter und Schmidt! Solidarität mit dem Widerstand der Guerilla! Es schwebte unter großem Beifall über die Fußgängerzone und weiter über die Dächer von Stuttgart.

Prozeß gegen Raphael Keppel:

„IM INTERESSE EINER HUMANEREN ZUKUNFT STELLE ICH FOLGENDE FORDERUNGEN AN DIE BRD..."

FRANKFURT 27. Mai *Seit dem 28.4.80 läuft der Prozeß gegen Raphael Keppel vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, der am 11.9.79 in Köln ein Flugzeug entführte (s. auch ID 301)(mit anderen Forderungen als bisher üblich). Wer den Forderungskatalog Keppels durchliest, stellt erstaunt fest, daß es sich um ein Programm handelt, das ebenso von einer bunten oder grünen Liste aufgestellt hätte sein können. Da ist von einem Mutterschaftsurlaub die Rede und von Umweltschutz, von der Forderung nach mehr Geld für soziale Zwecke und für Bildung, von der Abschaffung der Wehrpflicht und vom Abbau der Rüstungsausgaben...*

Einige Tage lieferte Keppel Stoff für die Titelseiten der Boulevardpresse, selbst Rudolf Augstein beteiligte sich eifrig an der Ausbeutung der Verzweiflung eines naiven Idealisten, der glaubte, man könne diese verrückte Welt, dieses Monster Staat, dieses Managerkartell, das sich Bundesregierung nennt, dazu bringen, der Menschlichkeit und Vernuft Raum zu geben. Während der Entführung hatte sich der Krisenmanager vom Dienst, der Fachmann für Endlösungen (z.B. Mogadischu) und Staatsminister für besondere Aufgaben Wischnewski, vom Tower des Flughafens Köln aus eingeschaltet und in seiner salopp-zynischen Art versucht den Flugzeugentführer zu verwirren, hinzuhalten und zur Aufgabe zu überreden. Zwei Tage später verschwand die Entführung mit Hilfe einer plumpen Lüge aus den Titelseiten der Presse, man sprach nur noch mit Verachtung von Keppel. Die Entführung,so hieß es, sei nur ein raffinierter Werbetrick gewesen um auf sein Buch ‚Entführung zur Menschlichkeit' aufmerksam zu machen. Daß dieses Buch auch nur eine Ausdrucksform seiner Forderungen nach einer humanen Gesellschaft darstellte, wurde verschwiegen.

Das Gericht schwankt, ob es nun Keppel als ‚Terroristen' oder als ‚Psychopathen' abstempeln soll. Es wühlt in der Vergangenheit Keppels herum, um seine Entführung und ihn zu psychologisieren, denn seine Abstemplung als "Psychopath" erscheint leichter und hätte zur Folge, auch seine Forderungen nach einer besseren Zukunft als Phantasieprodukt eines Irren degradieren zu können.

Keppel hat sich eine Woche lang geweigert, zu essen, um gegen diese Art der Prozeßführung zu protestieren. Am 28.4., zu Beginn des Prozesses, gab er eine Prozeßerklärung ab, die wir im folgenden abdrucken. Seither schweigt er.

Prozeßerklärung

Es ist auffallend, daß in der Anklageschrift fast ausschließlich von dem die Rede ist, was ich getan habe, aber nur mit einem Satz erwähnt wird, warum ich das gemacht habe, und das zudem noch sehr unvollständig.

In den letzten Jahren habe ich mir für etwas viel Zeit genommen, wofür die meisten keine mehr haben. Und zwar habe ich darübernachgedacht und mich dafür interessiert, was eigentlich bei uns vor sich geht. Nicht zuletzt durch meine Empfindsamkeit ist es mir sehr nahe gegangen, was ich dabei alles erfahren habe. Obwohl ich früher selbst anders war, kann ich heute nur schwer verstehen, wie Menschen mit ihrem Verstand und Gefühl darüber hinweggehen können, was sich heute in der Welt tut. Allenfalls zeigt man sich hier und da betroffen, wenn man Mißstände sieht, aber das wird genauso schnell wieder verdrängt, wie es aufgetaucht ist. Die meisten Menschen wollen das auch gar nicht sehen, und häufig ist zu hören: „Wir haben unsere eigenen Sorgen und Probleme." Damit haben sie zweifellos recht. Größtenteils sind sie sogar sehr unzufrieden, aber die wenigsten fragen sich, warum sie das eigentlich sind.

Raffael Keppel

Während der Untersuchungshaft habe ich sehr viel Post von Menschen aus allen Schichten bekommen. Da heißt es u.a. in einem Brief: „Ich gehöre wohl zu denen in diesem Land, denen es materiell sehr gut geht. Trotz des vielen Geldes und der guten Position war ich aber nie zufrieden. Ich habe wie eine Maschine funktioniert, die Achtung der Kollegen und Nachbarn genossen und immer darauf geachtet, daß ich besser, perfekter und mehr wie die anderen werden. Mein Aufstieg war unaufhaltsam und auch bereits vorprogrammiert, bis zu dem erwähnten Unfall. In den ersten Wochen kamen mich alle Bekannten besuchen, aber es wurden mit Ausnahme meiner Frau immer weniger, bis schließlich niemand mehr außer ihr kam. Es war abzusehen, daß ich nie wieder voll funktionsfähig eingegliedert werden konnte und das wußten alle, auch meine sogenannten Freunde. Ich hatte in den ganzen Monaten meines Krankenhausaufenthalts viel Zeit über sie, die anderen Menschen und über mich selbst nachzudenken. Das Ergebnis ist, daß ich ihnen keineswegs böse bin, sondern sie tun mir leid, denn sie merken gar nicht wie arm sie sind. Zwar bin ich heute ein Krüppel, aber glücklicher denn je, weil ich jetzt ein Mensch und keine Maschine mehr bin."

Besser kann ich kaum ausdrücken, was ich am 12.9. des vorigen Jahres wollte. In einem nie gekannten Ausmaß kämpfen wir in einem Konsumkrieg „Jeder gegen jeden" und „alle gegen alle". Zurück bleiben die Kinder, Kranken, Behinderten, Arbeitslosen, Alten und Minderheiten. Aber selbst die Gesunden und Berufstätigen sind nicht glücklich, denn diese heutige Welt des Geldes und Machtstrebens isoliert, vereinsamt und entfremdet die Menschen immer mehr, und das ist für mich die Stelle, wo Unmenschlichkeit und damit Unrecht anfängt.

Überall fehlt es an Liebe, Geborgenheit, Anerkennung und Freiräume, um wir selbst,entsprechend unseren natürlichen Veranlagungen zu werden und zu sein. Von Natur aus ist der Mensch ein gutmütiges Wesen mit einem starken Gemeinschaftsgefühl, aber er wird von Geburt an daran gehindert, sich frei zu entfalten. Mit Drohen, Strafen und Belohnen wird das Kind bereits in ein Schema gepreßt, das in etwa den Normen der jeweiligen Gesellschaft entspricht. Ein Kind, das das tut, was die Eltern bzw. die Gesellschaft für richtig halten, wird belohnt, während das, was sich entsprechend seinen Fähigkeiten entwickelt, häufig dafür bestraft wird.

In der Schule wird vom Kind verlangt, daß es stundenlang dasitzt und vorgefaßten Lehrstoff in sich aufnimmt. Kreativität, Spontaneität und Lebendigkeit ist weniger erwünscht. Die Kinder sollen das lernen, was in den Schulbüchern steht. Eigene Talente müssen zwangsläufig zurückstehen, weil alles benotet und nur der gefördert wird, der sich an das Schema anpaßt. Desto besser das gelingt, desto mehr wird das Kind belohnt, während die Schlechtesten bestraft werden. So nützt es einem Kind überhaupt nichts, wenn es ein hervorragender Zeichner ist oder gute technische oder handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten hat, aber sonst nicht den Normen entspricht. Unser ganzes Schulsystem ist darauf aufgebaut, daß die Kinder angepaßt werden sollen. Geld wird mehr und mehr zum Maß aller Dinge erhoben, aber über Mitmenschlichkeit lernen sie fast gar nichts. Das Wichtigste, der Mensch und die Natur , stehen immer im Hintergrund. Wenn jedes Kind schon Selbst- und Menschenkenntnis erlernen könnte, würde es viel mehr über alles nachdenken und keine Unmenschlichkeit zulassen.

Es ist auch immer wieder auffallend, daß alle diejenigen, die nicht durch die Jagd nach den materiellen Gütern von ihren natürlichen Bedürfnissen abgelenkt werden,wie die Jugend, Kranken, Behinderten, Arbeitslosen und Alten viel mehr für Mitmenschlichkeit, Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität appellieren. Sie haben Zeit zum Nachdenken und merken bald, daß bei uns nur der als vollwertig gilt, der sich anpaßt und dem Geld hinterherrennt. Für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen, hat keiner mehr Zeit. Wirkliche menschliche Werte sind zur Mangelware geworden und da wundern sich Staat und Gesellschaft, daß die Jugend immer mehr ihre eigenen Wege geht.

Selbst die garantierte Gleichberechtigung der Frau wird in unserer Männerhierarchie fast überall mit den Füßen getreten. Sie sind nicht nur fast überall unterrepräsentiert, sondern werden teilweise sogar noch unterdrückt. Da die meisten Frauen viel mitmenschlicher eingestellt sind, verwundert das auch nicht, denn in unserer Gesellschaft werden die harten und rationalen Typen, die ihre Gefühle möglichst perfekt unterdrücken können am meisten gefördert, wobei einer den anderen kontrolliert. Immer dreht siob alles nur um Macht und Geld, während die Mitmenschlichkeit auf der Strecke bleibt. Zwar wird immer wieder von Menschenrechten gesprochen und behauptet, daß ein Menschenleben vor allem anderen käme, aber die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus.

Wenn man das alles betrachtet, was hier bei uns geschieht, dann kann man nicht einfach stillhalten und sagen: „Ja, das ist in Ordnung!" oder: „Das ist nicht zu ändern!"

Da können wir es uns leisten, daß fast eine ganze Jugend auf der Straße sitzt und wir bald 1 Million Arbeitslose haben, während ältere Arbeitnehmer sich über die letzten Jahre quälen, weil der Streß und die Hektik der heutigen Arbeitswelt sie zermürbt haben. Dabei ist die teilweise unmenschliche Fließband- und Akkordarbeit noch nicht einmal der alleinige Faktor, daß die Krankheiten immer mehr zunehmen und die Krankenkassen kaum noch die Kosten bezahlen können. Die Menschen stehen einfach vor ihrer körperlichen Leistungsgrenze. Sind dann die aber über 20% im Jahr krank, dann dürfen sie ohne weitere Gründe entlassen werden und als Arbeitslose oder Kranke sind sie nicht mehr gefragt. Von der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung ist da nicht viel zu merken.

Noch schlimmer geht es den Schwächeren in unserem Land. Man braucht nur mal in viele psychiatrischen Kliniken oder Unterkünfte von Minderheiten und ausländischen Arbeitern zu sehen. Das ist menschenunwürdig, was man da in unserem so hochgelobten Sozialstaat alles zu sehen bekommt und was alles wider das Grundgesetz ist.

Da werden psychisch Kranke wie Vieh gehalten, Minderheiten wegen ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung belächelt, mißachtet oder benachteiligt, und unseren ausländischen Gäste wie Untermenschen behandelt, die für uns die Dreckarbeit machen sollen. Was ihnen allen angetan wird, das können wir schon gar nicht wieder gut machen.

Nicht viel besser geht es vielen unserer Rentner. Es wird darüber gestöhnt, was sie uns kosten und dabei haben viele von ihnen gerade genug zu leben. Ganz abgesehen vom Materiellen leben sie immer häufiger in Abgeschiedenheit und Einsamkeit, und die Selbstmorde steigen gerade bei ihnen ständig an. Sie wollen nicht in die Einsamkeit, sondern sie werden da hineingedrängt, und das steht im krassen Widerspruch zur Mitmenschlichkeit und Gleichberechtigung.

Diese Ungerechtigkeit trifft aber nicht nur bestimmte Gruppen, sondern ist überall im alltäglichen Leben festzustellen.

Wir registrieren die steigende Drogen- und Alkoholabhängigkeit und ihre Opfer, sowie die ebenfalls steigenden Selbstmorde und Verkehrstoten wie Wachstumsraten in unserer Wirtschaft. Tatsächlich sind wir soweit, daß wir Menschenleben in unserer Konsumgesellschaft mit verbrauchen. Es klingt makaber, aber unserer Autoindustrie z.B. ginge es bedeutend schlechter, wenn wir keine Verkehrstoten mehr hätten. Unser Wirtschaftssystem ist nicht auf Gebrauch, sondern auf Verschwendung aufgebaut und das kostet auch viele Menschenleben. Jeder weiß es,und jeder verschließt die Augen davor, bis er zu den Opfern gehört.

Auch die Mächtigen wissen das und gehen trotzdem mit schlechtem Beispiel voran. Nicht nur, daß sie die Verschwendung fordern, sondern sie zeigen auch, wie wenig ein Menschenleben wert ist. Da wird von ihnen behauptet, die Bewältigung des Hungers in der Welt wäre die vordringlichste Aufgabe und wenige Stunden später beschließen sie neue Rüstungsausgaben. Für

mich ist das Unmenschlichkeit in höchstem Grade. Man braucht sich nur mal vor Augen halten, daß alleine mit den Rüstungsausgaben der Bundesrepublik der gesamte Hunger in der Welt gestillt werden könnte. Da muß man die Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit der Appelle durch die Politiker anzweifeln, und das steigende Mißtrauen der Dritten Welt ist da auch kein Wunder mehr. Wie sollen sie auch begreifen, daß bei ihnen die Menschen verhungern, während z.B. die Überschüsse der EG vernichtet werden. Die Erhaltung eines jeden Menschenlebens muß doch an erster Stelle menschlichen Handelns stehen. Alles andere ist unmenschlich und wider alle Vernunft.

Jeder Mensch hat einen Verstand und ist deshalb auch mitverantwortlich. Man kann von keinem Normalverdiener verlangen, daß er noch etwas von seinem sauer verdienten Geld hergibt, sondern das sollen die Reichen geben, die es mit vollen Händen ausgeben. Aber man kann von jedem Mitmenschlichkeit, die Hilfe gegenüber dem Nächsten erwarten. Jeder kann auf seine Art etwas dafür tun, menschlichen Bedürfnissen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Es kann aber nicht Recht sein, wenn Millionen Menschen in der Welt hungern, wenn für Kinder niemand mehr Zeit und Platz hat, wenn die Kranken, Alten, Schwachen und Minderheiten abgeschoben und benachteiligt werden, menschlich und auch finanziell, und wenn viele unter menschenunwürdigen Verhältnissen oder am Existenzminimum in unserem Sozialstaat leben müssen.

Das alles kann nicht Recht sein und wird auch niemals für mich Recht. Und wenn das mit unseren Gesetzen in Einklang zu bringen ist, dann muß ich hier klar sagen, dann ist das für mich ein verrechtlichtes Unrecht. So etwas kann einfach kein Recht sein. Jedem, dem Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität mit allen Menschen etwas bedeutet, der kann das nicht widerstandslos hinnehmen, und die Artikel 1, 2 und 3 des Grundgesetzes verdeutlichen auch, daß hier Unrecht wider den Menschen geschieht. Gegen alles Unrecht aber dürfen wir laut Grundgesetz Widerstand leisten.

Nun bin ich jedoch nicht so naiv, daß ich nicht wüßte, daß das viele bisher genannte Unrecht nicht ausreicht, um auf seine Art Widerstand leisten zu dürfen, wie ich es getan habe. So hoch steht Mitmenschlichkeit bei uns leider nicht im Kurs. Materielle Güter werden da schon bedeutend besser geschützt und vor allem die Interessen der Reichen und Mächtigen. Was die sich aber teilweise erlauben, ist undemokratisch und geht zuweit. Da wird die Bevölkerung immer wieder zum Energiesparen aufgefordert und muß ständig mehr Geld dafür aufwenden, während die großen Konzerne bis zu 100 % Gewinnsteigerungen verzeichnenkönnen, im Vergleich zum vorigen Jahr. Da wird behauptet, wir könnten nicht auf Kernenergie verzichten, obwohl das laut Institutsberichte, von denen die Politiker wissen, klar widerlegt wird. Da bestellen sich die Politiker große neue Dienstwagen, während die Bevölkerung Benzin sparen soll usw.. Das läßt sich x-beliebig fortsetzen, und immer geht es zu Lasten der Normalverbraucher und vor allem der Schwachen.

Vieles aber, was bei uns geschieht, wird in der Öffentlichkeit erst gar nicht bekannt, obwohl das in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte. So machen Geheimberichte und geheime Aktennotizen aus dem Bundesinnenministerium über die Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung, Kernkraftwerke usw. sehr deutlich, daß der Bevölkerung nicht nur viel verheimlicht, sondern auch die Unwahrheit gesagt wird.
Z.B. geht aus dem 120 Seiten langen Geheimbericht über Stör- u. Unfälle in den deutschen Kernkraftwerken hervor, daß es bereits über 1000 Stör- und Unfälle gegeben hat, von denen einige vor einer großen Katastrophe standen. Von diesen vielen Unfällen hat die Bevölkerung nur einen kleinen Teil erfahren und fast nie das wirkliche Ausmaß. Und da wird immer erzählt, unsere Kernkraftwerke wären sicher und die Regierung würde darüber eine offene Diskussion in der Bevölkerung führen.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es unter Absatz 3: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden."

In Absatz 4 heißt es dann:
„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Die vielen, teilweise unmenschlichen Mißstände bei uns, sowie die Gefährdung von Lebensräumen und vor allem Menschenleben, können nicht im Sinne unseres Rechts sein, und so mußte ich versuchen, Abhilfe zu schaffen. Es gab aber für mich keine andere Möglichkeit der Abhilfe.

„Natürlich gehe ich auch das Risiko ein, daß mein Vorhaben entdeckt wird, bevor die Bevölkerung davon erfährt, und dann bin ich der Dumme. Entweder wird man mich dann ausschalten oder in eine geschlossene Klinik als geisteskrank einweisen lassen."

Vieles von dem, was ich am 12.9. vorigen Jahres vorbringen wollte, unterblieb und Herr Wischnewski hatte es nach meiner Tat nicht mehr nötig, sich für meinen Vorschlag einer Unterredung zu interessieren, so daß ich jetzt im Verlauf der Hauptverhandlung alles nachholen muß. Im übrigen hatte ich auch der Cockpit-Besatzung gesagt, daß ich auch noch über weiteres aufklären wollte, was nicht in meinem Forderungskatalog stände.

Ich habe mir nie in meinem Leben etwas zuschulden kommen lassen und ich wäre in den vergangenen 7 1/2 Monaten auch lieber bei meiner Familie gewesen, aber bei diesen Informationen blieb mir überkaupt keine andere Wahl. Und an wen sollte ich mich denn wenden? Zum Staat konnte ich nach dem Gehörten und Gesehenen kein Vertrauen haben. Im Gegenteil hatte und habe ich sogar große Angst vor ihm.

Ich habe mich psychisch jahrelang mit dieser ganzen Inhumanität herumgequält, bis es mir zum Schluß egal war, welche Folgen das für mich hat. Und wenn es mir 5 Jahre Freiheitsstrafe oder gar mein Leben kostet, ich konnte nicht länger darüber schweigen. Deshalb habe ich getan, was ich als Mensch tun mußte, um mich noch als solcher akzeptieren zu können und ich habe im guten Glauben gehandelt, zwar etwas Unlegales, aber nicht Unrechtes zu tun. Wenn ich für hungernde Menschen ein Brot stehle, habe ich etwas Unlegales getan, was nicht Unrecht sein kann, und so habe ich immer meine Tat gesehen.

Herbert Marcuse hat einmal gesagt: „Das Lebensfördernde kann nicht Unrecht bedeuten, auch wenn zur Schaffung solcher Bedingungen gewisse Zwangsmaßnahmen erforderlich sind."
Meiner Meinung nach war meine Zwangsmaßnahme berechtigt, denn etwas Wichtigeres als Menschenleben zu erhalten und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, kann es nicht geben, und genau das wollte und will ich, denn ich lebe und arbeite für eine humane Zukunft.

Die Adresse von Raphael Keppel lautet: Raphael Keppel, c/o 5. Strafsenat beim Oberlandesgericht, Cecilienstr. 3, 4000 Düsseldorf 30. Die Broschüre und das Buch von Keppel sind im Volksverlag Linden erschienen.

Wie die Frankfurter Rundschau von heute (28.5.) berichtet, ist der Prozeß „geplatzt", weil ein beisitzender Richter einen Herzinfarkt hatte. Ein neuer Prozeß soll am 2.Juni beginnen.

Wegener Wischnewski

Zeitlicher Ablauf der Aktion vom 12. September 79

10.10 Uhr: Kanzler Schmidt erfährt von der Flugzeugentführung. Wischnewski bietet sich als Krisenmanager an.

11.00 Uhr: Wischnewski trifft sich mit dem Terrorpsychologen Salewski im Kontrollturm des Kölner Flughafens. Später finden sich noch GSG-9-Chef Wagner, der Kölner Polizeipräsident Hosse und der NRW-Innenminister Hirsch ein.

16.10 Uhr: Raphaels programmatische Forderungen werden verlesen. Zwei Fernsehjournalisten können den Text mithören.

16.45 Uhr: Die Passagiere und das Begleitpersonal können die Maschine verlassen.

17.30 Uhr: Auf Vorschlag des Chefpiloten dringt Raphael auf die Entladung des Reisegepäcks an Ort und Stelle. Wischnewski läßt die Entladeaktion stoppen und versucht, die GSG 9 unauffällig an die Maschine heranzumanövieren.

18.00 Uhr: Wischnewski nimmt das Gespräch mit Raphael auf, das bis zum Ende der Aktion dauert. Er nimmt für die Bundesregierung Stellung zu den einzelnen Programmpunkten.

19.30 Uhr: Raphael moniert, daß die Passagiere immer noch auf ihr Gepäck warten müssen.

22.00 Uhr: Raphael entläßt von sich aus die Cockpit-Besatzung und bleibt allein zurück. Er teilt mit, daß er nur eine Spielzeugpistole bei sich hat und fragt, was nun mit ihm geschieht.

Am 13. Mai wurde Wischnewski als Zeuge vernommen. Bei der Befragung stellte sich heraus, daß Wischnewski Raphaels symbolische Aktion einer "Entführung zur Menschlichkeit" nicht anders angefaßt hatte, als die Geiselaffaire von Mogadischu. Er hatte alles Denkbare unternommen, der GSG 9 "die Arbeit zu erleichtern". GSG-9-Chef Wegener hatte Wischnewski gebeten, Raphael hinzuhalten, bis es dunkel würde, weil seine Truppe dann strategisch im Vorteil wäre. Unterstützt vom Terrorpsychologen Salewski zog er daher das Gespräch mit Raphael in die Länge. Aus dem gleichen Grund, und um die GSG 9 gedeckt an die Maschine heranzubringen, ließ er die Gepäckabladeaktion stoppen.

Es gibt keine logische Erklärung dafür, warum er die ganze Zeit auf "Mogadischu-Kurs" blieb, denn der andersartige Charakter der "Entführung" war von Anfang an klar.

Aufschlußreich für Wischnewskis GSG 9-Hörigkeit waren seine Antworten auf einige gezielte Fragen von Raphaels Verteidiger Rüdiger Böhm.

Böhm: "Warum haben Sie den Ablauf der Aktion hinausgezögert und Herrn Keppel nicht einfach aufgefordert, seine Aktion abzubrechen"?

Wisch.: "Bis zuletzt wußten wir nicht, daß er nur eine Spielzeugpistole bei sich hatte. Wir mußten uns auf die Rettung der Cockpit-Besatzung durch eine gewaltsame Aktion einstellen. Herr Wegener hielt es für strategisch vorteilhaft, die Dunkelheit zu erreichen. Mein Verhältnis zur GSG 9 ist so, daß ich jeden Rat, der von ihr kommt, ernst nehme".

Böhm: Um 19.32 Uhr beklagte sich Herr Keppel, daß man die Passagiere noch immer auf ihr Gepäck warten ließ. Warum haben Sie das nicht zum Anlaß genommen, ihn zum Aufgeben zu bewegen"?

Wisch.: "Vorangig war das Ziel, die Dunkelheit zu erreichen. **Ich habe mich sehr korrekt an das gehalten, was von der GSG 9 gewünscht worden ist. Wenn da etwas ist, womit ich der Polizei die Arbeit erleichtern kann, tue ich das".**

Böhm: "Warum haben Sie die erbetene Zusage zu den Forderungen nicht sofort ohne langes Diskutieren gegeben? Sie haben ja auch die Expertenkommission (zur Kindererziehung und zur Planung einer humanen Zukunft) zugesagt, ohne sich später daran zu halten"?

Wisch.: "Wir waren am Gespräch interessiert, um uns an ihn heranzutasten und Zeit zu gewinnen. Beim Gespräch kam es darauf an, das Einspeichern zusätzlicher Spannung zu verhindern. Das bringt Gefahr. Ich versuchte ihm das Gefühl zu vermitteln: er hat es mit einem ernsthaften Gesprächspartner zu tun, der ihn in seinen Augen ernst nimmt und nur das zusagt, was er persönlich verantworten kann. Er hätte sonst denken können: die machen nur ein Spielchen mit mir. Das Gespräch war ganz taktisch motiviert und mit dem Psychologen abgestimmt".

OFFENER BRIEF AN RUDOLF RAABE

seine Unterstützungs-Komitees/Gruppen und ,die Öffentlichkeit'

Von der Rudolf-Raabe-Gruppe Hannover stammt der folgende Brief:

Wir sind eine Gruppe in Hannover, die sich (aus anderen Zusammenhängen wie Anti-AKW) seit ca. 1/4 Jahr zum „Fall Raabe" trifft. Die Motivation war recht unterschiedlich (aus menschlichen Gründen / aus Interesse an politischen Hintergründen / als Fortsetzung der Arbeit mit anderen Kriminalisierten). Momentan sind wir an einem Punkt angelangt, der uns vor die Frage stellt, warum bei uns die Motivation zur (Unterstützungs-) Arbeit immer mehr sinkt. Bei Gesprächen über dieses Problem sind wir zu Einschätzungen und Fragen gelangt, deren Veröffentlichung wir als einen Schritt hin zur ‚konkreten Arbeit' verstehen. Denn neben Leerformeln wie „Solidarität" oder „Unterstützung" konnten wir unser (Wunsch-) Verhältnis zu Rudolf nicht klar kriegen (was heißt „Hilfe" für Rudolf, wollen wir überhaupt „helfen", ...?). Und wir konnten die Arbeit zu/ für Rudolf noch nicht in einen politischen Zusammenhang (mit Perspektive) stellen.

Eine Diskussion um Sinn und Beantwortung unserer Fragen erscheint uns als einzige Möglichkeit, die Leerformeln füllen zu können.

Unterstützung oder die Wahl zwischen Igitt und Pfui-Bäh

Was uns eine ‚Unterstützung' für Rudolf zu Beginn an erschwerte/verunmöglichte, war, daß wir über und von ihm nichts wissen... — außer ein paar Fakten und einen politischen Hintergrund, in den wir seinen Fall einzuordnen suchten. Dieser Mangel machte eine ehrliche Öffentlichkeitsarbeit unmöglich: Entweder, wir beschränken uns auf die Verbreitung der reinen Fakten, oder wir stellen nach unserer Ansicht nach existierenden Zusammenhänge (z.B. zwischen BRD & Südirland) am Fall Raabe dar.

Ersteres würde uns, unsere Arbeit reduzieren auf die Verkündung einer (moralisch-menschlichen) „Ungeheuerlichkeit des Staates" gegenüber dem OPFER Rudolf. Zielsetzung wäre die Schaffung einer breiten, liberal-empörten Öffentlichkeit. Die politische Perspektive eines solchen Vorgehens erscheint uns als fast null. Wir würden nur Unterschriften und/oder Spenden sammeln und alles an die entsprechenden Stellen weiterleiten. Und wenn der „öffentliche Druck" stark genug wäre, würden die staatlichen Stellen vielleicht aufgrund innerer Querelen oder aus Angst um die innere Ruhe den Fall Raabe nicht ganz so hart durchziehen, wie sonst zu befürchten. Solch eine Arbeitsweise/perspektive stimmt einfach nicht mit unserem politischen Selbstverständnis überein, da hier — der Fall Raabe zur Ausnahme wird — das bürgerliche Gewissen sich per Unterschrift beruhigen kann — falsche Hoffnungen auf den Staat & das Funktionieren der Demokratie geweckt werden...

Die zweite Möglichkeit, also Ausbreitung einer Analyse der Verhältnisse unter Einbeziehung des Fall Raabe, wäre eine Funktionalisierung des Individuum Rudolf. Denn er selbst hat sich (im größeren Rahmen) noch nicht dazu geäußert, wie er seinen Fall einschätzt. Wir könnten ihn also in Zusammenhang bringen mit Flächenfahndungen in Südirland, die mit der Suche nach ihm legitimiert wurden, sich aber (auch) gegen die IRA wendeten. Die Bekämpfung der IRA, die ‚Austrocknung' ihres ‚Hinterlandes Südirland' liegt dabei sowohl im Interesse Südirlands, da diese keine wirtschaftlichen Investitionen & Subventionen erwarten können, solange ihr Land ein Unruheherd ist. Zum anderen hat auch die BRD ein Interesse an der Vernichtung der IRA, spätestens, seit diese Anschläge auf bundesdeutschem Gebiet durchführte. In diesem Interessenfeld kam ein nach Irland geflüchteter 'Terrorist' sehr gelegen. Ebenso weist der Fall Raabe auf innerdeutsche Entwicklungen hin: die

RUDOLF RAABE

Bundesstaatsanwaltschaft verspricht sich wohl Informationen über die RZ, Baum dagegen hofft wohl noch, mit einem ‚reuigen, und darum gnädig aufgenommenen' Raabe seine Liberalisierungskampagne ein Stück voranzutreiben. Doch die Darstellung all dieser Hintergründe hilft nicht viel weiter... weder Rudolf, der in Irland sitzt — noch uns, die wir ja nicht gute Analysen liefern wollen, sondern nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Und in einer Öffentlichkeit wird dies auch nicht viel bewegen, da diese Hintergründe (jedem Interessierten) hinlänglich bekannt ist, und nicht durch den moralischen Druck eines menschlichen Schicksals zum Aufschrei der Empörung führt.

Politische (Zusammen)Arbeit oder ein möglicher Ansatz

Mit den skizzierten Hintergründen im Kopf, sowie dem Bedürfnis, eine Auseinandersetzung mit der Situation eines Kriminalisierten zu führen und ihm auch zu helfen, kam es in Diskussionen zu folgenden Ergebnissen: Wir wollen und können nicht länger an einem „Fall" arbeiten, d.h.: Rudolf muß für uns zu einem Menschen, zu einem politischen Subjekt werden. Wir wollen nicht etwas für ein OPFER tun. Opfer sind wir mehr oder minder offensichtlich alle, wir können nicht einfach für die Opfer dieses Systems etwas tun. Denn wir wollen und können keine Sozialarbeiter werden, die die inhumansten Seiten des Systems durch ihre Arbeit etwas humanisieren.

Wir können uns, unsere politische Arbeit nur verstehen in Zusammenhängen, die sich darüber bestimmen, daß gegen Auswirkungen des Systems eine Auseinandersetzung um mögliche Widerstandsformen geführt, und Perspektiven diskutiert werden... (an den Konfliktpunkten, die dies System fortlaufend produziert, müssen für die Betroffenen Erfahrungsprozesse und Widerstandsmöglichkeiten sich eröffnen).

Damit Rudolf für uns zu einem Menschen wird, damit wir nicht zu ‚Unterstützern' reduziert werden, damit er nicht Kalkül unserer Politik wird, muß für uns eine Auseinandersetzung mit ihm möglich werden. Unter den gegebenen Bedingungen (er muß schließlich im ‚Untergrund' leben) ist dies sicherlich schwierig. Doch müßte es möglich sein, mit ihm seine Vorstellungen von Unterstützung zu diskutieren, muß eine Klärung stattfinden, wie er seine momentane Position einschätzt/erklärt und was er von unserer Einschätzung hält. Solch eine Auseinandersetzung wäre Grundlage jeglicher ‚Unterstützung', wahrscheinlich sogar die einzig-mögliche Form. Denn in einer Auseinandersetzung bzw. (pol.) Diskussion kann die Sicherheit liegen, nicht isoliert, nicht nur Opfer zu sein, sondern Teil einer politischen Entwicklung, die mensch erklären/einschätzen und darüber auch mitbestimmen kann. Die Gewißheit, in solch einem (Diskussions-) Zusammenhang zu stehen, gibt (unseres Erachtens) mehr Kraft und Möglichkeiten, als dreimal im Jahr ein Päckchen und etwas Mitleid.

Wir erwarten nun keineswegs von Rudolf straighte, politische Einschätzungen, oder eine Übereinstimmung mit unseren Stellungnahmen. Was wir wollen, ist eine Diskussion mit ihm über seinen Fall, die Hintergründe, seine Einschätzungen und Perspektiven und die unseren. Und wenn solch eine Diskussion zumindest ansatzweise öffentlich geführt wird (z.B. über Offene Briefe), erscheint uns das als sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit. Denn dann kann die „empörte Öffentlichkeit" nicht nur ihren Namen und 5,– DM geben, sondern wird neben dem Fall konfrontiert mit den Re-Aktionen von Menschen auf Vorfälle. Und aus dieser Konfrontation versprechen wir uns die politische Perspektive, mehr Menschen einzubeziehen in eine zunächst nur theoretische Auseinandersetzung mit dem Staat. Und dieses Ziel, Konflikte, Widersprüche und Unterdrückung offenzulegen, und nach Widerstandmöglichkeiten zu fragen, wollen wir nicht verschweigen... – weder als Rudolf-Raabe-Gruppe noch als AKW-Gegner.

Uns geht es nicht nur um eine gemeinsame Empörung, einen gemeinsamen Protest mit vielen, sondern auch um Positionen. Diese zu verdecken, um eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen, hielten wir darum für falsch.

'n paar Fragen an RUDOLF:

Warum stellst du nur Minimalforderungen an die BRD? (Warum z.B. nicht: Weg mit dem Haftbefehl?)
Warum willst du zurück in die BRD? (deine im STERN-Interview gegebene Begründung bezog sich nur auf die Krankenhausgeschichte. Ist das schon alles, oder steht noch mehr dahinter?)
Was erwartest du von einem Prozeß in Deutschland? (Glaubst du an einen ‚rechtsstaatlichen' Prozeß, einen Freispruch, oder erscheint dir der Prozeß lediglich unumgänglich.)
Warum hast du vor dem STERN-Interview nicht eine Stellungnahme an ‚linke' Medien (taz, Pflasterstrand etc. pp.) losgelassen? (Wir wurden vom STERN-Interview total überfahren, und können die Inhalte kaum einordnen!!)
Wie siehst du deine Rolle/Position in der politischen Situation in der BRD? (Stichworte wie z.B. Baum'sche Strategie, BRD-Südirland)
Was stellst du dir als Unterstützung vor, was erwartest du von uns? (Konntest du z.B. mit diesem Brief was anfangen?)

... – und an die anderen ‚Unterstützer' (insbesondere in Frankfurt):

Warum richtet ihr eure Informationen sehr auf das OPFER Raabe aus? Wie soll er für uns zum Subjekt werden, wenn ihr ihn nur als FALL behandelt?
Wie ordnet ihr das STERN-Interview ein, warum verwendet ihr es bruchlos in eurer Argumentation gegenüber dem Staat?
Welche Art von Öffentlichkeit wollt ihr herstellen? (Wie versteht ihr eure Politik in Hinblick auf die Baum'sche Liberalisierungskampagne)
Welche inhaltlichen Positionen verknüpft ihr mit Öffentlichkeitsarbeit (wollt ihr nur per Öffentlichkeit ‚Druck' ausüben – als Apell – oder geht es euch um mehr).

Kontakt: Rudolf-Raabe-Gruppe Hannover, c/o Barny Dänicke, Dieckbornstr. 44, 3000 Hannover, Tel.: 0511 / 4582514.

BAUM WEG JA BITTE

Noch eine Kritik an der Raabe-Kampagne:

AUCH DIE „AUFRECHTEN ANTIIMPERIALISTEN" MÜSSEN IM BAUM-TUNNEL GEBÜCKT GEHEN

Folgenden Brief erhielten wir zugeschickt:

War der Sprecher der Rudolf-Raabe-Initiative auf dem Teach-In des Frankfurter AStA in „Ist der Staat ein Softi?" noch ein wortgewaltiger Verfechter der Antikapitulationsstrategie gegenüber den Integrationsangeboten Baumscher Coleur, so zieht er im Falle der Rudolf-Raabe-Kampagne die harten Bandagen des antiimperialistischen Kämpfers aus und schlüpft stattdessen in ein modischeres Softikostüm.

Im O-Ton der Rudolf-Raabe-Initiative liest sich das so: „Wir haben uns vor kurzem in Petitionen und mit einer Unterschriftenliste an die Minister Baum und Vogel gewandt" (wegen der medizinischen Versorgung des „Opfers" Rudolf Raabe, d. Verf.). Oder: „Wir hoffen auf eine Flut von Telegrammen, Briefen und Telefonaten an die Minister Baum und Vogel, an Abgeordnete und Prominente (vielleicht an Rudi Carell und Franz Beckenbauer, A.d.Verf.), an Gewerkschaften und Publikationen." Dabei dürfen Appelle an irgendwelche Kirchenfürsten oder Bürgerrechtsgruppen natürlich nicht fehlen (siehe Info, Rudolf Raabe in Lebensgefahr, S. 7).

DISKUSSION

Im Pflasterstrand Nr. 77 war dann auch Genaueres zum Aufbau und den Voraussetzungen der Rudolf-Raabe-Kampagne zu lesen:

So mußte der „Fundus linker Blätter" durch „Drohbriefe" und „terroristische" Methoden auf Trab gebracht werden, damit die Raabe-Infos überhaupt veröffentlicht wurden, deren Inhalte unter den folgenden Prämissen standen, bzw. immer noch stehen: „. . . man entwerfe einen Aufruf, der unbedingt aus dem Rahmen fallen muß, also möglichst weder zu politisch noch moralisch sein darf, und verstehe es dennoch, vor allem Moral so geschickt implizit und erpresserisch einzusetzen, daß dem derart eingekesselten Solidaritätswilligen nichts anderes übrigbleibt, als mindestens einmal seine gepflegte Unterschrift zu vergeben."

Das derart Solidarität schaffende Rudolf-Raabe „-sales-promotion-Team" beschwert sich dann einige Zeilen später über die mangelnde Resonanz, die seine Anstrengungen in der Linken gefunden hätte:

„Da aber diese ganze Betroffenheit nur oberflächlich sich an Reiz- und Prominenzeigenschaften imaginiert, und nie wirklich – weder menschlich noch politisch – an irgendwas beteiligt ist, war der Posteingang in Sachen Raabe 5 Tage nach der Stern-Veröffentlichung signifikant rückläufig."

Wen wunderts, wenn die Initativgruppen, die sich des Kalküls der moralischen Erpressbarkeit der Linken in dieser Weise bedienen, mit ihren Kampagnen und den moralisch an die Wand geschriebenen Solidaritäts(un)willigen nur allzuschnell Schiffbruch erleiden.

Die 10 000 DM, die hier für die „einfache Solidarität" veranschlagt wurden, wären unter diesen Voraussetzungen bei einer professionellen Public Relations Organisation wohl besser aufgehoben gewesen.

Merkwürdig erscheint es auf alle Fälle, daß Rudolf Raabes politische Identität und Geschichte den Unterstützern nur einige Nebensätze wert ist: „. . . er ist Linker, arbeitete in einem Buchladen und beteiligte sich vornehmlich an antiimperialistischen Veranstaltungen. . ." (siehe Info: Rudolf Raabe in Lebensgefahr, S. 2). Statt dessen wird die Betonung der Kampagne auf das „Opfer" Rudolf Raabe gelegt, das, wie dann auch richtig festgestellt wird, von der Bundesanwaltschaft zum Carlos II aufgebaut wurde.

Bei der Beurteilung, inwieweit noch Chancen bestehen, daß Rudolfs Forderungen nach Aufhebung des Haftbefehls und freier Ärztewahl überhaupt noch realisierbar sind, kann die Rudolf-Raabe-Initiative nur auf die taktische Zurückhaltung des Herrn Innenministers spekulieren, d.h. daß zu gegebener Zeit die Ziele seiner „Liberalisierungskampagne" auch Rudolf Raabe zugutekommen.

Aber auch nur dann, wenn er sich gegen die härtere Gangart der Bundesanwaltschaft längerfristig durchsetzen kann. Also die Hoffnung, daß sich die Tauben- gegen die Falkenfraktion innerhalb des Machtapparats behaupten kann.

Die Hoffnung, daß sich die „Baumsche Liberalisierungsstrategie" im Kampf für die Rückkehr von Rudolf Raabe in einen politischen Erfolg ummünzen ließe, ist eine Illusion. Das sollte eigentlich auch der Rudolf-Raabe-Initiative klar sein.

Wie sonst war dann der Diskussionsbeitrag eines ihrer Sprecher auf dem eingangs zitierten AStA-Teach-In zu verstehen, wenn es nicht der pure Opportunismus war, der den Sprecher dort beflügelte?

Das einzig Beruhigende für uns ist, daß die Spendengelder für Rudolf Raabe auf ein seit 10 Jahren bewährtes Spendenkonto fließen. . . na ja, Solidaritätskampagnen werden halt immer teurer (für diese Begründung mußte sogar der gute alte Brecht seinen Namen hergeben, siehe PS Nr. 77, S. 22). 10 000 DM, so die Rudolf-Raabe-Initiative, kostet sie mittlerweile. Dies ist allein 3mal auf dem 1 1/2 seitigen Pflasterstrandartikel erwähnt.

IGITT!

Kontakt: Donald Ulysses und Sean Connery, Jr., c/o ID.

ELEKTRONIK + „ERKENNTNISSE = U–HAFT

München, 16.5.80

Am 25.3.80 wurde der Münchner Jan van de Loo festgenommen. Ihm wird im wesentlichen die „versuchte Errichtung einer Fernmeldeanlage" zum Zwecke des Betreibens eines „Piratensenders" vorgeworden, was nach dem deutschen Fernmeldeanlagengesetz strafbar ist.

Tatsächlich hatte er aus persönlichem Interesse mit ersten technischen Basteleien begonnen, die zum Bau eines kleinen UKW-Meßsenders geführt hatten. Die bisherigen Bauteile waren in keiner Weise sendefähig; L. selbst besuchte noch einen Anfängerkurs in Elektronik in der Münchner Volkshochschule. Wie er beim Ermittlungsrichter betonte, hätten noch keine Pläne existiert, was mit einem eventuell fertigen Sender geschehen sollte.

Seit seiner Verhaftung befindet sich L. in der JVA München-Stadelheim und ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen bis auf den gemeinsamen Hofgang ausgeschlossen. Irgendeine Begründung wurde bisher nicht vorgelegt. Um was es hauptsächlich geht und was die erste Haftprüfung auch bestimmte, ist der von der Staatsanwaltschaft behauptete angebliche politische Hintergrund von L.' Basteleien. Die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft München I, die die Ermittlungen führt, will nämlich glauben machen, daß der geplante Sender Personen dienen sollte, die „zumindest dem Umfeld terroristischer Gruppierungen angehören."

Für solche Unterstellungen sind Beweise bisher nicht angegeben worden. Die Tatsache, daß L. unter falschem Namen Einzelteile bei einer Elektronikfirma bezogen hat, hat er plausibel damit erklärt, daß er befürchteten Nachforschungen der Bundespost aus dem Wege gehen wollte. Irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß L. nicht allein gehandelt hat, sind weder behauptet, noch vorhanden.

Die Verlängerung seiner U-Haft begründete die Strafkammer mit der bestehenden Fluchtgefahr, die sich ergebe aus den „Bezügen zum anarchistischen Umfeld", die man aus „Erkenntnissen" und den aufgefundenen Schriften schlösse. Gefunden wurden einige Exemplare „Parlament", Schriften der RAF und die Autonomie Nr. 11 mit einer Sendebauanleitung. An dieser Fluchtgefahr sei nicht zu zweifeln: auch wenn das zu erwartende Strafmaß gering sei, und L. eine hohe Kaution stellen würde.

Die Anwälte bitten um Informationen über ähnliche Verfahren, wo und wie sie gelaufen sind.

Kontakt: Rechtsanwalt Hartmut Wächtler, Schellingstr. 52, 8000 München 40, Tel.: 089/ 28 71 10.

FRÜHLING IM KNAST

FRÜHLING IM KNAST

FRÜHLING IM KNAST

Ochsendorf, 19.5.80

Liebe IDler –

Klar gibts hier so langsam auch Frühling. Zwar hab ich den Eindruck, daß sich das Leben hier etwas schwerer tut als jenseits der Mauern, aber wenn sich hier erstmal Knospen bilden, sind die nicht mehr kaputtzukriegen, und schon gar nicht durch nen kalten Herbst. Erst bleiben die Möven weg, die sich hier im Winter zu hunderten aufhalten – son Knasthof ist schließlich 23 Stunden am Tag leer. Dafür aber voller Futter. Fürs Tiere füttern gibts 2 Wochen Umschlußsperre: fürs Erlebnis, Möven im Flug das Knastbrot grabschen zu sehen. Wenn die Möven weg sind (ob die am Rhein übersommern oder dabei eingehen, weiß ich nicht; nach vier Knastfrühlingen weiß ich beim besten Willen nicht, obs immer dieselben sind, die wiederkommen, wenns kälter wird.).

Statt Möven dann Tauben: den ganzen Tag das Gegurre und das ‚Vögeln' (? !). Die werden auch gefüttert, aber denen zuzugucken ist eher langweilig. Lustig nur das Gestreite zwischen Spatzen, Amseln, Tauben um Brotreste: die doofen Tauben, die pfiffigen Spatzen. Manchmal noch die Raben, vor denen alle anderen Angst haben. Junge Amseln springen hier rum, die Gras und Halme sammeln für ihre Nester. Noch etwas unbeholfen und staksig. Zwei sind am letzten Sonntag von einer Elster getötet worden – die konnten nicht richtig fliegen. Wenn ihr euch son Bild von nem Ossendorfer Knasthof anguckt (in der Autonomie über Sicherungsverwahrung ist hinten der typische Ossendorfer Hof drauf, aufm Umschlag): Links die Zellenfenster mit den dicken Betongittern, rechts die Rückwand des nächsten Hauses. Die Bäume wachsen viel zu weit entfernt von der ach-herjeh-ist die-hoch-mauer, und sind dazu auch noch zu mickrig. Immerhin sind die Blätter jetzt richtig toll grün – belebende Farben in Klinker-rot und Beton-grau. Für uns ist der Frühling natürlich besser: du kannst das Fenster wieder ganz aufreißen (erst im Hochsicherheitstrakt hat es damit ein Ende.....). Die Hütte wird heller, du kannst am Fenster leichter mit den Kollegen reden, fühlst dich nicht so eingeschlossen. Beim Hofgang reißt du dir die Knastklamotten vom Leib, Sonne auf tot-weiße Haut. (irgendwann galt das mal als vornehm, wa....) Wenn richtig die Sonne scheint, sitzen wir auf dem Gras in größeren Gruppen und klönen – einfacher und leichter, als wenn du im Kreis rumgehst. Ausserdem kommen dann zum Hofgang alle raus – im Winter bleiben immer welche auf Hütte. Mehr Sehnsucht krieg ich auch, nach draußen – viele schöne Sachen in meiner Erinnerung verbinden sich mit Sonne.

Die ‚Sommerzeit' ist der Gipfel der counter-insurgency: morgens um viertel vor acht Hofgang, da isses selbst bei Sonnenschein noch kalt draußen – und leider haben wir hier meistens schon so früh Unfreistunde. Schließe mich deshalb der SOBO (Sommerzeitboykott) – Initiative des Pflasterstrands an..... abends bei der Ekel-Lautsprecher-durchsage: „es ist 21.50 Uhr, in zehn Minuten wird das Licht gelöscht!" ist es noch nicht mal richtig dunkel.

Ich glaub, den Frühling kriegen wir hier intensiver mit als viele Städter draussen – solange die Trakts nicht zu sind, die Sichtblenden nicht davor, du nicht im Keller-Bunker sitzt. Vielleicht auch, weil hier wichtiger ist, neues Leben gibt. Knospen für die Blumen und Bäume, Knospen für die Gefangenenbewegung. Wo hier doch schon seit 14 Tagen jetzt die Sonn' ohn unterlass scheint!

Trotzdem: damit das keiner für die glatte und erträumte Naturidylle hält:

Ossendorf muß wieder Wiese werden!!

Mit Frühlings-Energie-Grüßen: Gerd

Jetzt muß ich noch was kurzes Schreiben – könnt ihrs bitte drucken? Weils doch Frühling is.........

Lieber Jürgen Totalverweigerer!

Eben tönts durchs Haus, daß du entlassen worden bist. Wurd auch mächtig Zeit, wa. (Für Nichteingeweihte: Jürgen hatte als Totalverweigerer Anfang Februar 8 Monate Knast gekriegt, war noch aufm Termin festgenommen worden. Heute auf der Berufungsverhandlung ist er entlassen worden) zum Glück stimmte meine ‚analyse' nicht. daß beim Klima draußen die dich bis zum letzten Tag schmoren lassen. Und wenn du dich jetze schon draußen in der relativen Freiheit rumtreibst: „nie wieder Krieg!" aber: „der Kampf um Frieden heißt Revolte!!"

Viele Grüße von allen hier – auch an alle deine Totalverweigererfreunde.

Gerd

Tagchen ID'ler
in Nr. 333 habt ihr euch gefragt, ob wir Eingesperrten den Wechsel der Jahreszeiten eigentlich mitkriegen? !
Schön zu wissen und stärkend, daß sich auch darüber Menschen Gedanken machen. JA es frühlingt sich auch unter blau-weißen Himmel, kaum zu glauben im Franz-Josef-Land, aber es frühlingt. Die strangulierten Lebensstränge fühlen sich ein bisserl lockerer an. Durch die Sonne, den Wind, das bisserl Grün der Knastwiese und die grünen Baumkronenspitzen die von der Autobahn rüberwinken (sie sind noch grün !!!) kommt ein wenig Farbe in das Grau der Betonmauer. In der Stunde Hofgang am Tag aktiviert sich alles in mir und gibt mir sehr viel Lebensgefühl und Lebenskraft.
Drinnen / Zelle — das draußen / der Himmel, sichtbar durch 'nen ca. drei cm breiten Streifen (zwischen Sichtblende und Mauerwerk) kannst net ausmachen oder nur unter großer Anstrengung und Rätselraten, obs regnet, die Sonne scheint oder son grauer Schmierschleier am Himmel hängt!

Die Euphorie auf die eine Stunde Luft, Himmel, Sonne, Wind ist sehr intensiv, wie 'nen Ameisenhaufen durchkribbelts meinen Körper bis es endlich soweit ist, ich steh im Licht es wird warm um mich und in mir.
Frühling = Hoffnung in der Traurigkeit, und Hoffnung brauchen wir allemal, denn wir wolln stark bleiben und überleben.
'N solidarischen Frühlingsgruß noch

Kontakt: Uschi Keutsch, Hasenhägweg 35, 8750 Aschaffenburg, Knast

Gelbe Glitzerkreise, regenbogenfarbige spinnennetzförmige Umriße durchzogen mit tausend kleinen Gitzersternchen, Flimmern, Glanz, Helle, Licht Farben, — Leben —
blinzeln in das Sonnenlicht ....

Hallo IDler!

In Bezugnahme auf euren Titelblattgruß (ID Nr. 334) möchte ich euch einiges mitteilen, wie wir/ich den Frühling in der JVA Kassel merken!
Als erstes möchte ich euch mitteilen, daß es 2 Inhaftierten gelungen ist, (vielleicht war das schöne Wetter daran schuld, denn es ist ja möglich, daß die Sonne geblendet hat, und so der Bedienstete auf seinem neuen Wachturm für ca. 150 000,— DM nichts gesehen hat) die Flucht zu ergreifen. Der eine wurde aber am selben Tag wieder festgenommen, der andere 2 Tage später.

Dann gibt es ab heute nur noch morgens 2 Scheiben Brot und abends 4 Scheiben. Vielleicht will man so die Fahndungskosten wieder einsparen, wer weiß? Jedenfalls ist dies soweit mir bekannt ist, von der Wirtschaftsverwaltung angeordnet worden, und man bekommt nicht mehr Brot, auch wenn man Hunger hat. Daß man aber von 4 Scheiben Brot nicht satt werden kann ist doch um so verständlicher, wenn man weiß, daß hier reiner Verwahrvollzug praktiziert wird, so daß wir samstags und sonntags schon um 15.20 Uhr das Abendessen bekommen, und gute Nacht gesagt bekommen. Einige Bedienstete sagen auch Tschüss.

Sonst sind bei uns auch wie in der JVA Butzbach die Wiesen grün, und man kann sich auch mit Gänseblümchen unterhalten.

Es grüßt euch ebenfalls frühlingshaft
euer Jürgen

Kontakt: Hans Jürgen Kaut, z.Zt. Theodor-Fliedner-Str. 12, 3500 Kassel-Wehlheiden

LOVE

FRÜHLING + WETTER + FRANKFURT

Zuschrift zum Frühlingsaufruf, ID 333

Jawoll, es gibt ihn auch in Frankfurt, den Frühling, und wer ihn nicht sieht, der will ihn nicht sehen, und der tut mir leid. Bei dem Gedanken ‚Frühling' denke ich sofort an Sonne, an Lachen, aufblühendes Grün, Entfaltung und Wärme. So, und das soll es alles in Frankfurt nicht geben? Nur weil der April bis in den Mai gedauert hat?

Für mich gehört der April trotzdem zum Frühling, obwohl er uns das berühmte ‚Sauwetter' beschert. Und Regen und Wind sind ja wohl wichtig, oder? Obwohl ich mich auch oft über das Wetter beschwere, denn ich arbeite als Briefträger. Aber da kann ich auch viel sehen, wenn ich will. Zum Beispiel Bäume, die doch noch die letzten Blätter abwerfen konnten, gerade durch dieses Wetter. Und die vielen anderen Pflanzen, die blühen auch bei ‚schlechtem Wetter' und zeigen ihre Knospen. Seit zehn Jahren lebe ich in dieser Stadt und seit einem Jahr an einer dreispurigen Straße (Cityring) und find's auch zum Kotzen mit dem Lärm, aber ich wohne gut, Mitbewohner etc. Die Zerstörung von relativ intakten Wohngebieten, Zubetonierung und das geringe Vorhandensein von Grünzonen können einem schon diese Stadt vermiesen. Aber deswegen lasse ich mir doch nicht den Frühling nehmen, nur um mich in Selbtschmerz des Klagens und Jammerns zu suhlen. Ist das Wetter schlecht, ist Frankfurt ja so beschissen. Und scheint die Sonne, da wird der Grüneburg-Parl gestürmt – da fahren ja immer noch Leute mit dem Auto hin – und der Frühling wird gelobt, und der Park, und alle sind bester Dinge. Wirklich?

Die wohlige Wirkung, die die gute alte Sonne auf unser Gemüt ausübt, sei unbestritten. Aber über welche Wahrnehmungsstrukturen verfügen wir, zu behaupten, bei schlechtem Wetter findet kein Frühling statt, und schon gar nicht in Frankfurt. Na klar gibt's in Frankfurt Flecken, da kannst du dir die Augen verrenken und findest doch nichts Grünes. Aber dafür nehme ich weniges und einzelnes Grün auch intensiver wahr. Wo soll denn die Energie zum Machen und ‚Über'leben herkommen, wenn ich mich nicht einmal freuen kann? Wo ist denn das Öko-Bewußtsein bei der Verurteilung von Regen und Wind? Da projizieren Leute ihren eigenen Knatsch in das Wetter und berauben sich einer sehr wohltuenden Wahrnehmung.

Ich lebe in dieser stadt, hier habe ich Freunde und Bekannte, also bleib ich hier. Und dann kommen diese Leute, die ihr eigenes Wohlbefinden und das anderer vergiften und erzählen mir, in Frankfurt gibt es keinen Frühling mehr. Der ist wohl mal abgeschafft worn, gell? Also, ich find's 'ne Frechheit.

Den Frühling erlebe ich auch hier, trotz Wetter und trotz Frankfurt. Ich bedauere zutiefst alle, die ihn nicht sehen. Vielleicht klappt's ja nächstes Jahr.

Liebe Grüße, Urs

P.S.: Und wie sieht's bei euch aus? Auch erst seit dem letzten Wochenende Frühling? Nee?

Dienstag, 13.Frühlingstag im Mai

Urs v. Dziengel, Seilerstr. 17, 6 Frühlingskrankfurt 1

Der zweite Mann

Günter Routhier war auch mal Stahlarbeiter. In einem kleineren Stahlwerk in Duisburg, das von Mannesmann aufgekauft und dann stillgelegt wurde. Günter hatte Glück: bevor er entlassen werden konnte, wurde er krank. Er zog sich Koagulopathie und Thrombozytopenie zu. Er wurde Bluter und Frührentner. Sein Sohn Peter wurde Maoist.

Vater Günter fand das überhaupt nicht gut. Als die K 14, die politische Polizei, die ja große Ohren hat, dies mitkriegte, kam sie vorbei und sagte: Dein Sohn hat Schwierigkeiten. Er hat in Bonn ein Rathaus besetzt, Parolen gemalt. Und – noch schlimmer – er wurde dabei erwischt. Wenn du uns hilfst, dann wird deinem Sohn nichts passieren.

Vater Routhier, der bis dahin über diese roten Banditen mächtig geschimpft hatte, war es denn doch entschieden zu viel, seinen eigenen Sohn zu bespitzeln. Er ging zur KPD/ML und erzählte die ganze Geschichte. Beliebter wurde die Familie Routhier bei der Polizei daraufhin jedenfalls nicht. Sohn Peter wurde zu Jugendarrest verurteilt. Papa schrie in der Gerichtsverhandlung: "Das ist ein Unrecht!" Er näherte sich der KPD/ML.

DER RATTENSCHWANZ – EINE FABEL ÜBER VIER MÄNNER

zwei polizeiliche Tötungen und eine überraschende Entwicklung im Fall Sigrist/Routhier

Deutschland/Frankreich und – Münster/20. Mai und lange her

Der erste Mann wird Anstreicher

Es war einmal ein armer Schlosser, der hatte sieben Kinder und wußte nicht, was er tun sollte. Da schickte er den Ältesten, den Hanfried, in die Lehre als Anstreicher. Dort wurde Hanfried entwürdigt und zusammengeschlagen. So, wie es sich damals und dort gehörte. Mit 18 Jahren wurde er dann Geselle und ging – zum Ärger seines Meisters – fort aus Leutkirch im Allgäu und in die große Stadt, nach München. Dort strich er an – in einer Brotfabrik. Was hat er wohl in einer Brotfabrik gestrichen? Natürlich nicht die Brote der Firma Seidel, sondern deren Lieferwagen. Als er aus der Brotfabrik wegging, kam er in eine Möbelspedition.

Unser Anstreicher Hanfried hatte eine Macke: er malte gern. Aufwärtsstrebend fiel er unter die Studenten von der Münchner Kunstakademie. Von denen hörte er was von Karl Marx und fing an zu lesen. Es war die Zeit der Studentenrevolte. Und bald wurde aus dem Hanfried, dem ehrlichen Arbeiter, ein verdorbener vergammelter Demonstrant, ein Springer Verlags-Stürmer, ein SDSler.

Doch als der SDS sich 1970 auflöste, fand Hanfried seinen Weg zurück zur Arbeiterklasse. Er gab sein Gammler-Leben auf, wurde wieder Anstreicher und Mitglied der KPD/ML. Die schickte ihn im Jahr 1972 ins Ruhrgebiet. Dort strich er wieder fleißig an – bei Krupp. Aber bald rief ihn die Partei zu neuen Aufgaben. Er ging ins Stahlwerk zu Mannesmann nach Huckingen und wurde Stoffwerter. Der wertet Rohstahl aus der Schmelze. Dort lernt Hanfried einen jungen Mann, den Peter, kennen. Im Profilwalzwerk. Peters Vater hieß Günter. Die Familie hieß Routhier.

Zurück zu Hanfried

Das Jahr 1973 war eine bewegte Zeit bei Mannesmann. Erst streikten die Arbeiter in den Profilwalzwerken wild, sie setzten sich auf ihre Walzen, dann – im Oktober – streikte ein Großteil des ganzen Werkes. 141 Kollegen wurden gekündigt, 22 flogen nach Verhandlungen endgültig raus. Die linke Mehrheit im Betriebsrat, die Gruppe um den Vorsitzenden Herbert Knapp, wurde von der KPD/ML sehr angegriffen: –"Arbeiterverräter!" Heute sagt Hanfried: "Da haben wir damals Scheiße gebaut, das würden wir jetzt nicht mehr machen".

In seiner Abteilung war das Scheißen sowieso schon damals ziemlich schwer. Die Arbeiter hatten eine "unwürdige" Toilette. Und als eine neue Bude gebaut wurde, war die nur für die Abteilungsleiter da. Ein Scheißhaus für Kapitalistenärsche. Der Kampf um ein anständiges Arbeiter-Scheißhaus lief auf vollen Touren. Hanfried wurde dafür als verantwortlich, als Aufwiegler, betrachtet.

Sogar der Leiter des Vertrauenskörpers, Karl-Heinz Stommel, (heute ersetzt er den Herbert Knapp), kam an und sagte: "Das ist ja alles deine Erfindung. Das Scheißhaus war doch schon immer so". Mit den Knapp-Leuten war der Streit zwar hart, aber immerhin manchmal fair. Anders war das, sagt Hanfried, mit den großen Bonzen. Vom Frankfurter IG-Metall-Hauptvorstand kam ein Brief. Er solle sich gefälligst von der KPD/ML distanzieren. Das tat er nicht. Er sammelte Unterschriften. Daraufhin flog er aus der IG Metall raus. Und bald darauf kam die fristlose Entlassung von Mannesmann. Das war im Frühjahr 1974.

Das Arbeitsgerichtsverfahren

Hanfried klagt. Er will seinen Job wieder. Am 5. Juni 1974 stehen Mannesmann und Hanfried vor Gericht. Der Arbeitsrichter sagt: "Sie haben doch unterschrieben ..." Hanfried: "Ja, daß ich mein letztes Gehalt bekommen habe". Der Richter: "Naja, da unten auf dem Papier steht, daß Sie keinen weiteren Ansprüche haben". Hanfried schreit auf: "Das ist Betrug!"

mit den deutschen Behörden Schwierigkeiten. Seine Mutter hatte nämlich den falschen Vater. Großvater war Jude. Deswegen wurde Christians Vater, der eben diese halbe Arierin geheiratet hatte, schon vor der Geburt des Sohnes aus dem Staatsdienst entlassen. Er durfte kein deutscher Lehrer mehr sein. Doch damals war die Kirche noch frech und stellte Vater Sigrist bei sich ein. Der Druck auf die Familie ließ nicht nach. Als der Krieg anfing, ließ sich der Vater scheiden.

1943 wurde Frau Sigrist von einem deutschen Amtsrichter gesetzmäßig das Sorgerecht für ihre Kinder aberkannt. Als Halbjüdin hätte sie ihre vierteljüdischen Kinder verseuchen können. Doch gab es damals auch Richter, die das nicht ganz mitmachten. Ein Amtsrichter setzte die Mutter zur Pflegerin ihrer eigenen Kinder ein. Die Polizeibeamten, die damals ab und zu Frau Sigrist abholten, fand Christian Sigrist auch nach dem Krieg noch in ihren Dienststellen. Sigrist ist also vorbelastet. Seit 1971 lehrt er an der Universität in Münster. Die Studenten haben ihn gern.

Sigrist geht zum Begräbnis

Der Professor kannte bis dahin weder Stahlarbeiter noch die Familie Routhier. Aber Studenten erzählten ihm vom Tod Günter Routhiers. Er ging zu dem Begräbnis. Dort erlebte er eine Überraschung: die Polizei schlug auf den Trauerzug ein. Er sprach mit Frau Routhier und war empört. Obwohl, wie er sagte, dies für einen Professor nicht üblich ist, verteilte er Flugblätter, in denen vom Mord die Rede war. Er wurde verhaftet – zusammen mit vielen anderen, kam vor Gericht und wurde bestraft. 3.000 Mark mußte er für "Verunglimpfung in Tateinheit mit Beleidigung" zahlen. (Die Polizei bringt jemanden um und ist beleidigt).

1976 in Stockholm wiederholt Professor Sigrist den Mordvorwurf. Erneut wird er angeklagt, und im Oktober 1978 vom Amtsgericht Münster in erster Instanz zu 5.400 Mark Geldstrafe verurteilt (siehe auch ID 3.11.1978).

Die Polizei hat keine Schuld an Routhiers Tod."

Oberstaatsanwalt Egon Weilke, Vertreter der Anklage: „So ist noch kein Gericht verfahren. Das haben sie ja noch nie gemacht. Ich bin sehr überrascht." Zur Frage, ob Routhiers Tod schon jemals vor Gericht verhandelt wurde, sagt Weilke: „Die Sache ist von der Staatsanwaltschaft weitgehend geprüft worden, auch zweimal vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Das Verfahren wurde jedesmal eingestellt."

Die Frage, ob sich irgendwelche Polizisten jemals vor irgendwelchen Gerichten wegen des Todes von Günter Routhier verantworten mußten, verneint Oberstaatsanwalt Weilke: „Anklage ist ja nie erhoben worden."

Und der vierte Mann?

Der heißt Louis Renault. Der war „Arbeitgeber" (Kapitalist), Automobilproduzent und Besitzer der Renault-Werke in Frankreich. Als die Deutschen 1940 in Paris einmarschierten, ließ er die Produktion wieder ankurbeln: besser Hitler als die Volksfront, das war damals schon lange sein Motto. Als Sabotage die Produktion störte, spielte er der Gestapo Listen von Arbeiter-Aktivisten zu, die die Betriebspolizei schon vor dem Krieg erstellt hatte. Die Arbeiter wurden abgeholt, die meisten kamen nicht wieder.

Als Franzosen und Amerikaner Paris im August 1944 wieder befreiten, wurde Renault verhaftet und verhört. Man sagt, er wäre eine Treppe heruntergefallen. Jedenfalls ist er gestorben.

Das hat natürlich nichts mit der obigen Geschichte zu tun. In Deutschland ist noch kein „Arbeitgeber" polizeilich gestorben. Routhier hätte sich als Lebensversicherung eine Fabrik kaufen sollen.

Max Watts/ID

Kontakte: Haufried Brenner, Haydnstr. 52, 4600 Dortmund, Prof. Christian Sigrist, Soziologisches Institut der Universität Münster, 4400 Münster.

NICHT NUR

TULPEN IN

AMSTERDAM...

"Mag sein", sagt der Richter, "aber juristisch ist das in Ordnung." Hanfrieds Wiedereinstellung ist abgelehnt. Da steht im Gerichtssaal ein Mann auf: "So haben die das auch mit meinem Sohn gemacht". Das ist Günter Routhier. Sein Sohn ist auch dabei. Und viele Polizeiordner (in Zivil) sind im Saal.

Hanfried und die Genossen singen laut: "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht". Das stört die Ordnung. Die wird hergestellt. Später heißt es, man wollte den Saal räumen. "Denkst du", sagt Hanfried. "Die hatten die Türen abgeschlossen, die hatten uns eingesperrt, um uns in Ruhe zu verdreschen".

Der alte Routhier — er ist 45 Jahre alt — wird zusammengeschlagen. Peter schreit: "Schlagt meinen Vater nicht. Er ist Bluter". Doch das stört die Ordnungshüter nicht. Halb bewußtlos wird Günter Routhier fortgeschleppt und oben auf der Treppe — zwischen zwei Uniformierten — losgelassen, gestoßen, er fliegt die Treppe runter aufs Gesicht. Die Treppen sind aus Stein. Danach bewegt er sich kaum noch. Sein Sohn schreit: „Einen Arzt. Mein Vater stirbt!" „Märchenstunde ist morgen", antwortet die Polizei. Günter Routhier wird ins Polizeipräsidium geschleift, man wirft "den Alten" in eine Ausnüchterungszelle. Ein Polizeiarzt kommt und schaut ihn an: "Ach ja, ein Simulant".

Der Arzt ist seither verschwunden. Günter Routhier wird wieder wach — und geht nach Hause. Er hat Schmerzen im Kopf. Man fährt ihn zu einem Neurologen, am Polizeipräsidium vorbei. Da reckt er noch die Faust und schreit: "Ihr habt mich umgebracht". Der Neurologe sagt: "Nicht so viel rauchen, nicht so viel saufen". Und schickt ihn weg. Routhier geht ins Spital und stirbt.

Der dritte Mann

Professor Dr. Christian Sigrist ist zu diesem Zeitpunkt schon kein "unbeschriebenes Blatt" mehr. Schon als Kind hatte er mit den deutschen Behörden Schwierigkeiten. Seine Mutter

Die Berufung läuft

Am 28.4.1980 läuft das Berufungsverfahren vor dem Landgericht Münster an. Sigrist zeigt sich ganz und gar „uneinsichtig". Er - und seine Rechtsanwälte, Mechthilde Düsing aus Münster, Otto Schilly aus Berlin - wiederholen die Vorwürfe gegen die Duisburger Polizei: Sie habe Günter Routhier geschlagen, die Treppe runtergeworfen. Vorsätzlich. Es war den Polizisten bekannt, daß Routhier Bluter war, nicht nur vom Gerichtssaal her, sondern schon deshalb, weil sich die K-14, das politische Kommissariat, für die Familie Routhier interessiert hatte.

Die Überraschung

Am 19. Mai — dem dritten Verhandlungstag — erwarteten Anklage und Verteidigung das Urteil. Doch: Nein. Das Gericht sagt: die am "8. Mai behaupteten Tatsachen über das objektive und subjektive Verhalten der beteiligten Polizeibeamten sind so gravierend, daß sie erhebliche Auswirkungen auf den Schuldspruch, jedenfalls aber auf die Strafzumessung haben müßten, wenn sie zuträfen ... Es muß daher eine Sachaufklärung versucht werden." ... Da es "jetzt ausdrücklich behauptet worden ist, die Polizeibeamten hätten Routhier vorsätzlich die Treppe hinuntergestoßen ...", muß das Gericht noch viele Zeugen hören und sowieso die Ermittlungsakten zum Tod von Günter Routhier beiziehen. Mit anderen Worten: Der Fall Günter Routhier soll jetzt, nach sechs Jahren, neu aufgerollt werden. Im Oktober — bis dahin ist die Hauptverhandlung ausgesetzt. Mechthilde Düsing, die Rechtsanwältin von Professor Sigrist: "Das ist ja toll!"

Sigrist, fast schockiert: "Damit habe ich nicht gerechnet. Dafür habe ich seit sechs Jahren gekämpft".

Herr Gotzes, Pressesprecher des Duisburger Polizeipräsidiums: „Das gibt es ja nicht! Der Fall Routhier ist gerichtlich geklärt.

In Amsterdam ist gerade ein ausgezeichnetes Fotobuch zu den Barrikadenkämpfen in der Vondelstraat erschienen. Herausgeber ist das Grafikerkollektiv NPP, das außerdem eine Reihe von Plakaten und Aufklebern zu Zimbabwe hergestellt hat und u.a. eine Broschüre über Wandmalerein im Baskenland und Sardinien vorbereitet. Wenn Ihr nach Amsterdam kommt, guckt mal vorbei:

NPP – Grafies Kollektiek
Ruyschstraat 54-55
Amsterdam.

Das Fotobuch zu den Krakers ist für 9 Gulden zu bestellen bei

LONT
Postbus 1823
NL–Amsterdam
Telefon: 003120 / 849913
Schickt die 9 Gulden an LONT, Postgiro 2383456.

Eine lustige Geschichte gibt es zu dem Foto „... Hund". Im Telegraaf, einer den Springerblättern ... baren holländischen Zeitung, gibt Benno, seit 25 J... glied der Hundebrigade, ein Interview über sich selb... nen Hund: „Seit ich bei der Hundebrigade bin, ist s... noch nie von mir gemacht worden. Ich bin noch ... laufen. Mein Hund ist ganz gefährlich. Selbst mein... er schon gebissen. Und was das Foto angeht: ich ... einem verwundeten Kollegen gelaufen." Benno w... Gespött in Amsterdam. In vielen besetzen Häuse... heldenhafte Foto zu bewundern.

Auch am 30. April, bei den Straßenkämpfen am ... tag, ist eine vergleichbare Geschichte passiert. Auf d... looplein setzt die Mobiele Eenheid (Bereitschaftspo... rund 30 Pferde ein. Und dann beginnt auch echt ... Wild jagt die Horde durch ein Zeltlager, das hier ... seit einer Woche aufgeschlagen worden ist. Steine ... die M.E. und die Pferde. Ein Pferd strauchelt und ... er liegt im Sand. Zig Leute stürmen auf ihn zu, zuer... Lynchstimmung, dann setzt sich eine fröhliche ... durch. Dem M.E.er wird der Knüppel abgenomme... aufs Pferd gesetzt, sichtlich erleichtert beginnt er k... zu winken und zu lächeln. Und unter den Rufen ... trottet Pferd und Reiter in Richtung Prügelkamera... nächsten Zelt strauchelt das Pferd noch einmal übe... leinen und plumps liegt Herrchen wieder auf der Fr... mal muß er aufs Pferd klettern, um ihn nur noch ... frohes Gejohle. Hiervon gibt es noch mehrere Foto... hen, was geschieht.

'Bulle mit
vergleich-
ahren Mit-
st und sei-
o ein Foto
nie wegge-
e Frau hat
bin nur zu
wurde zum
rn ist das

Krönungs-
em Water-
izei, M.E.)

Wild-West.
on Freaks
fliegen auf
der M.E.,
st herrscht
Coolness
n, er wird
rampfhaft
'Ivanhoe'
den. Beim
r die Zelt-
esse. Dies-
schaden-
os. Mal se-

Und wir dachten immer, Holland sei ein so fahrradfreundliches Land.

Ritter Ivanhoe

völkermord in ost-timor

In diesem Bericht aus der neuesten Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift Counter-Spy wird die Rolle der amerikanischen und australischen Geheimdienste sowie die Interessen der Ölkonzerne bei dem Völkermord in Ost-Timor durch die Invasion Indonesiens aufgezeigt.
Der Verfasser dieses Artikels ist ein australischer Journalist, der für die Unterstützung der Unabhängigkeitskämpfe in Südostasien gearbeitet hat.
Dieser Artikel ist gekürzt und mit Zusätzen versehen worden. Wer den Originaltext in Englisch lesen möchte, kann ihn unter Einsendung eines Zwei-Mark-Stücks oder Briefmarken zugeschickt bekommen.

„WENN ES UMS ÜBERLEBEN GEHT, ZÄHLT NICHT DAS SYSTEM, SONDERN DER ERFOLG..."

In Indonesien hatte nach der Machtübernahme des Generals Suharto in den sechziger Jahren eine Kommunistenjagd im ganzen Land begonnen,der über eine halbe Million Menschen (oder mehr ?) zum Opfer fielen. Hunderttausende wurden gejagd, gefoltert, ermordet oder in Konzentrationslagern eingesperrt.

Die Machtübernahme des faschistischen Militärregimes hatte mindestens zwei Gründe:
Einmal bestand ein geheimes Abkommen von 1952 zwischen Indonesien und den USA, daß kein Land in südostasiatischen Regionen der Gefahr ausgesetzt werden dürfe, unter „kommunistischer" Herrschaft zu geraten, da sonst die Interessen der imperialistischen Kolonialmächte beeinträchtigt werden könnten. Diese Gefahr war unter dem damaligen (mehr sozialdemokratischen) Führer Sukarno nicht ausgeschlossen. Der
Der zweite Grund war die hohe Inflationsrate (1966 – 650% jährlich), die nach dem Sturz Sukarnos bis 1971 auf 2,5% verringert werden konnte.

Allein 60% der Devisen bekommt Indonesien durch Einnahmen aus dem Ölexport. Auch die deutsche Erdölversorgungsgesellschaft Deminex schloß mit Indonesien Verträge ab.
So sagte der indonesische Ölminister Sutowo 1972: „Wenn es ums Überleben geht, zählt nicht das System, sondern der Erfolg." (Spiegel, 3/72)
Mit dieser Einstellung war es nicht verwunderlich, daß nach der Revolution 1974 in Portugal Indonesien Ansprüche auf die fallengelassene Inselkolonie Ost-Timor anmeldete.

Als die Bevölkerung von Ost-Timor 1975 seine Unabhängigkeit ausrief, handelten die Generäle Indonesiens schnell. Die Gefahr, daß andere Volksgruppen auch auf den Einfall kommen könnten, die Unabhängigkeit anzustreben, war zu groß.
Mit Hilfe amerikanischer Waffen und ausländischen Geheimdiensten wurde Ost-Timor nach einer großangelegten Invasion „integriert". Daß es sich bei der „Integration" um Völkermord handelte, störte Indonesien nicht weiter. Es durften nur keine Zeugen anwesend sein...

Die BRD hielt sich offiziell mit Waffenlieferungen in Spannungsgebieten zurück, übernahm aber eine Bürgschaft über einen Kredit für den Ankauf von zwei U-Booten für die indonesische Marine. Auch wurden Indonesien im Rahmen der Entwicklungshilfe ein Betrag von jährlich 150 Millionen DM und Lieferungen von BO-105 Hubschraubern bereitgestellt. Es braucht wohl niemanden zu verwundern, daß auch die deutsche Waffenfirma Heckler&Koch Indonesien auf ihrer „Lista da Referencia" stehen hat (siehe ID 330).

Seit 1904 war Ost-Timor Objekt der imperialistischen Streitereien in der südostasiatischen Region. In diesem Jahr wurde die Insel von Timor zweigeteilt:
die Holländer beanspruchten West-Timor, und die östliche Hälfte ging an die Portugiesen.
1912 starben bei einem zweijährigen Aufstand gegen die Portugiesen 3.000 Timoresen.
Während des zweiten Weltkriegs wurde die Insel zuerst von australischen Truppen besetzt, dann von den Holländern und schließlich von den Japanern. Alliierte Versuche, die Japaner durch Bombenangriffe hinauszuwerfen, führten zur Zerstörung von Timors wenigen Städten, vieler Dörfer und dem Tod von über 50.000 Timoresen.

Als Indonesien nach dem Krieg von Holland seine Unabhängigkeit bekam, schloß dies Ost-Timor nicht ein. Mit Hilfe der katholischen Kirche behielten die Portugiesen ihre Inselkolonie und beuteten sie auf jede mögliche Weise aus.

Als Folge der portugiesischen Revolution 1974 blühte das politische Leben in Ost-Timor auf. Von den drei hauptsächlich politischen Parteien hatte zu dieser Zeit nur die Fretilin (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor) eine massenhafte Anhängerschaft. Fretilins Kampagnen für die Entwicklung von Bildung und Landwirtschaft, seine Unterstützung durch Soldaten in der portugiesisch geführten Armee und seine feste Verpflichtung auf die Unabhängigkeit Ost-Timors hin, machten die politischen Plattformen der rivalisierenden Parteien geradezu lächerlich.
Eine von diesen, die UDT (Timorese Democratic Union), bestand aus Nutznießern der früheren portugiesischen Herrschaft, und einige seiner Führer hatten Verbindung zu faschistischen Parteien in Portugal. Eine dritte Partei APODETI (Timorese People's Democratic Association) war von Indonesiern gegründet worden und die einzige Partei, die für eine Vereinigung mit Djakarta eintrat. Der Präsident dieser Partei Araujo kollaborierte mit japanischen Kriegsverbrechern und kam nach dem zweiten Weltkrieg ins Gefängnis. Als Folge der indonesischen Invasion in Ost-Timor im Dezember 1975 wurde Araujo zum Führer der neuen Marionettenregierung gemacht.

Nach letzten Meldungen ist die chinesische Minderheit in Dili inzwischen ausgerottet. Die 1975 verhängte Seeblockade der indonesischen Marine hält immer noch an. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker gehören zu den Praktiken der indonesischen Besatzertruppen „willkürliche Verhaftungen, Erschiessungen und andere Morde, Folter, das ‚Verschwinden' Amnestierter und die Unterhaltung von Konzentrationslagern." In einem Schreiben vom 14. März 1980 forderte die Gesellschaft die Bun-

desregierung auf, „wie im Fall Afghanistan den militärischen Überfall auf ein kleines schutzloses Land zu verurteilen und sich bei den UN für die Selbstbestimmung Ost-Timors einzusetzen."
Das Auswärtige Amt teilte in einem Schreiben vom 7. März 80 mit, daß „die genannten caricativen Organisationen" (gemeint ist die CRS und das indonesische Rote Kreuz) „sowie die Regierungen von Australien und Indonesien" (!) „bereit" sind, weiterhin „massiv Hilfe zu leisten, bis sich die Verhältnisse in Ost-Timor stabilisiert haben".
Die Frage, die dabei gestellt werden muß, ist w i e die Verhältnisse „stabilisiert" werden. Wird die Bevölkerung Ost-Timors dabei „endgelöst"?
Don Camillo/ID

DIE ROLLE DER USA UND AUSTRALIENS BEIM VÖLKERMORD IN OST–TIMOR

von Denis Freney

In den vergangenen vier Jahren wurden bei einer Bevölkerung von 689 000 Menschen (vorsichtige Schätzung) einige 100 000 Ost-Timoresen getötet. Dies ist das Ergebnis einer groß angelegten Invasion der indonesischen Militärdiktatur unter General Suharto, die am 7. Dezember 1975 begann. In einem Krieg, der der Welt durch Besuchersperre für Journalisten verborgen blieb, haben Suharto und seine Militärs einen Völkermord begangen, um den Widerstand der Fretelin zu brechen.

Bis Ende 1978 lebten die meisten Ost-Timoresen in einem Gebiet, das von der Fretelin kontrolliert wurde (80% des Landes). Ab Mitte 1978 führte Indonesion durch Kampagnen der Umzingelung und Vernichtung — von US-Beamten beraten — eine massive Vernichtung der Lebensmittelvorräte und Wohnungen in den befreiten Gebieten herbei. Dann forderten Hunger und der Mangel an Munition ihren Tribut. Das trug zu einem relativen Erfolg des Suharto-Regimes in Ost-Timor 1979 bei.

Die Guerillas der Fretelin führen trotz des Mangels an ausländischer Versorung, trotz der Hungersnöte und der Ermordung des Fretelin-Präsidenten Lobato 1978 ihren Widerstand fort. Die letzten Berichte deuten auf eine neue massive indonesische Offensive hin, die das Ziel hat, mit über 15 000 Soldaten die verbliebenen befreiten Gebiete im östlichen Teil des Landes zu zerstören. Andererseits operieren im ganzen Land kleine Guerillagruppen. Es ist klar, daß der Widerstand weitergeht und noch eine ganze Zeit weitergehen wird, auch wenn er jetzt auf kleinerer Basis stattfindet als in den ersten drei Jahren.

Es ist nicht möglich, in diesem Artikel alle Ereignisse aufzuzeigen, die in Ost- Timor vor und nach der 1975er Invasion stattgefunden haben. Unser hauptsächliches Ziel ist es, die Rolle der US-Regierung bei der Unterstützung dieses Völkermordes und im besonderen die Rolle des CIA im Zusammenhang mit dem australischen Geheimdienst aufzuzeigen.

DIE US–MILITÄRUNTERSTÜTZUNG BEI DER INVASION IN OST–TIMOR 1975

Einen Tag vor der Invasion Indonesiens in Ost-Timor kamen US-Präsident Ford und Kissinger zu einem Besuch nach Indonesien, bei dem sie mit Suharto sprachen. Obwohl geleugnet wurde, daß sie über die geplante Invasion redeten, ist dies doch wahrscheinlich: die USA haben ein Interesse an der Meerenge, die nördlich von Ost-Timor verläuft. Sie ist die einzige Tiefseewasserroute zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean, den die amerikanischen Atom-U-Boote benutzen können, ohne aufzutauchen. Die Alternative hierzu ist nur die viel längere Route um die südaustralische Küste herum.
Suharto und die USA hatten ein lange geheimgehaltenes Abkommen, das den Atom-U-Booten diese Durchfahrt gestattete. Sie fürchteten, daß ein unabhängiges Ost-Timor der Benutzung seiner territorialen Gewässer für solche Zwecke widersprechen würde.

20 DE MAIO DIA DA REVOLUÇÃO

Foto: Pogrom 39/40

Schon im Oktober 1975 hatte Kissinger dem US-Kongreß empfohlen, die Militärhilfe für Indonesien zu verdoppeln, "um Indonesien zu befähigen, effektiver mit den neuen politischen Realitäten in Südostasien umzugehen." Wie das US-Außenministerium und das Pentagon zugeben, waren die Waffen und die andere Ausrüstung, die bei der Invasion benutzt wurden, durch die USA gestellt worden, obwohl der Gebrauch von US-Waffen gegen Ost-Timor eine 1958 zwischen Washington und Djakarta geschlossene Vereinbarung brach, nach der der Gebrauch von US-Waffen für externe Aggressionen verboten war.
Die USA und Indonesien versuchten gleichermaßen, die Unterstützung der USA bei der Invasion in Ost-Timor zu verschleiern.
Um ein Lippenbekenntnis für die 1958 geschlossene Vereinbarung abzulegen, ordnete die US-Verwaltung im Frühjahr 1976 offiziell einen Hilfsstop für Djakarta an. Aber die schon angefangenen Hilfeleistungen wurden im Geheimen weiter fortgesetzt, überhaupt nicht gestoppt. Neue Abkommen wurden nicht einmal aufgeschoben.
So wurden Indonesien im ersten Halbjahr 1976 mindestens 4 verschiedene Angebote für militärische Ausrüstung gemacht. Diese bestanden hauptsächlich aus Teilen für V-10 Broncos, Flugzeuge aus der Zeit des Vietnam-Krieges, die speziell für Counterinsurgency-Operationen gegen Feinde, die keine wirksamen Flugabwehrwaffen haben, entwickelt wurden. Sie wären völlig nutzlos gewesen, um Indonesien vor einem fremden Angreifer zu schützen. Die Politik der Ausrüstung des indonesischen Regimes mit Broncos und auch mit anderer Counterinsurgency-bezogener Ausrüstung lief relativ unverändert von der Ford- bis zur gegenwärtigen Carter-Regierung weiter.
Im Juli 1976 inszenierte das Suharto-Regime "freie Wahlen", bei denen 28 extra ausgesuchte timoresische Marionetten für die Integration Ost-Timors in Indonesien stimmten. Die Ford-Regierung erkannte diese Wahl als Legalisierung der Invasion in Ost-Timor an. Der Gebrauch der US-Waffen von Indonesien wurde nun als "interner" Gebrauch angesehen und die offizielle Einstellung der Hilfe (die aber faktisch nie eine war) wurde aufgehoben.

Trotzdem war der Widerstand der Fretelin-Kräfte so groß, daß Ende 1977 ein Diplomat sagte: "Das indonesische Militär ist knapp an militärischem Material. Die Operationen in Timor haben es in die Enge getrieben."
Das indonesische Militär hatte in Ost-Timor katastrophale Fehlschläge erlitten. In erster Linie Korruption, dann der Mangel an militärischen Experten und demoralisierte Truppen waren der Grund für den Tod von ungefähr 17 000 Indonesiern. Außerdem hatte Suharto besonders Anfang 1978 in Indonesien selbst schwierige innere Probleme und es war unklar, ob sein Regime überleben würde. Die militärischen Schwierigkeiten in Ost-Timor verstärkten diese Probleme und führten zu einem wachsenden Bewußtsein der Ereignisse.
Washington und andere westliche Hauptstädte wurden alarmiert und eilten Suharto zu Hilfe. Dies schaffte die Grundlage für die Großoffensive, die im Juli 1978 begann.
Mitte 1978 meldete das Fretelin-Radio, das aus dem Innern Ost-Timors sendete, zum ersten Mal die Anwesenheit von US-Militärberatern in Ost-Timor. Der Fretelin-Sender behauptete, daß mit Waffen bestückte Hubschrauber direkt das Feuer eröffneten und sogar an Angriffen teilnahmen. Der Sender zitierte auch einen Augenzeugen, der den Körper eines amerikanischen Söldners gesehen hatte, der in der Nähe der Hauptstadt Ost-Timors, Dili, getötet worden war. Der Sender schätzte, daß ca. zehn US-Berater im Juni 78 in der Nähe von Lekidoe und in Remexio zusammen mit Indonesiern kämpften. US-Berater wurden auch bei Kämpfen in den nordwestlichen und zentralen Teilen des Landes gesehen. Außerdem trainierten sie indonesische Truppen in Aileu und Laklubar. Die Berater trugen die Uniformen der indonesischen Red Berets und waren in den Kämpfen „sehr vorsichtig".
Obwohl diese Berichte sehr detailliert und das Fretelin-Radio in der Vergangenheit sehr zuverlässig gewesen war, zweifelten unabhängige Beobachter, wie z.B. der australische Diplomat Dunn an diesen Berichten, weil sie von Seiten der USA und Indonesiens Dementis erhielten und keine weiteren unabhängigen Bestätigungen hatten. Jedoch berichtete im April 79 sogar Dunn, eine "indonesische Quelle" habe gesagt, daß "US-Militärpersonal ab und zu Ost-Timor besucht hätte, um die Situation zu beobachten."

Die US—Militärs haben seit Mitte der fünfziger Jahre ausgedehnte Trainingsprogramme für das indonesische Militär, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Indonesien selbst, durchgeführt. Im März 1975 waren 56 US-Militär- und 5 Zivilexperten als Teil der "US-Defense-Liaison Group" in Indonesien postiert. Diese Gruppe hat viele Jahre in Indonesien gearbeitet. Zwischen 1971 und 1975 wurden insgesamt 1 500 indonesische Offiziere in den USA und noch mehr von der Defense-Liaison Group in Indonesien selbst ausgebildet. Bis September 1976 hatte die US-Regierung über 22 Millionen US-Dollar für diese Trainingsprogramme ausgegeben.

DER KAMPF DER FRETILIN

Als der portugiesische Faschismus im April 1974 besiegt war, schlug diese Nachricht in Ost-Timor wie eine Bombe ein.
Es existierte nur — seit 1970 — eine kleine klandestine Gruppe von Ost-Timoresen, die in Dili lebten, und timoresische Studenten in Lissabon, die nach Unabhängigkeit Ost-Timors strebten. Sie hatte ihre politischen Ideen diskutiert, sich über sie geeinigt und Kontakte zur Frelimo und MPLA hergestellt, den zwei Gruppen, die Unabhängigkeitskämpfe in den portugiesischen Kolonien Mozambique und Angola führten. Aber ihre Möglichkeiten für Aktionen war begrenzt, da weder Australien noch Indonesien ihnen eine Operationsbasis zur Verfügung stellen wollten.
Als sie im Mai 1974 politische Rechte bekamen, gründeten sie die Timorese social democratic association (ASDT), die innerhalb eines Jahres die Unterstützung sehr vieler Ost-Timoresen gewann und die politischen Einsichten sehr stark weiterentwickelt hatte.
Die rasende Entwicklung der ost-timoresischen Politik überraschte die australischen und amerikanischen Geheimdienste. Das portugiesische Timor war eines der rückständigsten und isoliertesten Länder der Welt gewesen. Auf der Prioritätenliste jedes Geheimdienstes hatte es ganz unten gestanden. Jetzt allerdings, innerhalb eines Monats nach dem April 1974, konkurrierten drei politische Parteien um Unterstützung. Das portugiesische Militär entwickelte sich schnell nach links. Timoresische Studenten kehrten mit einem marxistischen Bewußtsein aus Lissabon in ihre Heimat zurück, "angesteckt" von der Revolution dort.

Im September 1974 wurde die ASDT in die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (Fretilin) umgewandelt. Ihre politisch Aktiven gingen in die Berge und arbeiteten unter den timoresischen Eingezogenen der portugiesischen Kolonialarmee, die in Ost-Timor war. Im Januar 1975 ging die Timorese Democratic Union (UDT), mitgerissen von den Ereignissen, eine Koalition mit der Fretilin ein. Diese basierte auf einem Programm, das fast wörtlich von dem eigenen Programm der Fretilin abgeschrieben worden war. Innerhalb weniger Monate hatte die Fretilin die überwiegende Unterstützung der Ost-Timoresen.
Die USA und Australien handelten schnell. Im Juni 1974 besuchte der US-Vizekonsul Dili für drei Tage, um sich über die Situation zu informieren. Er kehrte zurück und war von den konservativeren Führern der ASDT beruhigt worden. Jedoch wuchsen die Sorgen, als die indonesische Propagandamaschine Geschichten über „Kommunisten" in der Fretilin herauszugeben begann und dies mit der Rückkehr radikaler Studenten aus Lissabon zusammenfiel.
Der australische Journalist und Geheimdienstberater Hastings fuhr im Oktober 1974 nach Dili, um sich mit der Situation vertraut zu machen und mit dem Fretilin-Führer Horta zu sprechen, den er von früher kannte. Hastings kehre mit dem Entschluß nach Australien zurück, eine neokoloniale Lösung zu finden.
Im Dezember 1974 machte er Horta in Australien mit Gordon Jockel, einem früheren australischen Botschafter in Indonesien und Leiter des australischen Geheimdienstes, der Joint Intelligence Organization (JIO), bekannt.

DIE VERBINDUNGEN DES CIA IN AUSTRALIEN

Aus Mangel an amerikanischen Experten in Ost-Timor resultierte schnell eine enge Zusammenarbeit bei Aktionen des CIA mit dem australischen Geheimdienst. Dies hatte viele Vorteile. Erstens war die Fretilin gegenüber den Amerikanern allgemein höchst mißtrauisch, da sie von CIA-Aktionen auf der ganzen Welt gelesen hatte. Andererseits wurden die Australier schneller akzeptiert, da australische Kommandos im 2.Weltkrieg in Ost-Timor gekämpft und sich einen guten Ruf mit ihrer paternalistischen Haltung erworben hatten, die in scharfem Kontrast zu der Brutalität der Portugiesen und Japaner stand.

Hastings hatte selbst eine lange Zusammenarbeit mit dem CIA hinter sich, die auf seine Arbeit im australischen Geheimdienst während des 2. Weltkriegs zurückging. Als Mitherausgeber einer australischen Zeitung war er in der Lage, seine journalistische Identität zu seinem Vorteil zu nutzen.
Ein anderer Australier mit engen CIA-Verbindungen war Callinan. Als Captain der australischen Kommandos in Ost-Timor während des 2.Weltkrieges hatte er enge persönliche Kontakte mit der gebildeten Elite des Landes aufgebaut und später häufig seine Ferien dort verbracht. Er wurde, nachdem er eine erfolgreiche Ingenieurfirma aufgebaut hatte, von der australischen Regierung in den späten fünfziger Jahren als "Berater" für den südvietnamesischen Diem ausgewählt.
Callinan, der nach seiner Timor-Erfahrung einen Ruf als Counterinsurgency-Experte erworben hatte, hatte zweifellos weitgehende Kontakte mit dem CIA während des Vietnam-Aufenthaltes. Während seiner Zeit dort wurden die australischen "Berater" vom CIA nach dessen Special Forces Program ausgebildet.
Durch Australier wie Hastings und Callinan und durch die australischen Geheimdienste allgemein bekam der CIA viele grundlegende Informationen über Ost-Timor und versuchte durch diese, besonders die Ereignisse unter den Fretilin-Führern zu beeinflussen.
Es war nicht das erste Mal, daß dies passierte.
Australische Geheimdienste füllen oft die Lücken für den CIA. Zwei Beispiele sind gut bekannt. In Kambodscha arbeitete seit 1970 der ultrageheime australische Geheimdienst ASIS (Australian Secret Intelligence Service) für den CIA, nachdem Sihanouk die diplomatischen Beziehungen zu den USA abge-

Foto: Der Spiegel 3/72

Staatsgast **Suharto in Bonn**, Gastgeber: Sicherheitsstufe I

brochen hatte. Ähnliche spielten ASIS-Leute eine entscheidende Rolle innerhalb der CIA-Unternehmungen kurz vor dem Putsch in Chile 1973 gegen Salvador Allende, wo sie von der australischen Botschaft in Santiago aus arbeiteten. Der damalige (australische, d.Red.) Premierminister gab diese Zusammenarbeit Mitte der siebziger Jahre zu.
Die direkten amerikanischen Verbindungen zu Ost-Timor waren gering. Mit Ausnahme einiger amerikanischer Antropologen, die dort Untersuchungen durchführten, und von denen mindestens einer von der Fretilin als CIA-Agent bezeichnet wurde, war das CIA-Engagement in Ost-Timor spärlich. Es gab jedoch eine Ölförderungsgesellschaft, die sich schnell einschaltete, um sich Rechte an den vermuteten reichen Ölreserven an der osttimoresischen Küste zu sichern.

NICHT GERADE ÖL

Verbindungen zwischen Ölgesellschaften und dem CIA gibt es viele. Die Ölgesellschaften verlassen sich oft auf den CIA und dessen Einschätzung von ausländischen Regierungen bezüglich der Erteilung von Ölförderungs-Konzessionen.

San Salvador, El Salvador

Mr. E. D. Darby, M.L.A.
37 White St.
Balgowlah, N.S.W. 2093
Australia

Apostolos Dascalakis

Organizational Observer
(Captive Nations Week Committee)

National member - Greece

Außerdem benutzen die Ölgesellschaften die Infiltration des CIA in die Gewerkschaftsbewegung eines bestimmten Landes, um dort eine relative Sicherheit für ihre Geschäfte zu erreichen. Als Gegenleistung decken sie oft CIA-Mitarbeiter.
Die amerikanische Ölgesellschaft Oceanic Exploration Co. hatte 1975 an den Küsten der ganzen Welt Ölrechte in Aussicht. Sie hatte sehr große Beteiligungen in Somozas Nicaragua.
Die Gesellschaft ist, verglichen mit den Ölriesen, klein, aber sie spielte in Ost-Timor eine störende und sehr merkwürdige Rolle.
Fast sofort nach dem Machtwechsel in Portugal im April 74 nahm sie Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung über Ölrechte entlang der Küste des südlichen Ost-Timors auf. Im Dezember 1974 gestand die portugiesische Regierung der Oceanic Rechte in großen Teilen des ost-timoresischen Meeres zu.
Der Verhandlungsführer der Oceanic war Bakken. Er suchte sich den Halbtimoresen Santos als Vertreter in Dili aus und besuchte das Land einige Male, und zwar im Mai, Juli und August 1975.
Bakkens Besuche fielen auf merkwürdige Weise mit einer Reihe von politischen Krisen in Ost-Timor zusammen. Im Mai brach die UDT ihre Koalition mit der Fretilin und startete eine antikommunistische Kampagne gegen ihre frühere Verbündeten. Im Juli bereitete die UDT ihren Putsch vor, der im August stattfand und mit Bakkens drittem Besuch zusammenfiel.
All dies kann Zufall gewesen sein. Jedoch war der Vertreter der Oceanic in Dili, Santos, nicht nur eine führende Persönlichkeit der UDT, es waren auch Pläne in seinem Besitz, von Australien für den Putsch Waffenhilfe zu bekommen.
Auch hatten UDT-Führer im April 75 Australien besucht, nachdem sie vorher in Djakarta und Hongkong gewesen waren. In Djakarta waren die UDT-Führer von General Murtopo empfangen worden, der Projektoffizier für die "Integration von Ost-Timor" war. Dieser brüstete sich damit, daß die indonesische Armee Ost-Timor in zwei Stunden einnehmen könne.(!)
In Australien trafen die UDT–Führer mit Callinan zusammen.
Er und JIO-Chef Jockel unterstützten die Forderung Murtopos, die Koalition mit der Fretilin zu brechen. Nach ihrer Rückkehr nach Dili lösten die UDT-Führer die Koalition auf und fingen kurz danach an, in Djakarta und Australien Unterstützung für einen UDT-Putsch zu organisieren.
Santos spielte eine Schlüsselrolle in der Werbung um Unterstützung. Er traf sich in Australien mit Kräften der extremen Rechten, die Beziehungen zu Armee und Geheimdienst hatten und organisierte, daß durch diese Waffen für den Putsch nach Ost-Timor geschickt wurden.
Unter den Leuten, die in diese Operation verwickelt waren, befanden sich Freunde von Callinan, Mitglieder eines extrem rechten Kreises um einen Mann namens Michael Darby und einen australischen Piloten, der in Ost-Timor arbeitete, Roger Ruddock, dessen Eltern zu dem Darby-Kreis in Australien gehörten.
Anm. de. Red.: Interessanterweise taucht der Name Darby auch in einer vertraulichen Namensliste der WACL (World Anti-Communist-League) auf, die dem ID in die Hände fiel. Die WACL ist die Dachorganisation von international verzweigten neofaschistischen Gruppen, der auch die UCI (Vereinigungskirche) des südkoreanischen Sektenführers Sun Myung Mun (Mun-Sekte) angehört. In der WACL-Liste sind einflureiche Personen aus der ganzen Welt, so. z.B. aus Indonesien, Australien und den USA ebenso zu finden wie auch aus den Reihen von NPD,CSU,Bund der Freiheit usw. Bei dem in der Liste vorkommenden E.D.Darby, MLA,handelt es sich um den Vater von Michael Darby, Douglas Darby, Regierungsmitglied der Neu-Süd-Wales Libbralen Partei, Direktor der Taiwan Travel Agency und Präsident aller neofaschistischen Einwanderungsgruppen.
Michael Darby arbeitete als Captain des Geheimdienstes der australischen Armee in Vietnam, wo er ausgezeichnete Verbindungen hatte.
Möglicherweise war Santos in der Beschaffung von Waffen für Ost-Timor aus Australien erfolgreich. Einige Timoresen behaupten, daß er sie per Flugzeug durch den Baucau-Flughafen einschmuggelte, wo UDT-Beamte in hohen Positionen saßen. Jedenfalls war er in Dili, als der versuchte Putsch in der Nacht vom 10. auf 11. August 75 stattfand und spielte eine wichtige militärische Rolle in diesem Putsch, bevor er nach Australien floh, als die Fretilin ihre Gegenoffensive begann.
Zur selben Zeit war Bakken von der Oceanic in Dili. Bakken war drei Tage vor dem Putsch von Australien nach Dili gekommen. Er verließ Dili ein paar Tage später, nachdem die Fretilin einen portugiesischen Militärposten eingenommen hatte und kurz bevor sie mit ihrem Gegenschlag begann. Bakken kam noch rechtzeitig raus — wäre er ein paar Tage länger geblieben, hätten ihm die siegreichen Fretilin-Kräfte vielleicht ein paar unangenehme Fragen gestellt.
Die Oceanic — seine Gesellschaft — hat seit 1976 in Djakarta Lobbyarbeit gemacht, um die Ölrechte — die ihr von Lissabon zugestanden worden waren — von Suharto anerkannt zu bekommen. Wie man hörte, haben sie Erfolg gehabt.
Am 11.August kontrollierte die UDT in der Nacht des Putsches Dili, Baucau und den dortigen internationalen Flughafen. UDT-Banden streiften durch die Straßen, töteten Fretilin-Mitglieder und nahmen andere gefangen. Fast alle anderen Fretilin-Mit-

glieder schafften es, in die Berge zu fliehen, bevor der Putsch begann, weil sie über ihn informiert worden waren. In der Nacht des Putsches fing die UDT an, Botschaften vom Kontrollturm des Baucau-Flughafens nach Australien zu senden. Gelesen wurden sie im Namen des UDT-Präsidenten von dem australischen Piloten Roger Roddock. (Er ist jetzt Vizepräsident der indonesischen Marionettenregierung in Ost-Timor).

Die Botschaften forderten militärische Unterstützungen, die nach Ost-Timor geflogen werden sollten, um den UDT-Putsch zu unterstützen. Einer dieser Botschaften waren die Worte hinzugefügt: „Bitte an Basiskommandeur, mit Guam Kontakt aufzunehmen ".

Guam ist einer der wichtigsten US-Militärstützpunkte im Pazifik, der Ost-Timor nächstgelegene.

Die australische Regierung weigerte sich, den UDT-Forderungen Folge zu leisten, schickte aber einen Beamten für auswärtige Angelegenheiten mit dem Flugzeug nach Dili.

Die UDT bekam also nicht die Militärhilfe, die sie angefordert hatte. Am 20. August 75 rief die Fretilin, nachdem die Portugiesen sich geweigert hatten, den status quo wiederherzustellen, zum Aufstand auf. Die timoresischen Soldaten in der portugiesischen Armee besetzten die Armeearsenale und kontrollierten innerhalb weniger Tage Dili. Bis Mitte September war das ganze Land unter Fretilin-Kontrolle und die UDT-Führer flohen in das indonesische Timor, wo die meisten von ihnen sofort bereit waren, als indonesische Marionetten zu fungieren.

UDT-Flüchtlinge in Australien, die per Flugzeug evakuiert worden waren, verbreiteten Horrorgeschichten über Greueltaten der Fretilin. Dann fuhr ein Fernsehteam mit Begleitung von niemand anderem als Michael Darby nach Dili und fand, daß die Fretilin alles unter Kontrolle hatte, fand aber keine Greueltaten. Darby verlor keine Zeit, schickte ein medizinisches Team nach Ost-Timor und verkündete seine Fretilin-Sympathien. Roger Roddock, der, wenn er nicht gerade für die UDT funkte, Fretilin-Stellungen mit einem kleinen Flugzeug bombardierte, war nach Darwin entkommen. Eine neue Strategie hatte begonnen: die „gemäßigten" Fretilin-Führer sollten gewonnen und die "Kommunisten" isoliert werden.

Foto: Pogrom 39/40

DIE GEHEIMDIENSTE DER USA UND AUSTRALIENS UND DIE INDONESISCHE INVASION

Der UDT-Putschversuch im August 1975 war ein kritischer Wendepunkt in Ost-Timor. Er lieferte die Entschuldigung für die indonesische Invasion. Die restliche UDT und die kleine APODETI wurden von indonesischen Generälen zu einer "Antikommunistischen Bewegung" verschmolzen, die nach der Integration in Indonesien rief. Die australische Regierung erkannte die tatsächliche Kontrolle der Fretilin nicht an und rief sogar während des Fretilin-Gegenangriffs nach indonesischer Invasion.

Andererseits war ein Resultat des UDT-Putsches und der Fretilin Gegenoffensive, daß die Fretilin die Kontrolle über das ganze Land gewinnen konnte und gleichzeitig auch die Kontrolle über den größten Teil des Arsenals von leichten NATO-Waffen, das von den Portugiesen ins Land gebracht worden war. Die UDT – und ihre australischen und indonesischen Berater – hatten die Unterstützung, die die Fretilin von der timoresischen Bevölkerung und folglich auch von den timoresischen Soldaten in der portugiesischen Armee erhielt, ernsthaft unterschätzt.

Der australische GEheimdienst war in seiner Meinung über Ost-Timor gespalten. Ein Teil, der aus der JIO und dem Verteidigungsministerium mit Unterstützung von Teilen des Außenministeriums bestand, war gegen eine indonesische Integration und begünstigte eine neokolonialistische Lösung, nach der Ost-Timor "unabhängig" bleiben sollte. Diese Fraktion fürchtete, daß eine Invasion in Ost-Timor zu einer Langzeit-Radikalisierung Indonesiens führen würde. Die andere, größere Fraktion hatte ihre Basis im Außenministerium und dessen Geheimdienst, der ASIS. Sie betrachteten Suharto als Hauptbollwerk gegen den Kommunismus und wollten ihn unter allen Umständen unterstützen.

Während Michael Darby und seine rechtsgerichtete Gruppe zur ersten Fraktion tendierte, versuchte der ASIS, eigene Unterstützung in Ost-Timor anzuwerben. Er zog den australischen

Hotel- und Plantagen-Besitzer Favoro als seinen Agenten in Dili heran, nachdem die Fretilin die Macht übernommen hatte. Favoro war genau geeignet: er kannte Timor gut, hatte sein eigenes kleines Flugzeug und seine eigene Funkausstattung.

Favoro wurde jedoch ohne Wissen der australischen Regierung angeworben, die ,während sie noch eine indonesische Integration unterstützte, selbst nicht in Ost-Timor präsent sein wollte. Favoro brüstete sich in Dili damit, daß er der "australische Konsul" sei.

Als der australische Premierminister davon erfuhr, setzte er den Chef der ASIS ab.

Meldungen von RADIO MAUBERE (FRETILIN-SENDER)

Auch noch eine andere Organisation mischte mit: der australische DSD (Defense Signals Directorate), der militärische Abhördienst.

Der DSD ist nach einem geheimen Vertrag von 1952 zwischen England und den USA (den auch Australien unterschrieben hat) eng an ein Netz von über zweitausend nationalen Sicherheitsagenturen – NSA – mit Abhörposten rund um die ganze Welt angeschlossen. NSA-Beamte sind in allen DSD-Posten anwesend , um Spionage in Südostasien und darüber hinaus zu betreiben.

Geht man davon aus, daß der DSD-NSA Kurzstrecken und Niedrigfrequenzen der Funkkommunikation in Ost-Timor abhören kann, so fragt sich, welcher Gebrauch von der Fretilin-Kommunikation gemacht wurde, die zu dieser Zeit, besonders nach der Dezember-Invasion, aufgefangen wurde. Die Fretilin benutzte portugiesische Feldradios eines Typs, der den westlichen Geheimdiensten frei zugänglich war. Die NSA hatte sich in der Vergangenheit z.B. immer mit der Rolle gebrüstet, die sie bei der Lokalisierung der Guerillas um Che Guevara in den bolivianischen Dschungeln innehatte, und zwar durch ihre Radiokommunikation, die die CIA-trainierten bolivianischen Truppen befähigte, ihn aufzuspüren und zu töten.

Im Dezember 1978 begannen 2.500 indonesische Soldaten eine massive Operation, um den Fretilin-Präsidenten Lobato zu töten oder gefangenzunehmen, der sich seit der Invasion von 1975 drei Jahre vorher frei in den Bergen von Ost-Timor bewegte. Als er am 31. Dezember 1978 getötet wurde, hatte er ein Funkgerät bei sich.

*Die Kampagne für ein unabhängiges Ost-Timor hielt eine heimliche Funkverbindung mit dem Fretilin-Radio in Ost-Timor von Darwin in Australien her aufrecht. Diese Verbindung bestand vom Zeitpunkt nach der Invasion bis zur Kapitulation des Informationsministers der Fretilin im Dezember 1978.
Bei zahlreichen Gelegenheiten versuchten die Indonesier, die Funkverbindung zu stören. Es wurde jedoch herausgefunden, daß diese Störungen nur werktags zwischen 9 und 17 Uhr zu spüren waren. Die australische Sicherheitspolizei beschlagnahmte das Untergrundradio in Darwin zweimal

Dies ereignete sich ein paar Monate nach der Erkenntnis der Fretilin, daß US-Militärberater an der Seite der indonesischen Truppen in Ost-Timor kämpften.

Indonesiens eigene Versuche, den Funkverkehr der Fretilin mit dem Rest der Welt abzuschneiden, hatten sich als durchaus untauglich erwiesen.*

DIE VERTUSCHUNG

Von September bis Dezember 1975 kontrollierte die Fretilin außer einigen Grenzdörfern, die seit Oktober von indonesischen Truppen eingenommen waren, Ost-Timor. Die Fretilin öffnete das Land für Journalisten und Beobachter.

Die unabhängigen Journalisten, die nach Ost-Timor kamen, waren Zeugen des Fortschritts der Fretilin bei der Lösung der Nahrungsmittelprobleme, des Erfolgs der Bildungskampagne und ihrer Anstrengungen, die indonesischen Grenzattacken zurückzuschlagen. Am 28. November 1975 riefen die Fretilin-Führer die Unabhängigkeit aus.

Am 2. Dezember 1975 erhielt das Internationale Rote Kreuz in Dili eine Warnung der australischen Regierung, die besagte, daß indonesische Truppen jeden Australier würden töten, der in Ost-Timor bliebe. Diese Information war zweifellos auch vomDSD-NSA oder einen anderen Geheimdienststelle aufgefangen worden. Das Rote Kreuz (dessen Personal hauptsächlich aus australischen Ärzten bestand) und alle australischen Journalisten und Einwohner wurden von der australischen Luftwaffe ein paar Tage vor der Invasion evakuiert.

Schon am 16. Oktober 1975 waren fünf australische Fernsehjournalisten von indonesischen Truppen erschossen worden, als diese das osttimoresische Dorf Balibo einnahmen.

Diese Drohungen und Morde der Indonesier „waren der Beweis für eine letzte Anstrengung der Indonesier, das Territorium von fremden Beobachtern zu säubern, bevor die Invasion begann."

Für Indonesien war es wichtig, daß kein unabhängiger Beobachter dort war. Dies bezog sich besonders auf das Rote Kreuz, da dessen Abwesenheit bedeutete, „daß die wichtige Arbeit der Durchsetzung der Genfer Konvention nicht getan werden konnte."

Die Australische Regierung wußte, daß die Invasion bevorstand, aber sie schwieg.

Nach der Invasion war es eine der wichtigsten Aufgaben der US-Geheimdienste, bei der Vertuschung des Völkermords, der von Suhartos Truppen begangen wurde, zu helfen. In Kongreß-Hearings 1977, 78 und auch kürzlich im November 79 sagten Beamten des US-Außenministeriums, daß „unsere eigenen Geheimdienste die Todesziffern mit wahrscheinlich unter 10.000" angäben. Solche Zahlen sind eine starke und bewußte Unterschätzung der Todesrate.

Die Vertuschung geht weiter.: Ein US-Botschafter sagte im Dezember 79, daß er Berichte nicht weiter verfolgt habe, die besagen, daß die indonesischen Truppen die Aushungerung als ein Mittel benutzen, die Fretilin zu bekämpfen, „weil er einfach nicht glaubt, daß eine solche Politik existiert."

Der amerikanische Catholic Relief Service (katholischer Unterstützungsdienst), der eine lange Geschichte von Kollaborationen mit dem CIA und US-Militäroperationen hat, ist jetzt in Ost-Timor, scheinbar um den 240.000 Ost-Timoresen, die in indonesischen Konzentrationslagern zusammengepfercht sind, eine Linderung der Hungersnot zu bringen. Die CRS wurde sogar von der indonesischen katholischen Kirche denunziert, sie funktioniere nur als Verbindung zwischen der indonesischen Armee und der US-Hilfe, was eigentlich nicht als Kirchenprogramm beschrieben werden sollte.

Tatsächlich sagte Frank Church von der CRS in Dili im späten Oktober 1979, daß in Ost-Timor die schlimmste Situation herrsche, die er „in 14 Jahren Unterstützungsarbeit in Asien" gesehen habe, während ein Mitarbeiter des Internationalen Roten

Kreuzes sagte, „daß es so schlimm war wie in Biafra und möglicherweise so ernsthaft wie in Kampuchea."
Die Ford- und Carter-Regierungen waren also Komplizen bei einem Massaker, daß zwischen 10% und 50% der Timoresen das Leben kostete.

AUSWÄRTIGES AMT
301-320.25 INO
(Bitte bei Antwort angeben)

Auswärtiges Amt · Postfach 1148 · 5300 Bonn 1

Bonn, 7. März 1980
☎ (02221) 171
Durchwahl 17-
0228

An die
Deutsche Sektion der
Gesellschaft für
bedrohte Völker
z.Hd. Herrn Klemens Ludwig
Postfach 159
3400 Göttingen

Sehr geehrter Herr Ludwig,

Herr Jürgen Möllemann MdB, Vorsitzender des Unterausschusses für Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags, hat mir Ihr Schreiben vom 18. Februar mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Ich komme dieser Bitte gern nach, zumal ich dadurch die Möglichkeit erhalte, Sie über die im zweiten Halbjahr 1979 eingetretene erhebliche Verbesserung der Situation der Bevölkerung von Osttimor zu unterrichten.

Wie Sie wissen, hatte die Bundesregierung wegen der gravierenden Hungersnot und der Krankheiten, unter denen die Bevölkerung von Osttimor litt, im vergangenen Jahr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Inzwischen hat sich die Lage jedoch nach Angaben von Vertretern caritativer Organisationen wie der Catholic Relief Services, des IKRK, von Journalisten und Diplomaten, die nach Timor reisen konnten, entscheidend entspannt. Sicherlich ist die Situation noch keineswegs so, dass auf Hilfe verzichtet werden könnte. Dies ist auch nicht geplant, im Gegenteil. Die genannten caritativen Organisationen sowie die Regierungen von Australien und Indonesien sind bereit, weiterhin massiv Hilfe zu leisten bis sich die Verhältnisse in Osttimor stabilisiert haben.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf den sehr instruktiven Aufsatz von Herrn Hauboldt in der Beilage der FAZ Nr. 46 vom 23.2.1980 hinweisen.

Der Unterausschuss für Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags erhält Doppel dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüssen
Im Auftrag

[Unterschrift]

Indonesien als ehemalige holländische Kolonie taucht in den bundesrepublikanischen Medien manchmal am Rande von Artikeln auf, die sich mit den „molukkischen Terroristen" in Holland beschäftigen. Die Molukken sind ein Völkerstamm von einer der indonesischen Inselgruppen (eben die Molukken), die während der holländischen Kolonialzeit sich bei den übrigen Indonesiern durch ihre Zusammenarbeit mit den Kolonialherren unbeliebt gemacht hatten.
Nach der Unabhängigkeitserklärung von Indonesien folgten sie den ehemaligen Kolonialherren nach Holland. Dort landeten sie in den Ghettos. Heute wollen sie nach Hause, in eine autonome Republik Molukken. Ihr Kampf in Holland gegen die das indonesische Militärregime unterstützende holländische Regierung ist eine ebenso wenig beachtete Erscheinungsform des unterdrückten und von den Medien verschwiegenen Widerstandes der Völker auf den „indonesischen" Inseln gegen die faschistische Militärdiktatur, eine der finstersten der sogenannten freien Welt, wie der Volkskrieg der Ost-Timoresen gegen die indonesische Invasion. Olympiaboykott gegen Indonesien ? Geht deshalb nicht, weil dort keine Olympiade stattfindet.

— Heipe —

Wer mehr darüber erfahren/ tun möchte:

Kontakt: Gesellschaft für bedrohte Völker
Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische, rassische und religiöse Minderheiten

Postfach 159
3400 Göttingen
Tel.: 0551–46861

oder: Auswärtiges Amt
Postfach 1148
Adenauer Allee 99-103
5300 Bonn
Tel.: 0228– 171

Eine Selbstdarstellung

DIE AUTOWERKSTATT KAICHEN EMPFIEHLT SICH:

"Basti, ich kann jetzt nicht mit dir schmusen", begann unsere erste Selbstdarstellung Zwischenzeitlich sind vier Wochen in unser schönes Deutschland gegangen. Nun wollen wir eine neue, zweite Selbstdarstellung schreiben. Die erste wurde von einer Mitarbeiterin des ID unversehentlich ad acta — in den Papierkorb gelegt.

Heute ist Sonntag, die Frauen arbeiten im Garten und stellen fest das braun sein vital aussieht.

Wir leben hier in der Wetterau, in Kaichen — ein Dorf mit ca. 2000 Bürgern genauergesagt Bauern. Nein dies ist keine Idylle, wir Leben in einem latenten Konflikt mit dem Gewerbeaufsichtsamt, Landratsamt und der Polizei.

Wir sind acht Erwachsene zwischen 20 und 30, drei Typen fünf Frauen und zwei Kids zwei und fünf Jahre alt.

Seit knapp drei Jahren leben wir von unserer Autowerkstatt, niemand von uns geht fremd arbeiten, außerdem bearbeiten wir einen großen Garten.

Wir verstehen uns nicht als alternatives Projekt, wo arbeiten unverbindlich gemacht werden, sondern als ein selbstverwalteter Betrieb, wo es kein Privateigentum jedweder Art gibt,wo täglich Arbeitsbesprechungen stattfinden, aus der Verbindlichkeit der täglichen Arbeit heraus — Garten, Haus, Kinder, Autowerkstatt.

Gegenüber in der Gasse lebt ein dreiundachtzigjähriger Mann, bei welchem wir einen Lagerraum für unsere Motoren und Ersatzteile anlegten. Das Grundstück besteht aus zwei Teilen, einem Haus und aus einem ehemaligen Tanzsaal, welchen wir als Werkstatt nutzen müssen, da wir hier zu wenig Platz, d.h. Arbeitsmöglichkeiten haben. Wir müssen das Haus also kaufen, können wir dies nicht, so müssen wir hier raus. Um dieses Haus kaufen zu können, fehlen uns noch 25.000 Mark.

Sechs Monate lebten wir mit einem Zahnarzt zusammen, auf welchen die gesamte Finanzierung abgestellt war. Inzwischen sagt er uns das er aussteigt, da er solchen langfristigen Verpflichtungen nicht gewachsen sei. Er stellt dies als seine persönliche individuelle Entscheidung dar. Aber somit ist bei uns alles in Frage gestellt.

Wir suchen nun Menschen mit Bargeld, die uns dies leihweise zur Verfügung stellen würden, oder Bürgen, die wenn nicht über die ganze, dann doch über eine Teilsumme Bürgen können.

Selbstverständlich ist dies nur eine Darstellung unserer materiellen Situation. Eine Darstellung unserer persönlichen Konflikte und gruppendynamischen Prozesse würde hier diesen Rahmen sprengen.

Wir sind ein offenes Haus, vor allem brauchen wir Leute, die nicht nur alles ganz toll finden, sondern auch arbeiten wollen. In der Werkstatt arbeiten zur Zeit zwei ausgebildete Mechaniker (weitere sind willkommen) und drei Leute werden gerade angelernt. Es fehlen Leute für den Ausbau und den Garten. Wer zur Mitarbeit kommt erhält Essen, Trinken, Tabak sowie Schlafplatz frei. Die Zimmer und die Schlafräume werden gemeinsam benutzt. Daraus hat sich eine relativ offene Sexualität entwickelt. Die daraus entstehenden Probleme beanspruchen zwar unsere Kraft, wir sind uns allerdings ihrer bewußt und Lernen damit umzugehen. Die Bereitschaft sich darauf einzustellen, muß jeder mitbringen. Leute, meldet euch telefonisch bevor ihr kommt 06187/23731.

ATO—Autowerkstatt Kaichen.

DAS LEBEN IN DER FREIEN NATUR

REISER

CLAC

CLAC

Diese Selbstdarstellung der Autowerkstatt Kaichen hat ID-Mitarbeiter angeregt, sich Gedanken über dieses schon sehr „alternative" Projekt zu machen (aufgrund eigener Erfahrungen mit den Autoschraubern aus der Wetterau). Die hier aufgeschriebene Kritik regt vielleicht dazu an, sich über Kleinbetriebe grundsätzlich mehr und neue Gedanken zu machen:

NOTIZEN AUS DER PROVINZ

Über die Macht des Geldes

Nach sorgfältigen Recherchen ließ sich nicht mehr daran rütteln: das Material ist authentisch. Einer jener seltenen Fälle von (satirischer?) Selbstdarstellung, ein Juwel dieses Genres. Rührung erfaßt mich beim Lesen,freundlich, ehrlich, schonungslos offen.

Obgleich die erste Selbstdarstellung (SD) im Papierkorb landete, was dem Basti sein Schmusestündchen kostete, geht es unverdrossen wieder ans Werk, das Ziel ist hoch. Es muß den lieben Mitmenschen kundgetan werden, worum es eigentlich geht: so freundlich zu sein, Geld in die schöne Wetterau zu transferieren. Geld, Geld, Geld, ohne das läuft nichts,es nimmt in der Darstellung den Platz ein, der ihm in Kaichen zukommt. Alles andere ist nebensächlich, kommt, wenn das Geld erstmal da. Wenn die Gesichter von den Scheinen ernst und würdevoll blicken, hellen sich die Minen auf, sie erfüllen ihre nobelste Funktion, dort zu sein. Überhaupt scheinen Kunden nur eine Funktion zu haben: Geldboten. Die Selbstdarstellung lehrt, je mehr Geld, umso besser. Der Wert des Menschen besteht in seiner Fähigkeit, sich in Geld ausdrücken zu lassen.

Eine Art freundlichen Raubrittertums wird gepflegt. Selten bekommt man so unverhüllt die Rollenverteilung serviert. Bisher gewohnt zu erleben, daß Geld zwar ein Problem darstellt, es jedoch darum geht, von diesem so schnell wie möglich unabhängig zu sein, wird man hier selbst zum 1000 DM-Schein. Alles kreist darum, jeder Auftrag, jeder Furz wird abgeklopft, wieviel dabei herauszuholen ist, eine Art Solidargemeinschaft der deutschen Bundesbank. Wer ist schon so ehrlich, offen zu sagen, daß die gesamte Finanzierung an einem einzigen hängenbleibt und wenn dieser seine Kredit-Würde nicht preisgeben will, so hat man nachsichtig zu sein, nicht diffamiert wird hier die sogenannte „persönliche" Entscheidung (obgleich das Werk finsterer Mächte), nur wird darauf hingewiesen, daß man halt doch schadensersatzpflichtig ist. Stornieren kostet Gebühren, wer uns verläßt, auf den sich alle verlassen, muß für die Zinsen aufkommen, Cash, ohne Skonto und Nachlaß. Wem es nicht so auf das Geld ankommt, hat nix begriffen und ums Greifen geht es nun halt mal. Wer hat, der hat die Verpflichtung abzuliefern. So wird der Weggang des Zahnarztes streng logisch und konsequent behandelt, Substitute sind gefragt. Grüß Gott, tritt ein, bring Geld herein.

Wer da von draußen kommt, hat den Part des Weihnachtsmannes mit prall gefülltem Säckel. Spätestens, wenn Geld gerochen wird (und das riecht man überall), wird das Gewicht der Gans taxiert. Neue Verkehrsformen, Verschiebungen der Beträge auf den Konten. Geld ist das Bindegild, der Horizont ist mit Scheinen gepflastert.

Kommen wir zu der Ehrlichkeit der SD. Bei diesem Punkt habe ich mich lange gefragt, kokettiert hier einer, im Vertrauen, der Leser nimmt an, daß es ganz so doch nicht sei. Weit gefehlt, es ist so.

Es ist keine Idylle, sich Tag für Tag durch die Schrotthalden zu quälen, mit ca. 2000 Leuten, der Polizei und den Behörden im Clinch zu liegen. Es ist bestimmt nicht idyllisch, immer mehr Geld für immer größere Ideen anschaffen zu müssen (was im Kleinen nicht geht, wird im Großen stehts besser). Und es ist ganz und gar nicht idyllisch, den potentesten Geldgeber so mir nichts dir nichts zu verlieren. Das ist bitter. Besonders, wenn man sich schon so richtig daran gewöhnt hatte und alles paletti, nur noch für wieviel er den Kopf hinhalten sollte. Und doch bleibt es schonungslos ehrlich. „Es gibt kein Privateigentum jedweder Art." So ist es nur richtig, in die Stadtwohnung des Renegaten zu gehen und was dort zu versilbern ist, einfach abzuholen. Denn: wo nix Eigentum, da nix niet- und nagelfest. Nur böse Zungen können da behaupten, es handele sich dabei um eine Bestrafung von Dissidenten, wenn sich die Gruppe das holt, was ihr rechtmäßig zusteht.

Ohne Scheu, ohne auch einen Anflug von Selbstgerechtigkeit, sagt die Gruppe, was Sache ist. Der Finanzier ist weg (seine alte Kommode aber auch). Es fehlen 25 000. Was noch? Spender, jede Menge. Ablaßbrief für versäumte gute Taten. Leute, die das alles nicht nur ganz toll finden, sondern auch arbeiten — mit Geld. Sollte es tatsächlich Leute geben, die das nicht toll finden? Ich finde es schon toll. Eine Kleinigkeit, doch sie wäre imstande, die rigorose Ehrlichkeit zu trüben, das gute Bild. In dem Satz. . .„,da er solch langfristigen Verpflichtungen nicht gewachsen sei", hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen, es sollte heißen: „. . . da er solch langfristigen (Geld) Verpflichtungen ALLEIN nicht gewachsen sei.", aber nach der anstrengenden Gartenarbeit übersieht man schon einige Unkräuter.

Kommen wir zu der schonungslosen Offenheit der Darstellung. Selten stand ich derart entwaffnet vor einem Beitrag in dieser Zeitung. Vor Verblüffung habe ich mir die Augen rot gerieben. Bitte, wo gehts zum linken Sozialamt, Netzwerk, Sozialabteilung. Hier wird ein echt alternatives Büro skizziert. Die Bittsteller kommen mit prall gefülltem Geldbeutel angelaufen und bitten mit Freude, das Geld überweisen zu dürfen, um des Nachts voll guten Gewissens schlafen zu können. Und da wirds denn auch schonungslos, nicht daß dies endlich mal eine Alternative ist, denn bisher wollten die Gruppen immer gemeinsam leben und arbeiten und Außenverbindungen in die Gruppe integrieren, hier wollen Leute wirklich nur Geld, nein man ist selbstverwaltet, das klingt gut und schafft Anleihen an andere Projekte, suggeriert, hier bestehe ein geheimes Bündnis, liegt der Schlüssel zum Erfolg. Man hat es in Kaichen nicht nötig, sich wirklich Gedanken zu machen, wie ohne großes Eigenkapital Betriebe zum Laufen gebracht werden, wieviel Zeit das kostet, welche Anstrengung, trotzdem noch Lebensmöglichkeiten zu bieten, denn der Stein der Weisen liegt in den Taschen der vielen mit festem Monatseinkommen, Bausparverträgen etc. Also: das Geld liegt auf der Straße, dafür etwas tun, was für eine protestantische Arbeitsethik. Möglichst viele Häuser, möglichst groß anfangen, der Rest kommt von allen, die verschiedenen Scenes als Schlaraffenland.

Offen bis ins letzte, das Haus, die Sexualität und der Anspruch, nein Forderung. Freilich ist dies alles nur die materielle Situation. Wir anderen sind lediglich Prachtexemplare einer besonders gelungenen Züchtung von Milchkühen, deren ganzer Lebensinhalt sowieso nur darin bestehen kann, gemolken zu werden. Die Post wird in der nächsten Zeit Sonderzustellungen durchführen müssen, ob der Massen, die überweisen. Nicht nur für Leute mit viel Geld und wenig Einfluß eröffnet sich hier der Weg zum bewußten Leben, Swamis mit Geld tuns halt auch. Ohne Geld, so die bestürzende Erkenntnis über den Lauf der Welt, gehts nicht. Kommet her, die ihr mühselig und beladen seid.

Was machts, die schonungslose Offenheit — hier wird aber auch nichts und niemand geschont — bruchlos in eine offene Schonungslosigkeit übergeht, das böse Wort vom leicht parasitären Verhalten seine unheimliche Runde macht .

All den Nörglern, Zweiflern und Neidern muß ich hier entgegenschleudern: da stehen die Tapferen, mit dem Rücken zur Wand und sie weichen nicht. Auch ein Zahnarzt macht ihnen kein Zähneklappern. Hingabe ist die Tugend der Stunde: .

Rekapitulieren wir:

Das Wichtigste ist, daß möglichst viele Leute möglichst viel Geld rüberschicken. Ein Gruppenmitglied verliert alle Ehrenrechte, wenn es seine Kreditwürde verweigert, wird zur Unperson, die persönliche Habe fällt dem Kollektiv zu. Solidarität ist ein großer Scheck. Außer der präzisen Anleitung, das Geld zu transferieren, erfahren wir so gut wie nichts, geht uns ja auch nichts an. Arbeitskräfte werden gebraucht. Es fehlt an Geld und Arbeitskräften, die Betriebsmittel sind da, zumindest stehen sie in der Nachbarschaft, na hoffentlich kommen genug mit Geld und genug, die arbeiten, dann kann es ja losgehen.

Apropos: ein Spendenaufruf ohne Legitimationsgefasel wäre wirkungsvoller gewesen. K.

BÜRGEN SOLL MAN WÜRGEN!!

UNSERE GRÖSSTE

„Alternativ" hört sie gar nicht gern. Warum eigentlich nicht?

Westberlin/Frankfurt, 15.Mai 80

Sie ist unbestritten unsere Größte. Mit 40 000 Auflage schlägt sie selbst die „Tageszeitung" um einige Längen: „Zitty", Illustrierte Stadtzeitung in Berlin-West.

Alle reden von den „neuen Geschäftsführern"; der Hamburger Linke Karl-Heinz Roth hat die Debatte ins Rollen gebracht, über dynamische Typen, die sich vormals alternative, basisdemokratische Projekte managermäßig unter den Nagel reißen. „Zitty" geht als Beispiel dafür manchem flott über die Lippen. Obgleich sich das Blatt damit brüstet, aus der ruhmreichsten Anti-Geschäfstführer-Aktion der siebziger Jahre hervorgegangen zu sein: aus dem Streik bei „Hobo", dem Berliner Stadt-Magazin vor einigen Jahren. Spricht hieraus der Neid von Mißwirtschafts-Geschäftsführern?

Dann gibt's den Anzeigenverbund. Auf einem einzigen Formular gibst du deine Anzeige in die ganze „Scene-programmpresse", vom Hamburger Oxmox über die Kölner Stadtrevue bis zum Münchner Blatt: elf Zeitungen mal fünf Mark, und du hast „Ex-Friseur stimmt Klaviere und Liebe Grüße an Evelyn" in allen Metropolen verbreitet (nur in Frankfurt meldet's wederPflasterstrand noch Andere Zeitung, sondern das dünne Frankfurter Stadtblatt). Freilich empfiehlt sich der Verbund ausdrücklich den fetten Firmenkunden, denen man hohe Auflagen bieten kann und muß. Kriecht da nicht die Politik dem Kommerz hintenrein?

Ich hatte mich entschlossen, keinem Gerücht und keinem Hinweis auf der „Neue-Geschäftsführer-Ebene" nachzugehen. (Entgangen allerdings bin ich ihr nicht: das Entstehen dieses Artikels war von einem Donnergrollen durchzittert, das die Atomosphäre zwischen meinem Zitty-Geschäftsführer und dem Geschäftsführer, der ihm übern Weg lief, verdüsterte. Von gleich zu gleich wurde da ganz offensichtlich nicht gegrollt.) Ich wollte — zumindest in diesem Artikel, vielleicht kann's dabei nicht bleiben — nur einer einzigen Frage nachgehen: merkst du die Zensur, die vom Kommerz ausgeht, ohne überhaupt zu wissen, wie die Zitty gemacht wird? Schleicht sich das Blatt ums heiße Eisen rum? Distanziert es sich von allem, wovon die Baums und Herolds Distanzierung begehren? Vermeidet es, Anzeigenkunden auf die Füße zu tappen — all dies in spürbarem Unterschied zu den arm aber ehrlich vor sich hinkrebsenden Alternativblättern ohne die ganzseitige Gauloises-Anzeige hintendrauf? Merkst du von all dem was, wenn du keine Informationen hast, außer dem Blatt in der Hand?

Hier sind ein paar Ergebnisse: was einem IDler auffiel, der die Zitty-Hefte dieses Jahres zur Kenntnis nahm. Übrigens jemandem, der von Berlin und der lokalen Szene so gut wie überhaupt keine Ahnung hat, Stallgeruch erst gar nicht wittert, schon lange nicht kritisiert.

Um gleich damit anzufangen: distanzieren tun sie sich nicht.

Das hätte ich als erstes von einem Blatt erwartet, das im Hochglanz-Umschlag das große Geschäft machen will: nichts von politischen Gefangenen, beileibe nichts von „Terroristen" und so. Anders Zitty: Zahl kommt ausführlich zu Wort, über seinen Prozeß, Haftbedingungen, Isolationshaft, Wiederaufnahme. Über die Hochsicherheitstrakte gibt es einen Artikel, der klingt, als hätte einer der Betroffenen geschrieben, nur mit mehr Übersicht und weniger Agitation, als dies im Knast meist möglich ist. Zum Prozeßbericht über die Leute aus der Bewegung 2.Juni, die einen Herrn Lorenz entführt haben sollen, gehört das Lorenz-Lied (erinnert ihr euch?). Es endet:

„Von euch können wir lernen
Wie man kämpft und wie man lebt
Nur durch Gewalt der Waffen
Wird der Faschismus weggefegt"

— und bei wem zuckt da nicht der Staatsanwalt durch den Hinterkopf? Sicher haben die „prominenten", „spektakulären" Prozesse und Gefangenen den Vorrang. Aber kurz und bündig und tabellarisch angeordnet, liest du im „Kalender der politischen Prozesse in Berlin", herausgegeben vom Komitee „Verteidigung der Verteidigung" (Rechtsanwalt Philipp Heinisch) auch jeden „kleinen" Stromzahlungs-Boykotteur oder den (mir Unbekannten, aber äußerst sympathischen), der wegen „Zusendung einer Notdurft an einen Gerichtsvorsitzenden" vor einen ebensolchen zitiert wurde. Immerhin.

Und den Kommerz gleich hinterher: an Großanzeigenkunden, Multis sozusagen, konnte ich vier ausmachen: der französische Staatstabak (Gauloises), Englands Kolonialprofiteur Lipton (Tee), Levi's Jeans-Absahner, und der evangelische wahrhaft multinationale Konzern „Brot für die Welt", gegen den, außer daß Butter und Schinken fehlen, noch wenig anti-imperialistische Kritik geäußert worden ist. Und im Textteil findet sich nun in der Tat kein Sterbenswörtchen über den Zusammenhang von Zigaretten und Beerdigungsunternehmen, nichts über den schmählich mageren Lohnanteil der Pflückerinnen in Sri Lanka an Lipton's Getränk, nichts über die asiatische Kinderarbeit, der wir die Jeans „verdanken", und auch die christlichen Brotspender ernten keine Hetzreden. War sie das, die Schere im Kopf? Sicher — aber wo im ID, wo in der übrigen Alternativpresse wird Levis oder Lipton's oder Gauloises angegriffen. (Wohlgemerkt, letztere inserieren in Zitty nur ihren Tabak zum Drehen.) Mit der Enthüllung der Hintergründe unseres Alltags-Konsums sind wir in der linken Presse noch nicht weit gediehen: beim Essen, bei MacDonalds hats gerade angefangen. Da nehm' ich den Zitty-Menschen ihre Naivität noch ab, wenn sie glauben, Großanzeigen brächten inhaltlich keine Zensur, denn für einen durch den redaktionellen Teil vergraulten Kunden fänden sich schnell zwei neue. Zumal der ganze Rest des immensen Reklameteils in der Zitty von kleinen und mittleren Inserenten, Kneipen, Holzwerkstätten, Plattenfirmen gespickt ist, durchmischt von einem superbilligen Stereo-Fritzen, so daß du durchaus noch den Eindruck hast: hier macht nur der Teil des Berliner Kleinkapitals Reklame, von dem die Linke Szene ökonomisch oder politisch oder ästhetisch (ach ja) oder gastronomisch profitieren kann.

Was die Bürgerinitiativen so schicken, kommt offenbar in ID- oder „radikal"-Manier rein: unzensierter Text, journalistisch nicht aufgemotzt, Kontaktadresse, Spendenkonto — fertig. Dafür halt im kleinen Druck. So ist der Gebrauchswert auch bedient, und es präsentieren sich, 'n bißchen bieder meist, Gruppen mit Forderungen nach „Freizeitangeboten" in Tegel oder nach „modellhafter Bürgerbeteiligung", oder „Gruppen, die emanzipatorischen Charakter haben" suchen ebensolche.

Die Kulturszene wabert bei „Zitty" im Public-Relations-Stil. Darf es allzu viele schlechte Filme, Theaterstücke, Rock- oder Punk-Gruppen überhaupt geben, wird sonst eine Zeitung, die sich um ihren Veranstaltungskalender und heißen Tagestip herumrankt, zu wenig verkauft? Zitty jedenfalls mag meistens das meiste leiden, Karl Napp und Udo Lindenberg sowieso, den neuen Zirkus Tempodrom und den „Kandidanten", das „China-Syndrom" trotz kontroverser Debatte überwiegend auch, und natürlich alles, was bei den diversen Rock-gegen-Rechtens auftritt. Bo Dereks Po, der zur Strafe auch abgelichtet wird, verfällt dafür ausnahmsweise herber Kritik: „ Die Traumfrau" sei halt nur ein „Badezusatz". Oft scheinen die Kritiken den Werbetexten der Plattenfirmen etc. entlehnt, aber penetrant erscheint ein Name darunter, also muß sich jemand die wohltuend-nichtssagenden Phrasen, von der Güte „ absurdes Musikspektakel — international erfolgreich " wohl noch mal selber ausgeschwitzt haben. Hier scheint „Zitty" am meisten sie selbst — am meisten Waschzettel, Plattencover, Hochglanzprospekt der linken Kulturkonsumentenszene zu sein.

Bei den Kleinanzeigen fehlt jenes leicht schulmeisterliche „Sexistische Kleinanzeigen werden nicht angenommen", das zum Beispiel im Frankfurter „Pflasterstrand" warnend

...vierundzwanzig...fünfundzwanzig!! Los!!

Dafür gibt's ein halbes Jahr...

ein halbes Jahr lang Zitty frei Haus. Alle 14 Tage. Mittwochs.

Für sage und schreibe fünfundzwanzig Mark.
Ein volles Jahr kostet fuffzich Mark.

Also: Husch, husch – ausfüllen, eintüten und ab die Post an Zitty, Berlins illustrierte Stadtzeitung, Schlüterstr.39, 1 Berlin 12.
Sobald wir Deine Knete haben, schmatz, tüten wir ein, schlürf..... Hach.... was sind wir geldgeil.........

Eine Anzeige, aus der Zitty für die Zitty...

den Eingang zum Kleinanzeigenparadies bewacht. Machen sie nun bei Zitty eine verschwiegene Zensur, oder rennt die Warnung offene Türen ein? Beim eifrigen Durchsuchen der Kleinanzeigen unter „Liebe" jedenfalls bot sich meinen Männerphantansien gerade noch die Suchanzeige nach einer „Strapsfrau" als Ausbund trüben Geschmacks; ansonsten hielt sich die Selbstanpreisung im Rahmen der scene-üblichen Koketterie und die erotischen Varietäten etwa an den Küchenzettel der „Frankfurter Rundschau"-Wochenendausgabe. Wenn du manchmal denkst, der Berkeley Barb, die New Yorker Village Voice oder die Liberation in Paris hätten einen schwitzenden Redaktionsstab mit dem Ersinnen frivoler Kleinanzeigen betraut, um sich besser zu verkaufen –für Zitty scheint's nicht zuzutreffen.

Linke Selbstreflexion freilich vermeidet die „Zitty", wo sie kann. Alternatives Reisen bleibt eine sehr allgemeine und unverbindliche Diskussion, in der von Imperialismus kaum die Rede ist. Das Netzwerk wird mal kritisiert („Oh du dünne Sau") wegen seiner reichlichen Mittelvergabe für die „Fabrik" auf dem UfA-Gelände, doch bleibt als harter Kern eigentlich nur übrig, daß die Fabrikler sich doch Senatszuschüsse und Steuernachlässe ergattern sollten, um die Kasse klingeln zu lassen – eine Kritik, die das Netzwerk im Grunde ungeschoren läßt. Die Themen, die so oft den Kern der sogenannten Scene-Zeitung ausmachen: wie verhalte ich mich zu: Sexualität, Geld, politischen Gefangenen, Gewalt, Rassismus, Frauenbewegung, und vor allem zu meiner unerschöpflich konfliktgeladenen Wohngemeinschaft – diese Themen fehlen fast völlig in der „Zitty". Der Zitty-Leser wird als jemand eingeschätzt, der (die) alternative Lebensformen konsumiert, aber nicht produziert.

Dafür mischt sich Zitty in die Stadtpolitik ein: dabei überwiegt die Sprache der fortgeschrittensten Technokraten der Stadtplanung. Mit der romantischen Allgemeinheit der Parole „Diese Stadt ham wir satt" ist gründlich Schluß; da wird konkrete Kritik geübt und konkrete Politik vorgeschlagen. In der Titelgeschichte der Nummer 8/1980 ging das prompt daneben: der Artikel, aus dem wir im folgenden wichtige Teile bringen, kommt von der Kritik an Maklern und der Stadtsanierung, von dem Interesse an einem lebendigem Stadtviertel messerscharf zu dem Schluß, die Türken müßten aus dem „überfremdeten" Kreuzberg raus: denn erst kommt der Türke, dann der Spekulant, schließlich der Bagger. In einer Stadt, in der selbst die Kongreßhalle über den Maklern einstürzt, sicherlich ernstzunehmen: aber „Türken raus", um das Ghetto zu vermeiden, und schließlich der zynische Hinweis, die Türken wollten ja auch gar nicht dort leben, sprechen für sich. Neue Ehrlichkeit anstelle verrosteter Solidaritäts-Klischees? Dafür fand ich den Ausländer-Artikel im „Blatt", aus dem wir ebenfalls was bringen, schon ein paar Lichtjahre besser. – War dieser Kreuzberg-Artikel ein Ausrutscher, eine Ausnahme? Ich weiß nicht, aber ich habe bei der Zitty eher den Verdacht, da säßen die Integrations-Planer des Senats von übermorgen. Ein Verdacht, der beim Müchner „Blatt" einfach nicht auftauchen will. . .

„Zitty" ist nicht der totale Kommerz, nicht der Ausverkauf linker Medienträume. Ich spüre das glatt laufende Geschäft, den großen Zuschlag auf dem Anzeigenmarkt, die „neuen Geschäftsführer", sofern es sie gibt, nicht in der Schärfe, die ich erwartet hätte. Ich kenne Alternativzeitungen ohne Anzeigen, ohne Kommerz und Geschäftsführer, die bei Veröffentlichungen über Guerilla und politische Prozesse eher kalte Füße kriegen als „Zitty".

Ist die „Zitty" eine gute Alternativzeitung? Ich würd' lieber umgekehrt rangehen: wenn sich mit Kommerz immerhin eine Zeitung von der Zitty-Qualität machen läßt, warum läßt sich nicht ohne Kommerz eine viel bessere machen? Eine,d ie auch für „nichtprominente " Prozeßberichte Engagement aufbringt. Die unsern Konsumalltag unter die Lupe nimmt. Die den Bürgerinitiativen ihren faden Pressekommuque-Stil um die Ohren haut. Die sich mit der linken Kultur-Scene trotz Stallgeruchs fetzt. Die das „ Volksblatt" in die linke Selbstreflexion, das „Sceneblatt" in die Stadtpolitik eintaucht.

So könnte durch unsere Größte noch was Gescheites aus uns Kleinen werden.

„Zitty" kommt jeden zweiten Mittwoch, kostet 2 Mark und sitzt in der Schlüterstraße 39, Ecke Kudamm in Berlin 12, Tel.: 030/ 881-3086. Unter dem Titel „Nur eine politische Öffentlichkeit kann demokratisch wirksam werden" ist die Entstehungsgeschichte von Zitty-Leuten selbst in dem Buch „Alternativ-Projekte" von Walter Hollstein und Boris Penth berichtet worden.

Richard/ID

Berlin-Kreuzberg — trotz einiger augenfälliger Modernisierungsmaßnahmen und verbessertem Image: Stiefkind Westberliner Stadtpolitik. Anders gesagt: Ergebnis langjähriger Vogel-Strauß-Politik und Laissez-faire. Weil man hier wie in keinem anderen Bezirk billig wohnen kann, haben sich die meisten türkischen Gastarbeiter in SO 36 und Teilen von 61 versammelt. Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften kamen die Türken oft gerade recht, z.B. als Stoßtrupps für großflächige Sanierungsvorhaben. Wo von Türken die Altbauten endgültig heruntergewirtschaftet wurden, ließ sich schneller abreißen. Inzwischen ist es fünf vor zwölf. Die Entscheidung steht an: Kreuzberg — Berlins Türkenghetto oder Westberliner Stadtteil? Politische Lösungen großen Maßstabs sind dran. Solange sie noch getroffen werden können. In einem Türkenghetto entscheiden nur noch Justiz und Polizei.

Die deutschen Kreuzberger sagen: Türken raus! Die SPD befragte Kreuzberger Bürger vor der Markthalle in der Eisenbahnstraße: Man schimpfte auf die Türken, keiner will sie, jedenfalls nicht so viele. Die Türken erdrücken zusehends die Deutschen. Kaum einer der Kleingewerbetreibenden will noch längerfristig investieren. Und wenn das deutsche Kleingewerbe geht, wandern auch die letzten deutschen Idealisten ab. Das Türkenghetto wäre perfekt: „Türken raus!" Ist das Rassismus? (...)

Wahrscheinlich verschließt man vor der realistischen Perspektive „Türkenghetto" noch immer die Augen. Wer sie aufmacht, wird sehen, was passiert, wenn es einfach so weiterläuft: Der Kreuzberger SPD wird die Luft ausgehen, die Parteibasis wird schwinden. Welcher Parteigenosse hat Lust aktiv zu werden, wenn keine deutschen Wählerstimmen mehr zu gewinnen sind. Die Alternative Liste wird nicht einflußreicher werden, zumal sie in der Ausländerfrage eh keine Ambitionen zeigt. Vielleicht werden kurzzeitig noch ein paar Bürgerinitiativen Dampf machen. Auch das wird verpuffen. Vielleicht schafft es der Bürgerverein SO 36, über die Verwaltung einige kleine Modellversuche zur Integration von Türken und ein bißchen Geld an Land zu ziehen. Aber was ist das schon? Ein weiterer, winziger Versuch, mit einem kleinen Laden am Schlesischen Tor Partnerschaft zwischen Deutschen und Ausländern zu praktizieren und rund herum ist schon alles verloren.

Nichts gegen diese Initiativen, Versuche, Verhandlungsmanöver. Aber ohne die politische Entscheidung für oder gegen Kreuzberg geht nichts. Selbst der von Stobbe bekanntgegebene Beschluß, 14,5 Millionen Mark für Ausländerfragen und -projekte ausgeben zu wollen, ist, gemessen an der Situation in Kreuzberg, ein Witz. Ein Stadtteil hört auf zu leben, wenn er mehrheitlich überfremdet ist. Träume, Konzeptionen von Integration und Partnerschaft helfen wenig, wenn die Funktionsfähigkeit eines Stadtteils mehr und mehr untergraben wird: Wenn deutsches Kleingewerbe aufgibt, wenn die Deutschen aus sozialen Einrichtungen herausgedrängt werden und die Finanzkräftigen schon lange weg sind. Kreuzberg als Penner-, Flipper- und Türkenstadtteil ist existenzunfähig.

Türken raus? Warum nicht. Zumindest einige. Es gibt ganz sicher türkische Familien, die wegziehen würden, wenn sie woanders eine Wohnung bekämen. Türkisches Milieu, türkische Kultur, ja. Aber das geht nicht ohne die Deutschen. Türken raus — diese Entscheidung steht an. Es sei denn, man will den Stadtteil sterben lassen. (...)

ZWEIMAL "AUSLÄNDER RAUS !" AUF DIESER SEITE.

Die Titelgeschichte in "Zitty", Illustrierte Stadtzeitung Berlin, vom 4.-17. April 1980 hieß: Kreuzberg und SO 3: Türken bleiben und kommen – Deutsche ziehen. Ghetto oder Stadtteil ? Eine Reportage mit Gesprächen, Daten, Fakten. Von Renate Bookhagen und Rainer Bieling.

Da vorne, im Vorderhaus, wohnt der Krjnanac mit Halbwegsfrau und seiner Tochter mit dem Wolfsrachen und seinem Sohn Tplica, genannt Gringo, und oben wohnt der Mehmet und schlägt seine Frau, daß es durch die Straße schrillt, aber das sei, sagt er mir, seine Angelegenheit, und bei ihm zu Haus sei das so üblich und ich solle mich heraushalten aus einem fremden Kulturkreis.
Das geht aber nicht immer, weil da vorne wohnten mal zwei Türkinnen, und nun ist das so: Ich bin sozusagen Hauswart hier bei all diesen Wohnungen und muß schauen, daß die Miete reinkommt und die Wasserrohre nicht durchfrieren im Winter und daß das morgens aufgewischt wird, wenn die Betrunkenen wieder in den Hausflur geschifft haben, weil die Scheißjugoslawen wieder die Haustür nicht zugemacht haben und jeder rennt rein und schifft, und die Halbwegsfrau vom dem Krjnanac kommt und schreit: Jäää jäää! und drum ging das nicht mit dem Heraushalten aus einem fremden Kulturkreis, weil die zwei Türkinnen alles nichtgegessene vom Mittag in den Ausguß warfen, die Nudeln und all diesen dicken Mist, und ich habe ihnen in die Ausgüsse gelangt und in die Scheißhäuser gelangt und in die Fernsehapparate gelangt und jeder sah: Das ist der dicke Schlö da, der macht das alles.
Ich bin beliebt in meiner Gegend, das muß ich schon sagen, ich bin der ganz große dicke Hund mit dem Integrationsherzen für alle unsere lieben Ausländer - richtig, richtig, ich habe mir gesagt: Schwer habenses, unsere ausländischen Brüder und Schwestern und Zwitter, man muß ihnen helfen. Und so kommen sie denn zu mir mit allem was sie haben: Lohnsteuerjahresausgleich, Mieterhöhungsgegenklagenwiderspruch , Asylaufnahmeantragsmahnung, Berufschulversäumnisbußgeldzahlungsaufschub - sie kommen mit Ordnern und Heften, mit Plastiktüten und gewickelten Päckchen - sie wissen Ich bin hier der Schreibkundige, ich bin der mit den mindestens drei Anwälten für jeden und alles, ich hab das Geld und das Auto und die Verbindungen und die Traute, durchs Telefon zu schnarren, als der Gewerkschaftsheini und: "Glauben Sie bitte nicht, Herr Krnjanac sei schutzlos, bloß weil er Ausländer ist", sage ich durchs Telefon im schönsten Helmut-Schmidt-Belcanto, und wieder ist mal was geregelt und wieder ist mal was getan zur Integraition unserer lieben ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, ach ja...

Ach, sie lohnen's mir reichlich. Was ein richtiger Jugoslawe (Grieche/Türke/Italiener/Marokkaner) ist, der hat jede Woche einmal Geburtstag, und sie laden mich ein: ich betrete ihre gottserbärmliche Gütte mit der Gottserbärmlich überzogenen Miete, dreißig Leute auf fünfundzwanzig Quadratmeter, aber ich sehe sofort: Sie kennen mich alle, sie stemmen mir ihre Gläser ins Gesicht wie begeisterte Verrückte und ich schreie: "Ausländer raus" und das finden sie komisch und lachen wie verrückt. (...)

Ich liebe sie alle, aber manchmal fällt es mir schwer und immer schwerer, drum schreibe ich diesen Jammer. Nämlich, sie sind wirklich ein fremder Kulturkreis, zum Beispiel habe ich jetzt keinen Heizofen mehr und habe e ein verstauchtes Bein, weil ich ausgerutscht bin über dem Mansuroglu seine Kotze im Hausflur, obwohl ich ihm doch immer gesagt habe: Manni, alte Faschistensau, kotz mir nicht in den Hausflur, sondern auf den Gehsteig! (...)

Aber jetzt finde ich, jetzt ist dem Faß wirklich der Boden übergelaufen, weil nämlich der Nico hat mich dreimal im Schach besiegt, obwohl doch jeder weiß, daßer einen Mist zusammenspielt wie die letzte geschrubbte Bauernsau, und ich finde, sie sollten wirklich mal raus, die Ausländer, die machen mich fix und fertig. Und dauern kommen sie und wollen was: einen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich, eine Wohnung, ein Entschuldigungsschreiben für die Schule, eine Tube Klebstoff, mein Auto für den Transport einer Regalwand von "Ikea", eine Feuchtigkeitsbescheinigung über ihre Wohnung fürs Wohnungsamt, einen schwarzen Zwirn für ihre Cowboystiefel, einen Heizungsmonteur, eine neue Fernsehantenne, eine Tasse Salz, ein Messer fürs Huhn, einen Salat fürs Kaninchen, einen starken Draht fürs verstopfte Klo, eine Dienstaufsichtsbeschwerde, einen Dietrich, zwei Kopfschmerztabletten, eine Tasse Zucker

Schlö

Im "Blatt" 170 vom 25. April bis 8. Mai 1980 erschien "Ausländer rauss ! oder: alle meine Freunde". "Itakersau, Kümmitürk, Preißnzipfe, Schtudent und alle mittanand woins nix ois unsane Weiba schdässn !" schimpfte der Volksmund auf der Umschlagsseite. (Blatt, Georgenstr. 123, 8000 München 40, Tel. 089/ 195021 u.22)

„Das können Sie nicht verantworten"

Kurze Gemeinderatssitzung in Boxberg/Franken

Boxberg, 12. Mai 1980

In Boxberg in Franken fand am Montag, 12. Mai, eine Gemeinderatssitzung statt. Sie dauerte fünf Minuten. Zur Entscheidung stand der neue Bebauungsplan, der die Voraussetzungen en schaffensollte für die Genehmigung der Teststrecke, die Daimler-Benz auf mehr als 600 Hektar in die Landschaft bauen will (ID Nr. 290 und 333). Der Bebauungsplan wurde nicht verabschiedet.

Der Bundschuh auf den Plätzen des Gemeinderats

Der Bundschuh, der Zusammenschluß der Teststreckengegner, hatte von dem Vorhaben Wind bekommen und sich zu seiner ersten direkten Aktion entschlossen.

Etwa sechzig einheimische Bundschuhler waren früher dran als der Gemeinderat (obwohl der die Sitzung auf 18 Uhr angesetzt hatte. Zu dieser Zeit müssen die Bauern üblicherweise im Stall sein.).

Als der Rat der Stadt auftauchte, waren seine Plätze besetzt. Und weitere fünfzig Bundschuh-Mitglieder oder -Freunde aus der näheren oder weiteren Umgebung be-

Der Gemeinderat berät auf dem Flur

legten auch gleich noch einen Teil des Zuschauerraums. Während drinnen gesungen wurde (von „der Mai ist gekommen" bis „der Rat dieser Stadt weiß sich selber keinen Rat"), stand eben dieser Rat draußen auf dem Flur und beriet. Nach mehr als einer Stunde war das Ergebnis der Beratungen zu sehen in GEstalt von etwa dreißig Polizisten.

Dann wurde ein neuer Sitzungsraum im gleichen (Schul)Gebäude angesagt.

Die Sitzung muß laut Vorschrift nämlich öffentlich stattfinden. Also saß der Rat

Polizei ist da, Vorhang auf für den Rat

der Stadt auf der Bühne — vor ihm eine Reihe Polizisten —, und der Bundschuh füllte den Zuschauerraum. Ein Heidenlärm ging los aus zwanzig Trillerpfeifen, ein paar Topfdeckeln und vielen Kehlen. Nach fünf Minuten, als alles zur Bühne drängelte, gab Bürgermeister Zipperle auf. Die Sitzung wurde abgebrochen. „Bauernverräter" war das häufigste Schimpfwort, das die Räte sich anhören mußten, als sie abzogen.

Ziemlich überraschend geschah es dann doch noch: als sich einige Bundschuhler hinter die Autos der Gemeinderäte setzten, flippte die Polizei aus. Nach der ersten Bekanntschaft mit der chemischen Keule saßen abends zehn Leute mit roten Augen beim Arzt.
Weder gab es eine Notwehrsituation noch wurde der Sicherheitsabstand eingehalten. Das Sprühding wurde mehreren Leuten direkt vors Gesicht gehalten. Das sei nur aus dokumentarischen Zwecken angemerkt.
Was die Grünen daraufhin allerdings zu hören und zu fühlen bekamen, ließ es der Einsatzleitung geraten sein, sich und ihre Truppe möglichst schnell und reibungslos aus dem Gewühl zurückzuziehen. Der wildeste Sprüher war vorher vor den wütenden Bauern schon so weit gelaufen, bis er hinter sich nur noch die Wand und vor sich drei Reihen Kollegen hatte.
„Was Sie sich hier geleistet haben, das können Sie nicht verantworten," war der fassungslose und empörte Vorwurf an die Gemeinderäte und die Polizisten.

zu den Bildern auf Seite 24
rechts oben
Ein Heidenlärm im Zuschauerraum. Der Beschluß über die Eröffnung der Sitzung ist nur daran zu erkennen, daß vorne plötzlich alle Hände hoch gehen.
links oben
Die Sitzung ist geplatzt. Bürgermeister Zipperle tritt von der Bühne ab.
links unten
Polizist mit chemischer Keule: der Täter

rechts unten
das Opfer

„Was Sie sich hier geleistet haben, das können Sie niemals verantworten." Nach dem ersten Sprührausch war den Polizisten die ganze Angelegenheit sichtlich peinlich. Das Feindbild stimmte nicht.

Kontakt: Bundschuh-Genossenschaft, Haus 58, 6973 Schwabhausen

Immer dabei war auch der Pfarrer von Bobstadt, CDU-Gemeinderatsmitglied, Teststreckenbefürworter und Berichterstatter der Lokalzeitung. „Ist das noch christlich, Herr Pfarrer? "

UNSERE HEIMAT IST DIE ZUKUNFT

Frieda und Willy Ackermann wurden im November letzten Jahres im STERN als Aussteiger vor 50 Jahren vorgestellt. Die Flugschrift, die wir hier veröffentlichen, ist aus dem Jahre 1931 datiert, der Brief danach aus dem Jahre 1980.

MENSCHEN AUF DER LANDSTRASSE

WIR SIND KEINE WELTWANDERER

Wir wollen nicht um die Welt herum, sondern immer tiefer in die Welt hinein! Und das kann der denkende Mensch auch ohne, daß er um den ganzen Erdball läuft, indem er vielmehr an jedem Erlebnis in höherem Grade aufwacht. Das soll nicht so verstanden werden, als ob wir nur für uns Erfahrungen sammeln und die Wohltaten der Natur genießen möchten; das wäre unverantwortlich.

Uns liegt daran, den Menschen, die wir an unseren Wegen treffen, Genüge zu tun, wenn sie mit uns reden wollen. Denn viele spüren, daß wir ihnen etwas zu sagen und zu geben haben, was sie sonst nirgendwo erhalten können, nämlich

NEUEN GLAUBEN AN DIE GRÖSSE DES MENSCHENTUMS, NEUEN MUT ZUR FREIHEIT, KRAFT ZUR WAHRHEIT,

und den Weg zur Menschen-Gemeinschaft, zum wirklich wahren Volk! Volk ist nichts, was so ohne weiteres vorhanden wäre, es muß erst entstehen. Nichts hat es zu tun mit Pöbel, Massen und Organisation, es blüht nur zwischen freien, bewußten Menschen, deren es heute noch blutwenige gibt.

WÄHREND DIE SOGENANNTEN WELTWANDERER VON DER DUMMHEIT DER MENSCHEN LEBEN

die ihnen lediglich aus Sensationsgier eine Postkarte abkaufen, während jene Mode—weltwanderer den Schwachsinn ausnutzen, die Schwäche der Menschen fördern, wenden wir uns durch unsere ganze Art gerade an das Starke im Menschen, an sein Denkvermögen, an seinen Sinn für Freiheit!

Wir stoßen sogar bewußt solche Menschen ab, die zu faul sind, uns gegenüber ihre langweiligen Denkgewohnheiten und Vorurteile abzulegen. Denn wir wollen nicht Geld und Brot,

WIR SIND KEINE FECHTBRÜDER UND SPECKBRÜDER,

sondern wir wollen Menschen, um uns sehen! Wir wollen euch helfen, zu einen kindlichen, offenen Menschlichkeit zu erwachen, und darin zu erstarken. Erst wenn der Funke hinüber und herüber gezündet hat, wenn es uns und euch warm geworden ist ums Herz, erst wo wir dies gegeben haben, dürfen unsere Hände auch nehmen, was ihr uns etwa zu unserer Lebenserhaltung oder zum Weiterwirken bieten mögt!

WIR SIND KEINE NATURMENSCHEN!

Darunter versteht ihr anscheinend Leute, die in überspannter Weise Wert darauf legen, daß ihr Körper frei bleibe von schädlichen Erzeugnissen der Zivilisation. In gewissen Sinne ist ein solches Bestreben richtig. Aber 1. sind heute fast alle Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände so vergiftet, entwertet und befleckt von der Quelle an (Kunstdünger, Fabrikware, unsoziale Herstellungsweise), daß man höchstens zu unerschwinglichen Preisen halbwegs naturreine Dinge bekommen könnte. Und 2. gilt es zunächst Wichtigeres zu schaffen, als sich um die beste Behandlung des Körpers zu streiten.

ERLEBT, GESCHRIEBEN U. GEDRUCKT AUF DER LANDSTRASSE.

DER HEBEL IST IM GEISTIGEN ANZUSETZEN

Mut, Menschenwürde, Freiheitsdrang müssen geweckt und gefördert werden. Fortschreitend mit vielen anderen Taten der Selbsthilfe, kann nach und nach ein Leben gestaltet werden, das sich immer inniger in die Natur wieder eingliedert. Die meisten allerdings wollen sich nur vor dem Aufstehen drücken,

Foto: Ulrich Weyland

indem sie uns als Naturapostel zu Ausnahmemenschen stempeln, die man anstaunen oder auslachen kann, die man aber nicht als Vorbild ernst zu nehmen braucht.

NICHT ZURÜCK ZUR NATUR,SONDERN VORWÄRTS ZUR KULTUR

steht auf unserer Fahne! Das heißt aber zugleich: Heraus aus der maschinellen, schablonenhaften, entmenschenden Zivilisation. Zur Kultur gehört es auch, daß die Menschen ein enges, persönliches feines Empfinden zu den Dingen haben, von denen sie umgeben sind.

Das ist nur möglich, wenn diese Dinge statt massenweise und durch Maschinen fabriziert zu sein, einzeln individuell in künstlerischer Handarbeit geschaffen werden. Dabei muß man die Hypnose loswerden, daß alles in der raffinierten technischen höchsten Vollendung hergestellt sein müßte, wie es freilich nur durch lebenslange Spezialisten geleistet werden kann.

EIN FRISCHFRÖHLICHER DILETTANTISMUS IST NÖTIG!

Wieviel schöner ist etwa ein Volk von Dilettanten, die alle singen oder ein Instrument spielen, als ein untätig zuhörendes und Geld bezahlendes Publikum von Radiohörern. Der Dilettant kann sich durch Anregung und Fleiß ständig entwickeln, wer aber nichts wagt, bleibt ewig unfähig und unselbständig!(...)

VIELSEITIGKEIT UND SELBSTÄNDIGKEIT

müssen entstehen. Sonst behält der Geldsack euch ewig am Bändel, weil ihr mit allem, was ihr braucht auf Gnade oder Ungnade von ihm abhängig seid als nichts könnende Sklavenarmee.

Mit einem Volk jedoch von lauter selbständigen Kleinstbauern, die jeder nur für sich intensive Landwirtschaft treiben und sich alle Bedarfsgegenstände selber herstellen, in gegenseitiger Hilfe, mit einer solchen brüderlichen Volksgemeinschaft kann keine Ausbeuterklaue etwas anfangen.

AUCH DER BLÖDSINN DER MASCHINEN

in einem so gesunden Volk, das wieder Zeit hat: 24 Stunden am Tag, und wieder Freude an seiner Arbeit empfindet und diese auch gar nicht durch Maschinen abgenommen haben will, keinen Platz mehr!(...)

Wenn ihr die Gefahr nicht bald erkennt , die über euch hängt, und wenn ihr nicht gleich uns den Rettungsweg der Selbsthilfe beschreitet mit energischer Absage an den Fortschrittsfimmel, mit dem man euch zu Sklaven gemacht hat, dann tragt ihr die Schuld an allem, was dann kommt. Keine Hoffnung, daß irgend eine Partei oder Regierung euch retten werde, wird sich erfüllen.

JEDER MUSS SELBST DEN DORNENWEG GEHEN

Denn vielen wird der Verzicht auf manche faule Bequemlichkeit als Dornenweg erscheinen, wenn statt des Autos das Gehen wieder zu Ehren kommt, statt Zeitung lesen das Selberdenken, statt Kommandieren das Arbeiten, statt Scheinen das Sein!(...)

Aus alten Säcken, Ästen zusammegesetzten Kisten Abfallresten der anspruchsvolleren Mitmenschen so haben wir Tag für Tag mit den Not kämpfend, unsere Holzhütte, unseren Webstuhl, unsere Möbel , unseren Wagen gebaut, unsere Stoffe gewebt. So werden noch viele Gruppen allerorts beginnen müssen.

EIGENER GRUND UND BODEN,EIGENE SIEDLUNGEN, KERNZELLEN DER KOMMENDEN DORF–KULTUR

das ist unser vorläufiges Ziel. Auf dem Wege dorthin sind wir auf der Landstraße. Das wird dann unsere Heimat werden. In diesem Sinne können wir denen, die uns die unwesentliche Frage stellen, woher wir kommen, wo unsere Heimat ist, nur beantworten

UNSERE HEIMAT IST DIE ZUKUNFT

und zwar die Zukunft des freien Volkes, das es zu schaffen gilt!

NACHSATZ:

Wir werden zwischen Parsau, Bergfeld und Tiddische im Braunschweigischen, dort wo bis zum 30jährigen Krieg das Dorf Chroseneitz gestanden haben soll, eine Siedlung gründen, auch eine Webschule u.a.

Zum Mitschaffen ist jeder aufgerufen, der sich mit uns verbinden mag. Besonders weisen wir darauf hin, daß wir musikalische oder gar schon musikausübende Menschen für unser entstehendes "Langobarden" Orchester herbeiwünschen.

Soweit Herbert Fischer, Willy und Frieda Ackermann im Jahr 1931. Was aus den Gedanken geworden ist, die bis heute nichts

an Aktualität eingebüßt, eher noch an Dringlichkeit hinzugewonnen haben, habt ihr vielleicht im letzten November im "Stern" gelesen.
Willy und Frieda haben im Wald bei Tiddische eine kleine Siedlung aufgebaut und leben da ohne Kunstdünger, ohne technische Hilfsmittel, sie weben ihre Wolle selbst, malen, basteln, sammeln Pilze und bestellen ihre Felder bereits seit 50 Jahren ohne Maschinen.
Aber damit soll jetzt Schluß sein, wenn es nach dem Willen der bundeseigenen Firma FELS-Werke Salzgitter geht, die direkt neben dem Grundstück von Willy und Frieda eine riesige Kiesgrube errichten will; vorerst n u r 320 Morgen Wald und Acker sollen abgeräumt werden, später ein Vielfaches davon.
Dazu schreibt Frieda heute:

"Akut bedroht sind 240 Morgen Wald und 60 Morgen Acker! Der Rest dieses schönen natürlichen Waldes wird ebenfalls vernichtet durch das nahe Ausbaggern Tag und Nacht mit den größten und modernsten Maschinen. Tag und Nacht soll in einem Hochbau Kies verarbeitet werden, Tag und Nacht sollen die schweren Kieswagen durch die Dörfer fahren, und allen Menschen die Ruhe und den Schlaf nehmen, und das letzte bissel frische Luft.
Dabei ist dieser Wald die einzige Erholungsstätte für Tausende von Menschen bis hin nach Wolfsburg! Und warum das alles gemacht wird? !
Wolfsburg hat genug Kies. Dieser Kies soll nach Polen und in die DDR geliefert werden. Wir können aber in Deutschland nicht verantworten, für den Profit einer Firma **wertvollen** Wald und Acker zu vernichten.
Die Bewohner der umliegenden Dörfer in die Gemarkung Tiddische/Hoitlingen verweigern den Kies-Lastwagen die Durchfahrt durch ihre Gebiete!
Tiddische wurde anfänglich durch die unverantwortlich hohe Summe von 380 000 DM gelockt, seine Zustimmung zu dem Kiesabbau zu geben. Heute ist die Stimmung aber überall gegen den Kiesabbau.
Wenn ein Einzelner durch Randalieren die Umwelt und öffentliche Ordnung stört, schreitet der Staat ein. Wieviel mehr müßte er in diesem Falle einschreiten, wo die Grund-Rechte einer Unzahl von Menschen bedroht werden? !
Wir bitten um eine nach Möglichkeit baldige Rückantwort, zumal wir angesichts dieser unsicheren Lage nicht fähig sind, irgendwelche Pläne für die Zukunft aufzustellen. Wir leben völlig im Dunkeln!!!
Durch die Kiesgrube würde uns einerseits das Wasser für unseren Obst- und Gemüse-Anbau entzogen, andererseits könnte mein Mann als Kunstmaler seinen Beruf nicht mehr ausüben bei diesem Radau. Wovon sollten wir leben — in unserem hohen Alter — weit über das Rentenalter hinaus? — Auf Sozial-Unterstützung hatten wir bis jetzt verzichtet. Beantragen können wir sie jetzt auf keinen Fall. Dann nämlich beschlagnahmt die Gemeinde Tiddische unser Grundstück und verkauft es selber an die FELS-Werke,was wir bisher verweigerten und immer verweigern werden.
Andererseits haben sich junge Menschen gefunden, denen wir unsere über 50jährige Erfahrungen weitergeben und die unsere Arbeit hier weiterführen. Auch diese Entwicklung würde durch den Kies-Abbau gestört."

Willy und Frieda Ackermann, Weißer Berg, 3181 Tiddische im Wald über Wolfsburg

SEVESO IN FREIBURG

Freiburg, 14.Mai 1980

Das Gift Cyanid und das Schwermetall Chromat hat ein Freiburger Unternehmen in riesigen Mengen in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Doch diesmal mußte die Staatsanwaltschaft durchgreifen:

Schon im November leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen den Wilhelm-Bauer-Galvanisierungsbetrieb ein; ebenfalls wegen Einleitung von Giftmüll, doch der Firma, die damals einen Unfall geltend machte, konnte nichts nachgewiesen werden. Da die angeordneten Auflagen der Polizeibehörde nicht eingehalten wurde, verplompte man den Zufluß zum allgemeinen Kanalnetz. Doch wahrscheinlich über das Klo des Betriebes wurden weiterhin Unmengen von Giften auf diese Weise beseitigt — dies ergab eine Routineuntersuchung im April dieses Jahres. Daraufhin wurde an versteckter Stelle ein Dauermeßgerät angebracht, das kontinuierlich alle Giftmengen automatisch protokollierte, um einen unumstößlichen Beweis in der Hand zu haben.

Die Ergebnisse waren alarmierend. Jeden Tag, rund um die Uhr, wurden bis zu tausend Miligramm Cyanide pro Liter Wasser (das ist das tausendfache der „erlaubten" Menge) und bis zu 22 Milligramm Chromat (das 40fache) eingeleitet. Sechzig Milligramm Cyanid pro Liter sind für einen Menschen tödlich.

Während sich Cyanide im Wasser abbauen, lagert sich das Schwermetall in den Pflanzen ab, die auf dem Gelände wachsen, in dem das Kanalwasser versickert. In den Tieren, die dieses Gras fressen, summiert sich die Menge der Schwermetalle, die vom Körper nicht abgebaut werden.

Mit Hausdurchsuchungsbefehl rückte dann die Polizei erneut im Galvanisierungsbetrieb ein.

Das Unternehmen mit den 30 Arbeitsplätzen wurde kurzerhand geschlossen, das Verfahren auf Gewerbeuntersagung läuft.

Inwieweit nun die Gerichte durchgreifen werden, ist eine Frage der extensiven Auslegung des vorhandenen Umweltschutzrechtes.

Doch was mit den Rieselfeldern der Umgegend Freiburgs geschieht, ist unklar. Langfristig wird der irreparable Schaden der Schwermetallverseuchung diese Felder zu einem ökologischen Brachland degradieren, da eine Nutzung für Viehzucht und Weideland unmöglich geworden ist. Dieser Schaden aber kann auch durch eine Verurteilung der Verantwortlichen nicht wieder rückgängig gemacht werden.

Kontakt: Stadtzeitung für Freiburg, Zasiusstr. 40, 7800 Freiburg i.B., Tel.: 0761/ 70 02 70.

STADT-LAND-DIALOG

Franken, 5.Mai

VOM 18. - 20.4. FAND IN BERLIN DER LANG ERSEHNTE STADT-LAND–DIALOG STATT.

Trotz einiger Pannen hat das Treffen den aktiven Teilnehmern Anregungen gebracht. Es hat den Provinzlern neue Kontakte ermöglicht und einen Teil der Überlegungen in der Scene offengelegt (Heimat-Sehnsucht; Stadt-Liebe; Provinz--Rückkehr; Land-Abhauen). Nicht deutlich wurden die Spannungen zwischen Stadt und Land im Ökologiebereich. Das Thema konnte mit diesem Dialog erst angerissen werden. Es scheint sogar so zu sein, daß es durch dieses Treffen für eine breitere Diskussion erst erschlossen wurde.

Es wäre sicherlich mehr aus einem solchen Treffen herausholbar gewesen, wenn sich mehr Leute und Gruppen eingeschaltet hätten.

Eine aktuelle Nachbereitung des Dialogs wird es in den Zeitschriften der Veranstalter geben. Eine ausführliche Dokumentation ist nicht vorgesehen und nicht leistbar. Im Dezember wird vielleicht ein Buch erscheinen, das die Diskussion des Stadt-Land-Dialogs aufgreift und durch Beiträge zu einzelnen Bereichen vertieft.

In der Zeitung „TRAUM-A-LAND" erschien ein erster Bericht über das Treffen:

Der Stadt-Land-Dialog begann am Freitagabend mit einer Geräuschkulisse aus Stadt und Land (Motorengeheule mit Vogelstimmen) und einem Bühnenbild, das Stadt und Land symbolisierte: die Stadt durch Verkehrsschilder, Autoreifen, Blech (einer Kühlerhaube auf dem Flügel), Plastik und einer Modepuppe, das Land durch Strohballen, Mistgabeln, Bundschuhfahnen und Verkehrsschildern, die die soziale Enge symbolisierten. Auch das Stroh war bereits industriell verarbeitet, also nichts mehr mit Landidylle.

Nach dem akustischen Vorlauf wurden hunderte von Luftballons ins Publikum gekippt und dort zum Großteil zerstört (typisch Städter)!

Dann wurde es ruhig im Saal und unruhig auf dem Podium. Die einführende Diskussion begann. Und sie begann gleich ein wenig chaotisch: Die ersten Zwischenrufe, warum denn nur Männer auf dem Podium sitzen würden und darauf eine Antwort vom Podium herunter: Die Veranstalter hätten sich bemüht, auch Frauengruppen an der Vorbereitung zu beteligen und seien nur auf Desinteresse gestoßen (auch eine Frau, die später eine Arbeitsgruppe über Frauen und ihr Verhältnis zum Land machen wollte, scheiterte an diesem Desinteresse). Dann ging es auf dem Podium weiter und der nächste Chaos begann als Walter Moßmann vom Podium gröhlte: Liebe Leute, ich weiß warum ich hier bin, mich aber würde interessieren, warum ihr hier seid, was Euch an uns interessiert? Bestürzung auf dem Podium. Kein Redebeitrag, sondern eine provokante Frage.

Zwischenrufe von unten. Einer meldet sich und bekommt sofort das Mikro zu einer Stellungnahme.

Die Diskussion auf dem Podium hatte noch überhaupt nicht begonnen und es gab noch keine Diskussionsgrundlage, da noch keine Redebeiträge (außer allgemeine Aspekte, wie es zum Stadt-Land-Dialog kam) vom Podium gab.

Dieses Fehlen einer Vorgabe trug wesentlich zum Chaos bei. Als dann doch endlich eine Runde mit inhaltlichen Beiträgen begann und sich die Diskussion wieder zu fangen schien, wurde erneut chaotisiert, da einige Redebeiträge dermaßen schwach waren und nicht vermittelnd genug rüberkamen, daß die feinen Unterschiede deutlich wurden. Der Redebeitrag des Vertreters eines Alternativprojekts auf dem Land erschöpfte sich darin, den Leuten das Land auszureden, der Beitrag von Moßmann war unsystematisch und schwach (seine Hauptlinie war ein Geschimpfe auf die „Heuschreckenschwärme" der Polittouristen in Wyhl und auf die „subventionierten Ex-provinzler" in der Stadt, verbunden mit einer gleichzeitigen Verherrlichung eines angeblich existierenden Regionalismus), der Beitrag über die Provinzlinke war am besten vorbereitet und kam auch gut verständlich rüber (Berlin als Mekka der Ex-Provinzler, richtiger Adressat: Provinz muß ihren verlorengegangenen Aktiven nachreisen; Skizzierung der politischen Praxis in der Provinz und Begründung einer eigenständigen Provinzlinken). Der längste Beitrag war der von Winni aus Frankfurt, dessen zentrale Thesen waren:

— Die Diskusssion über Stadt und Land ist eine Ersatzdiskussion für unsere politische Ohnmacht seit der Niederlage der Linken (Häuserkampf etc.)

— Das Problem der Zukunst ist die Verstädterung (die genauso wie die Ökologiebewegung von der Linken erst recht spät erkannt wurde) und die in Stadt und Land eine verplante Lebenskultur schafft.

Dieter aus Berlin versuchte im Anschluß daran seinen Arbeitsansatz der „Wiederaneignung der Stadt" zu erläutern, dessen Ziel es sei, nicht aus der Stadt abzuhauen oder sie nur noch kulturell zu genießen, sondern sie politisch und sozial umzugestalten, z.B. durch Häuser renovierung (In--Stand-besetzte-Häuser), durch Erforschung der Geschichte von Straßen und Stadtteilen, durch Bepflanzung der Dächer und Höfe (ein Stück Land in der Stadt).

Der Dieter aus Gorleben brachte keine Kritik an dem Verhalten der Städter in Gorleben (unsensibles Verhältnis zu den Einheimischen etc.) ein, sondern forderte im Gegenteil zur Unterstützung der Städter dazu auf, der einheimichen Bevölkerung die Notwendigkeit der Platzbesetzung zu emonstrieren. Hier wurde klar, daß eine offene Auseinanersetzung über Spannungen von Stadt- und Land-Gruppen der Ökologie-Bewegung aufgrund aktueller Aktionen immer wieder untergebuttert würden.

Nach dieser Diskussionsrunde, die das Podium ein wenig stabilisiert hatte, kam dann der völlige Zusammenbruch, nämlich dadurch, daß keine zweite Runde über die jeweiligen Konsequenzen der politischen Denk- und Arbeitsansätze eingeleitet wurde, sondern der Diskussionsleiter sich dem Glauben hingab, daß aufgrund der Widersprüche nun im Publikum eine lauthalse Unruhe entstehen müßte. Als dies nicht der Fall war, weil die Leute die unterschiedlichen Redebeiträge noch geistig verarbeiteten, brach ein kleines Chaos auf dem Podium aus, einige Leute im Saal standen auf und gingen und als dann noch ungeschickterweise von vorne die Rede von der Einteilung der Arbeitsgruppen für den nächsten Tag losging, brach alles auf- und zusammen. So war die Eröffnungsveranstaltung bereits um 21.45 Uhr beendet und einige Leute der 1000 gekommenen sehr frustriert, andere wiederum fanden es trotz der Pannen informativ.

Schlechte Vorbereitung und Diskussionsführung, der Ausfall von Autoritäten wie Walter Moßmann und das Nichterscheinen von Landkommunenleuten (Leineweber) hatte die

Einführungsveranstaltung zum Kippen gebracht. Vielleicht wäre eine Vorstellung der Arbeitsgruppen besser gewesen und hätte mehr dem Interesse der Besucher entsprochen. Aus den Fehlern werden wir sicher lernen.

Der Samstag begann um 11 Uhr mit Arbeitsgruppen. Von den 12 geplanten AGs tagten 10. Die größten AGs waren Abhauen aus der Stadt (40 Leute), Heimat (50), Provinzlinke (40), Liebe zur Stadt (25), Ökologiebewegung (25). Kleinere AGs beschäftigten sich mit Bauern und Politik, Verstädterung von Stadt und Land, Regionalgeschichte, Wiederaneignung der Stadt, Lebensmittelkooperativen. Nicht gelaufen sind AGs zu Bunten Listen in Stadt und Land, sowie die AG zu Regionalismus.

Im Beiprogramm liefen die Filme: „Zusammen nach Hannover" (Gorleben-Treck) und „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen" (Umweltfestival 1978) sowie Dias über das Ökotrop-Projekt in Berlin-Kreuzberg (das Land in die Stadt hereinholen: Blühende Dächer).

An den AGs nahmen ca. 300 Leute teil, was ein beachtlicher Erfolg ist (zumal nach der Vorstellung am Freitagabend). Am konzentriertesten und längsten wurde in der AG über „Heimat" diskutiert: hierin scheint ein wesentliches Bedürfnis der Linken zu liegen. Die Verlusterfahrung in der politischen Arbeit und Perspektive hat eine Rückbesinnung auf „Heimat" (Identität, Herkunft, Biographie und Utopie) verstärkt.

Erfreulich war auch die gute Besetzung der AG ‚Provinzprojekte und Provinzlinke'. Hier trafen sich Leute, die sich bereits aus Briefkontakten kannten, aber sich noch nicht gesehen hatten und ohne den Stadt-Land-Dialog in nächster Zeit auch nicht zueinander gefunden hätten. Das spektakuläre Treffen in Berlin schuf die ausreichende Motivation für ein solches Zusammentreffen.

Die Provinzler arbeiteten in dieser AG von vornherein darauf hin, auch weiterhin in Verbindung bleiben zu können, da klar war, daß sie sich nicht mehr, wie Berliner Gruppen, zur Nachbereitung treffen konnten, sondern bei ihnen hinter einem neuen Treffen einige Vorbereitungsarbeit stecken würde.

Deutlich wurde in dieser AG auch, daß es eigentlich viele Ex-Provinzler gibt, die mit dem Gedanken spielen, wieder in die Provinz zurückzugehen. Diese Zahl der Land-Einkehrer würde größer sein, als die Zahl der Städter, die aufs Land wollen.

Zur weiteren Kommunikation unter den Provinzprojekten wurde ein PROVINZ-RUNDBRIEF ins Leben gerufen, der als Verbindungsnetz zwischen den einzelnen Projekten funktionieren soll. Neben diesem Rundbrief, den Brief- und Besucher-Kontakten wird es weitere Treffen geben (Oktober 80), auf denen inhaltlicher über die Perspektive politischer Arbeit in der Provinz diskutiert werden soll — dazu war auf dem Stadt-Land-Dialog in Berlin nicht viel Zeit.

Für die Provinzprojekte war das Berliner Stadt-Land-Treffen sicher ein Erfolg, denn es hat dazu beigetragen, diese Strukturen zu entwickeln, die ohne persönliches Kennenlernen allein über Schreiben nicht hätten entwickelt werden können. Der Stadt-Land-Dialog und der Dialog zwischen den Provinzen wird weitergehen.

Am Samstagabend fand die Fete statt, die keineswegs so negativ verlief, wie der Beitrag von Slack Season vermittelt, sondern für Berliner Verhältnisse ein recht gutes Fest war. Slack Season kam neben der Reggae-Gruppe Aries am besten an, trotz ihrer schlechten Anlage. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit (bei SFB-Beat und RIAS-Treffpunkt) wurde Slack Season überall gespielt.

Am Sonntag gab es eine Abschlußdiskussion im Audi Max der FU mit 300 Leuten, auf der die AG-Ergebnisse diskutiert wurden und die sehr gut verlief. Über 3 Std. wurde intensiv diskutiert und zwar so kontrovers, wie es eigentlich für die Podiumsdiskussion am Freitagabend vorgesehen war. Vielleicht hätte die Podiumsdiskussion zum Schluß stehen sollen? Für die Sonntagsdiskussion war es ein Vorteil, kein Podium zu haben, so daß sich jeder einschalten konnte, was die Diskussion auch wesentlich belebte.

Und hier noch ein Erlebnisbericht der Gruppe Slack Season:

Wir erfuhren von den Wertheimern vom Berliner Stadt-Land-Dialog und wurden von TRAUM-A-LAND Leuten, die diese Orgie mitverunstalteten, eingeladen, dort zu spielen. Nachdem man uns noch zuversichtlich erklärt hatte: „Jungs, das wird Euer größter Auftritt!", stiegen wir wohlgelaut ins Auto und fuhren erwartungsvoll nach Rest-Berlin. Erwartungsvoll deshalb, weil wir bisher selbst in größeren Städten nur in kleinem Rahmen gespielt haben und auch oft genug nur als Unterhaltungscombo dienten. Und nun sollten es ca. 2.000 Leute sein, die nicht nur da wären, sondern auch noch zuhören würden. Wir glaubten auch noch an einen schönen Auftritt, als wir ankamen und den wunderschönen Konzertsaal betrachteten. Angesichts dieses herrlichen Raumes fingen wir am Samstag mittag nochmal an zu proben und an vielen Liedern herumzupfeilen, um der Ehre, hier spielen zu dürfen, gerecht zu werden. (In den Hühnerställen, in denen wir mitunter in unserer Provinz auftraten, haben wir uns noch nie soviel Mühe gegeben.)

In dem Saal war schon eine Lautsprecheranlage gestanden, über die schon mehrere Gruppen gespielt haben. Kurz bevor wir an der Reihe waren, hat man uns inbrünstig gebeten, im Vorraum zu spielen, weil die stehende Anlage abgebaut und die der nächsten Gruppe aufgebaut werden sollte. Und damit war uns ziemlich klar, daß doch halt alles anders kommen würde. Wir hatten unsere Lederhosen an, um zu zeigen, daß wir vom Land sind und das war so das einzige, was die Leute neugierig machte. Ansonsten war es dem Publikum so ziemlich wurscht, was wir da auf der Bühne trieben. Es saßen wohl so ca. 50 Leute vor der Bühne und versuchten angestrengt, etwas zu verstehen, aber der Lärm der paar hundert Leute, die außenrumstanden, machte es unmöglich, ruhige Lieder zu spielen. Und so rupften wir ca. eine halbe Stunde unsere größten Fetzer runter, um wenigstens das zu erfüllen, was leider zu viele nur noch unter Musik verstehen: törnen, abfahren, ausflippen. Wieviel „Spaß" uns das macht, kann man sich angesichts unserer Besetzung leicht ausmalen: Geige, Mandoline, Gitarre.

Es war unserer Ansicht nach ein großes Versäumnis, daß man keine Anlage besorgte, über die im Saal alle (besonders Folk-)Gruppen hätten spielen können. Es hätten bestimmt viele Leute Interesse gehabt, irgendwas zu hören, über das man nachdenken und anschließend vielleicht reden kann. Und wer dazu keine Lust gehabt hätte, hätte ja dann anschließend im Vorraum laute Musik hören können. Wir haben ums Verrecken nichts gegen Rock, aber an diesem Abend war alles, was musikalisch geboten wurde, ein einziger chaotischer Brei (nicht musikalisch, sondern organisatorisch), was durch ein bißchen Vorausplanung vermeidbar gewesen wäre.

In dieser Hinsicht hat sich also unsere lange Fahrt nach Rest-Berlin nicht gelohnt und wir finden, daß es sogar für das Publikum fast unnötig war, daß wir da waren. Das mag für den einen oder anderen vielleicht nach Star-Allüren klingen, aber wenn man Musik zum Zuhören macht, ist es einfach frustrierend für Musiker UND Zuhörer, wenn man nicht zuhören kann. Und, wie schon gesagt, von den Räumlichkeiten her hätte an die „sanften" Musiker und die Zuhörwilligen durchaus zusammenbringen können. Wir sind wegen diesem Mißgeschick nicht sauer, aber bevor wir wieder 600 km zurücklegen, wollen wir vorher sehr genau wissen, wie der Abend verläuft. Wir bekamen 300 DM (wegen Riesendefizits des Veranstalters). Das ging fast alleine für's Benzin drauf. Wir werden auch gerne wieder zum Selbstkostenpreis spielen, wenn wir nur anschließend sagen können: „Es war schön".

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

INHALTSVERZEICHNIS:

Hier wird ein Baumstamm bei-getragen, zur Freien Republik Wendland um Gorleben...

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 335/336

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

Ich will unbedingt Euer Blatt haben. Das Geld habe ich eingezahlt auf Euer Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 - 602

Name .... ☐ Probeexemplar

Straße .... ☐ Patenabo für Gefangene

Wohnort .... ☐ Neuabo

12 Hefte für DM 30,-
24 Hefte für DM 60,-
48 Hefte für DM 120,-

frankfurter informationsdienst postfach 900 343, 6000 frankfurt 90, hamburger allee 45 tel. 0611/70 43 52, postscheckkonto frankfurt 52 52 28-602

Freie Republik Wendland

Foto: Burckhard/taz